Nr. 251. 26. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 27. Oktober 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abrechnung!

Der reaktionäre Ansturm auf vier der sozialdemokratischen Landtagsmandate Berlins ist glänzend abgeschlagen worden! Die Hoffnungen des Freisinns auf Zurückeroberung der Mandate sind schmählich zuschanden geworden. Drei der umstrittenen vier Wahlkreise wurden **von der Sozialdemokratie mit stärkerer Majorität glatt wieder erobert**, und im letzten Wahlkreis, dem 12., **kommt Genosse Adolf Hoffmann mit gleichfalls stärkerer Majorität wiederum in die Stichwahl!**

Daß es dem Freisinn trotz einer verzweifelten Agitation nicht gelungen ist, seine Chancen zu verbessern, geht schon daraus hervor, daß die sozialdemokratische Partei allein in der ersten und zweiten Abteilung, den Abteilungen also, wo der Freisinn und die anderen bürgerlichen Gegner überhaupt nur auf Erfolge rechnen konnten, neue Erfolge errang, im 5. Wahlkreis neun Wahlmänner mehr durchbrachte, im 6. sechzehn mehr, im 7. achtundzwanzig mehr und im 12. achtzehn mehr! Die Sozialdemokratie hat also in **allen Wahlkreisen vorzüglich abgeschnitten**, nicht nur in der dritten Abteilung, sondern **auch in der zweiten und ersten Abteilung!**

Die Majorität der Sozialdemokratie ist nun auch im 5., 6. und 7. Berliner Landtagswahlkreise eine so gewaltige geworden, daß der Freisinn diese Wahlkreise selbst dann für **alle Zeiten für verloren** halten müßte, wenn dem elendesten aller Wahlsysteme noch eine längere Lebensdauer beschieden wäre! Aber auch im 12. Berliner Landtagswahlkreis hat sich die Situation für den Freisinn erheblich verschlechtert. Bei dem starken Anwachsen der sozialdemokratischen Wahlmänner würde diesmal nach dem vorjährigen Erfolg der Sozialdemokratie der Sieg ohne weiteres für die Sozialdemokratie entschieden worden sein, wenn nicht der vorjährige Wahlerfolg der Sozialdemokratie in gewisser Hinsicht ein bloßes Ergebnis des Zufalls gewesen wäre. Im Juni des vorigen Jahres war nämlich in der ersten Abteilung **die Wahl von 48 Wahlmännern einfach nicht zustandegekommen.** Deshalb wahrscheinlich, weil die Privilegierten des Geldsacks, deren einige wenige die Wahl der Wahlmänner zu vollziehen hatten, teils es für überflüssig gehalten hatten, die Wahlhandlung vorzunehmen, weil sie ohnehin einen Sieg der Sozialdemokratie für ausgeschlossen hielten, teils, weil sie bereits ihre Badereise angetreten hatten, die zu unterbrechen sie nicht der Mühe wert hielten. **Wären damals diese 48 Wahlmännerwahlen zustandegekommen, so wäre damit der Sieg des Freisinns bei der Stichwahl von vornherein gesichert gewesen.** Siegte doch Genosse Hoffmann bei der Stichwahl nur mit 313 gegen 307 Stimmen, die auf seinen freisinnigen Gegner Runze entfielen. Diesmal ist nur die Wahl von 15 Wahlmännern nicht zustandegekommen, so daß dadurch die bürgerlichen Parteien 33 **Wahlmänner mehr für sich aufmarschieren lassen können, die im Jahre 1908 vollständig ausgeschieden waren!** Einzig diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß sich auch diesmal der sozialdemokratische Kandidat der Stichwahl unterziehen muß.

Der vorzunehmenden Stichwahl können wir voller Hoffnung entgegensehen. Da die Sozialdemokratie in den dritten Abteilungen insgesamt an 94 Stichwahlen beteiligt ist, wird sie **alle Kraft einzusetzen haben, um auch hier bereits ein möglichst günstiges Resultat zu erzielen!** Und das eine kann kaum im 12. Wahlkreis konstatiert werden, daß die Sozialdemokratie ihre Position verbessert, weitere Fortschritte gemacht hat, **so daß das Resultat der vier Landtagsersatzwahlen die Empörung der Wählermassen über die schmachvollen Taten der Reaktion und die schimpflichen Handlangerdienste, die der Freisinn dieser Reaktion geleistet, nicht minder eindringlich zum Ausdruck brachte als die Wahlergebnisse in Sachsen und Baden!**

Daß die Volksempörung sich nicht noch wuchtiger bekundete, liegt eben an dem **Dreiklassenwahlsystem!** Die sächsische Arbeiterschaft hat unter dem **Wahlrecht der vier Infamien** wählen müssen, unter einem Wahlrecht, das den Herren von „Bildung und Besitz" viermal soviel Wahlrecht einräumte, als dem schlechter bezahlten Handarbeiter. Was bedeutet aber dieses vierfache Wahlrecht gegenüber dem **mehr als 400fachen Wahlrecht**, das diesmal Wähler der ersten Abteilung auszuüben vermochten! Besaß doch beispielsweise im 1192. Bezirk des 12. Landtagswahlkreises ein einziger Wähler der ersten Abteilung ebensoviel Wahlrecht, wie 416 Wähler der dritten Abteilung! **Aehnlich krasse Fälle gab es in den vier Wahlkreisen noch eine ganze Anzahl;** im **Durchschnitt** aber hatte **ein Wähler erster Klasse ebensoviel** Wahlrecht wie **30 Wähler der dritten** Klasse und sechs Wähler der zweiten Klasse. Es ist also kein Wunder, daß bei einem solchen Wahlrecht der **30 Infamien** das Proletariat und der kleine Mittelstand in der zweiten und ersten Abteilung nicht noch mehr Wahlmänner durchzusetzen vermochten, als das der Fall war. Daß die Sozialdemokratie in der zweiten und selbst in der ersten Abteilung trotz alledem noch erheblich mehr Wahlmänner durchzubringen vermochte, obwohl die Gegner alle Hebel in Bewegung gesetzt hatten, um diesmal die Sozialdemokratie zur Strecke zu bringen, zeugt ebenso für den **rastlosen Eifer der Berliner Parteigenossen** wie für die **Empörung, die sich der weitesten Kreise des Volkes bemächtigt hat!**

Nicht nur die Arbeiter sowie zahlreiche Handwerker und kleine Geschäftsleute bezeugten durch ihre Abstimmung, daß sie ebensowenig wie von den Konservativen und Nationalliberalen auch von dem Freisinn, dem Kuli der Reaktion, etwas wissen wollen, sondern auch die Lehrer und Beamten bewiesen zum guten Teil, daß sich der Freisinn verrechnet, wenn er die Lehrer und Beamten einfach als freisinniges Stimmvieh betrachtet. Der Freisinn hat es ja allerdings durch seine jammervolle politische Haltung verschuldet, daß Lehrer und Beamte noch immer **Staatsbürger zweiter Ordnung** sind, daß sie es nicht wagen dürfen, von den ihnen **verfassungsmäßigen zustehenden** Rechten der politischen Meinungsbetätigung nach freiem Ermessen, nach ehrlicher Ueberzeugung Gebrauch zu machen. Der Freisinn läuft dank seiner Feigheit und Prinzipienlosigkeit also keine Gefahr, daß Lehrer und Beamte bei der öffentlichen Abstimmung sozialdemokratisch wählen können. Aber die Genugtuung erlebt er denn doch noch nicht, daß nun auch Lehrer und Beamte sich dazu herabwürdigten, bis zum letzten Mann sich gewaltsam in das Wahllokal schleppen zu lassen, um auch gegen ihre Ueberzeugung zu stimmen!

Trotz der **schäbigen Denunziationen**, die sich der Freisinn bei der letzten Landtagswahl erlaubte und trotz allen Drucks, der von den vorgesetzten Behörden auf die Beamten auszuüben versucht wurde, haben zahlreiche Lehrer und Beamte sich auch diesmal der Stimme enthalten. Dieser **stumme Protest der Beamten** sollte sowohl dem Freisinn und den reaktionären Parteien als auch der Regierung zu denken geben! Er sollte ihnen beweisen, **daß jeder Versuch, den freien Menschen und Staatsbürger im Beamten zu knebeln** und ihn zu einem Heloten der staatlichen Machthaber **herabzudrücken, schwerste Gefahren für diese Machthaber selbst in sich schließt!**

Die Berliner Sozialdemokratie, die gesamte deutsche Partei darf mit dem Ausfall der vier Berliner Landtagsersatzwahlen zufrieden sein! Wenn sich auch die reaktionäre, speziell die Freisinnspresse, so stellen sollte, als habe sie von vornherein kein anderes Resultat erwartet, so ist das nichts als **elende Flunkerei der Blamierten!** Der Freisinn würde sich mit der Kassierung des Mandats im 12. Landtagswahlkreis begnügt haben, er würde nicht die Schmach des vierfachen schnöden Wahlrechtsraubes auf sich genommen haben, wenn er nicht die feste Zuversicht gehegt hätte, mehr als ein Mandat zurückzuerobern! Diese Hoffnung aber ist schmählich enttäuscht worden. Trotz des elendesten aller Wahlsysteme darf die sozialdemokratische Partei die **Hälfte der Berliner Landtagsmandate** bereits als **sicheren Besitz** betrachten!

Auch dieser neue Erfolg darf und wird für die Berliner Genossen nur ein **Ansporn zu erneutem, intensiverem Kampfe** sein!

Den Landtagsurwahlen folgen die **Stadtverordnetenwahlen!** Auch hier hat die Berliner Sozialdemokratie mit dem Aufgebot aller Kräfte zu kämpfen, um von dem sieghaften Wachstum des proletarischen Klassenkampfes erneutes Zeugnis abzulegen!

Aber all diese Wahlschlachten können nur die **Einleitung** sein für die

Wahlrechtsschlachten!

Allgemeines, freies und gleiches Wahlrecht in Staat und Gemeinde für beide Geschlechter, das ist der der Kampfpreis, um den die entrechteten Massen mit **Einsetzung ihrer ganzen Tatkraft zu ringen haben!**

Vorwärts!

Die Wahlresultate.

5. Landtagswahlbezirk.

1. Abteilung	Wahlmänner 1908	1909	
Sozialdemokraten	24	28	
Freisinnige	149	153	
Konservative	3		
Stichwahlen	4	—	
2. Abteilung.			
Sozialdemokraten	104	109	
Freisinnige	71	64	
Stichwahlen	—	1	
3. Abteilung.			
Sozialdemokraten	183	183	
Freisinnige	—	00	
Insgesamt	538	538	
Sozialdemokraten	311	320	
Freisinnige	220	217	
Konservative	3	—	
Stichwahlen	4	1	
	538	538	

6. Landtagswahlbezirk.

1. Abteilung.	Wahlmänner 1908	1909	
Sozialdemokraten	16	22	
Freisinnige	230	229	
2. Abteilung.			
Sozialdemokraten	127	137	
Freisinnige	111	94	
		5	Stichwahlen.
3. Abteilung.			
Sozialdemokraten	247	247	
Freisinnige	4	—	
		3	Bezirke fehlen
Insgesamt	735	737	
Sozialdemokraten	390	406	
Freisinnige	345	323	
		5	Stichwahlen.
	735	734	

7. Landtagswahlbezirk.

1. Abteilung.	Wahlmänner 1908	1909	
Sozialdemokraten	17	28	
Freisinnige	200	196	
2. Abteilung.			
Sozialdemokraten	126	142	
Freisinnige	96	78	
		4	Stichwahlen
3. Abteilung.			
Sozialdemokraten	225	224	
Freisinnige	3	1	
Insgesamt	667	673	
Sozialdemokraten	368	394	
Freisinnige	299	275	
		4	Stichwahlen
	667	673	

12. Landtagswahlbezirk.

1. Abteilung	Wahlmänner 1908	1909	
Sozialdemokraten	27	29	
Freisinnige	51	105	
Konservative	27	9	
Nationalliberale	39	33	
		49	Stichwahlen.
2. Abteilung			
Sozialdemokraten	74	87	
Freisinnige	35	31	
Nationalliberale	5	21	
Konservative	14	—	
	Stichwahlen	96,	wir mit 58.
3. Abteilung			
Sozialdemokraten	175	210	
Freisinnige	2	4	
Konservative	4	—	
in Stichwahl		25,	wir mit 21.
Wahlmänner	714	699	

Insgesamt 1909:

Sozialdemokratie	326
Freisinnige	140
Konservative	9
Nationalliberale	54
Stichwahlen	170
	699

Im 12. Wahlkreise hat also die Sozialdemokratie

50 Wahlmänner gewonnen!

Außerdem ist sie an 94 Stichwahlen beteiligt!

Es ist **Ehrensache** nicht nur für den 12. Landtagswahlkreis, sondern für **ganz Berlin**, auch im 12. Wahlkreis **dem Freisinn die hundertfach verdiente Niederlage zu bereiten!**

Ans Werk!

Der Vorentwurf zum neuen deutschen Strafgesetz.

Der von uns bereits angekündigte Vorentwurf zu dem neuen deutschen Strafgesetzbuch ist jetzt erschienen. Er umfaßt 310 Paragraphen und ist um 60 Paragraphen kürzer als das Strafgesetzbuch, obwohl der allgemeine Teil nunmehr 99 Paragraphen zählt. Durch die veränderte Oekonomie des Gesetzes, die knappere Ausdrucksweise und die Beschränkung der Kasuistik sind im besonderen Teile 80 Paragraphen gespart worden.

Der Entwurf ist kein amtlicher. Er enthält, wie das Reichsjustizamt in der Einleitung betont, lediglich die Ansichten und Vorschläge der von der Reichsregierung einberufenen Kommission. Die Bundesregierungen wie die Reichs-Justiz-Verwaltung hätten zu diesem Entwurfe noch keine Stellung genommen. Demgemäß sei der Entwurf auch nicht zur Vorlegung an die gesetzgebenden Faktoren, sondern nur zunächst zur öffentlichen Kritik bestimmt. Dennoch beansprucht der Entwurf die größte Beachtung, da er die Grundlagen für alle weiteren offiziellen Arbeiten bilden wird. Die Arbeiterschaft hat selbstverständlich das erheblichste Interesse an dem neuen Strafgesetzbuch, nachdem der Klassenkampf zum Versuch geführt hat, die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung auch mittels Anwendung der Kriminalstrafe zu unterdrücken. Es ist eine notwendige Folge des Klassenstaates, daß ihm die Strafe in dem politischen Kampfe, den die ausgebeutete Klasse gegen die Ausbeutenden und Herrschenden um die Herrschaft im Staate führt, ein Instrument zur Aufrechterhaltung der Macht der herrschenden Klassen wird.

Der neue Entwurf ist dieser Aufgabe angepaßt. Wird er Gesetz, so erhält damit die bürgerliche Gesellschaft eine Waffe im Klassenkampf, gegen die alles, was wir bisher in der Rechtsprechung erlebt haben, das reine Kinderspiel wäre. Um sofort ein besonders flagrantes Beispiel herauszugreifen, sei auf den § 240 des Vorentwurfs hingewiesen, der folgendermaßen lautet:

„Wer in rechtswidriger Absicht einen anderen durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 3000 M. bestraft. Der Versuch ist strafbar."

Bisher wurde die Nötigung nur dann bestraft, wenn mit einem Verbrechen oder Vergehen gedroht wurde. Der Vorentwurf beseitigt diese Einschränkung. — Machen wir uns nun die ganze Tragweite dieser Vorschrift klar. Drohung ist nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts Ankündigung jeden Uebels, mag auch der Drohende zur Vornahme der Handlung berechtigt sein. Rechtswidrig etwas tun, heißt nicht nur, etwas tun, was das Gesetz verbietet, sondern auch dasjenige tun, worauf man keinen Anspruch hat, der durch das Recht erzwingbar ist. Dies ist die ständige Rechtsprechung des Reichsgerichts. Nun nehmen wir den Fall: ein Arbeiter sagt zum Arbeitgeber: „Wir werden die Arbeit niederlegen, wenn Sie die von Ihnen beabsichtigte Lohnreduktion wirklich eintreten lassen". Damit liegen die Tatbestandsmerkmale des § 240 vor, und Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren wäre die Folge. Der Arbeiter kündigt dem Arbeitgeber ein Uebel an, nämlich: daß die Arbeiter streiken. Er droht ihm also. Er tut dies, um ihn zu einer Handlung zu veranlassen, nämlich den alten Lohn weiter zu zahlen. Der Arbeiter handelt aber auch in rechtswidriger Absicht, denn sein Ziel geht dahin, den alten Lohn aufrecht zu erhalten. Darauf aber hat er keinen zivilrechtlich erzwingbaren Rechtsanspruch; denn bei täglicher Kündigung ist rechtlich der Arbeitgeber berechtigt, am morgigen Tage weniger als am heutigen Tage zu zahlen. Es liegen also damit alle Tatbestandsmerkmale des § 240 vor. — Daneben würde selbstverständlich auch noch der § 153 der Gewerbeordnung Anwendung finden, denn der Entwurf hält alle strafrechtlichen Nebengesetze ausdrücklich aufrecht, mit welcher Tatsache allein ihm das Urteil gesprochen ist.

Ein wirklich großzügiges Gesetzeswerk würde seine wesentlichste Aufgabe darin erblickt haben, das gesamte Strafrecht zu ordnen, und die Flut der strafrechtlichen Nebengesetze zu beseitigen. Der Entwurf hat es nicht getan. Es bedarf aber unseres Beispiels der Aufrechterhaltung des § 153 gar nicht mehr, denn der § 240 ist, wie wir gesehen haben, so gefaßt, daß er das Streikrecht einfach beseitigt und eine Regelung vornimmt, wie sie die Zuchthausvorlage vorzuschlagen nicht gewagt hat. Diese Vorschrift ist das ungeheuerlichste, was je einem Volke geboten ist.

Wenn die Begründung sich auf auswärtiges Recht, insbesondere den Schweizer Entwurf beruft, so ist dies schon deshalb verfehlt, weil kein anderer Staat in der Ausdehnung der gesetzlichen Begriffe das geleistet hat, was die deutschen Gerichte auf Grund der Rechtsprechung des Reichsgerichts vollbracht haben.

Es ist heute noch nicht möglich, bereits ein abschließendes Urteil über den Entwurf abzugeben. Nur soviel ist sofort, auch bei flüchtigster Durchsicht klar: Der Entwurf ist ganz nach dem Muster des dem Reichstage bereits vorgelegten Gesetzentwurfes zur Strafprozeßordnung gearbeitet. Er greift in sehr geschickter Weise einige moderne Schlagworte auf, die scheinbar die seit langem von der Demokratie für das Strafrecht aufgestellten Forderungen zu verwirklichen trachten. Hierhin gehört zum Beispiel die Einführung der sogenannten bedingten Verurteilung, die Heraufsetzung des Alters der Strafmündigkeit von zwölf auf vierzehn Jahre, die besondere strafrechtliche Behandlung der vermindert Zurechnungsfähigen, die Einführung der richterlichen Rehabilitation in der doppelten Form: der Wiedereinsetzung in die bürgerlichen Ehrenrechte unter Löschung von Vorstrafen im Strafregister. Alle diese Rechtswohltaten aber werden ganz in das freie richterliche Ermessen gestellt, so daß sie sofort da außer Kraft gesetzt werden können, wo dies den herrschenden Klassen im Klassenkampf notwendig erscheint. Ueberhaupt geht die ganze Tendenz des Entwurfes dahin, das richterliche Ermessen bis ins Maßloseste auszudehnen. Dies gilt für den allgemeinen Teil ebenso wie für den besonderen. Mit Recht hat man das Strafgesetzbuch als die Magna charta des Verbrechers bezeichnet, in dem Sinne, daß jemand seiner Freiheit nur beraubt werden kann, unter ein für allemal von vornherein festbestimmten Voraussetzungen. Wie gefährlich es wäre, davon abzuweichen und anstatt mit festbestimmten Begriffen mit Abstrakta zu operiren, zeigte der grobe Unfugsparagraph und seine exorbitante Ausdehnung:

Der Entwurf geht aber weit darüber hinaus. Der § 241 sagt:

„Wer durch gefährliche Drohung einen anderen in seinem Frieden stört, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 1000 M. bestraft.

Die Motive bemerken dazu, daß durch diesen Vorschlag erst der Rechtsfriede des Einzelnen in vollkommener Weise geschützt werde, der Begriff der gefährlichen Drohung beschränke sich keineswegs auf die Gefahr gegen die Person, sondern erstrecke sich auch auf Drohungen, die sich gegen andere Rechtsgüter richten.

Mit Hilfe dieses Paragraphen wäre es, wenn er Gesetz wird, möglich, jeden politischen Kämpfer ins Gefängnis zu stecken. Die Motive sagen ja ausdrücklich, daß nicht nur die Sicherheit der Person, sondern auch die des Eigentums durch die Vorschrift garantiert werden soll.

Daß die Bestimmung in erster Linie dazu dienen soll, mit Hilfe des Strafgesetzbuches die Verbreitung sozialdemokratischer Lehren zu verhindern, ist so klar, daß es weiterer Ausführung nicht bedarf. Wenn die Motive darauf stolz sind, daß es dem Entwurfe gelungen ist, die strafrechtlichen Begriffe zu vereinfachen, so liegt zu diesem Stolze wahrlich kein Grund vor. Der Entwurf sieht eben, wie der § 241 zeigt, von der Aufstellung strafrechtlicher Begriffe überhaupt ab. Es wäre ganz dasselbe, wenn man sich die Mühe, ein neues Strafgesetzbuch zu schaffen, überhaupt geschenkt und dafür die eine Bestimmung gesetzt hätte: „Jeder, der in seiner politischen oder gewerkschaftlichen Tätigkeit den herrschenden Klassen unbequem ist, wird auf so lange unschädlich gemacht, als es diesen erforderlich erscheint."

Der § 241 erreicht alles, was die russische Administrativjustiz verwirklicht.

Aus den allgemeinen Teilen sei für heute nur die einen grauenvollen Rückfall in barbarische Zeiten darstellende Vorschrift des § 18 hervorgehoben, wonach künftighin die dem heutigen Rechte unbekannten Strafschärfungen eingeführt worden sollen. Die Schärfungen bestehen darin, daß der Verurteilte geminderte Kost oder eine harte Lagerstätte erhält. Diese Strafschärfungen können ausgesprochen werden nicht nur bei den sogenannten gemeinen, sondern auch bei allen politischen Delikten. Es genügt, daß die Tat nach Ansicht des Richters von besonderer Bosheit oder Verworfenheit zeugt, oder nach den Vorbestrafungen des Täters anzunehmen ist, daß der gewöhnliche Strafvollzug auf ihn nicht die erforderliche Wirkung ausüben werde.

Man sieht, für sozialdemokratische Redakteure, die — trotz Bestrafung — fortfahren, die Bourgeoisie in ihrem satten Rechtsfrieden zu stören, ist diese Bestimmung besonders geeignet.

Aeußerst gefährlich ist auch die harte Bestrafung des Rückfalles. Ließe sich hierüber reden, wo es sich um gemeine Verbrecher, rückfällige Diebe oder Hehler handelt, so wird der Begriff völlig unerträglich, wo andere, insbesondere politische Delikte in Frage kommen. Zwischen beiden macht der Entwurf nicht den geringsten Unterschied. Er sagt:

„Wer wegen eines Verbrechens oder eines vorsätzlichen Vergehens Freiheitsstrafe erlitten hat und binnen fünf Jahren wiederum ein Verbrechen oder ein vorsätzliches Vergehen begeht, befindet sich im Rückfalle."

Im besonderen Teile kehren bei der Beleidigung die Vorschriften der sogenannten Lex Eulenburg wieder, gegen die sich in der letzten Reichstagssession die Opposition aller Parteien des Reichstages richtete. Der Wahrheitsbeweis wird eingeschränkt, ganz wie es die Lex Eulenburg vorgeschlagen hatte. Ja, die Sache wird völlig unerträglich dadurch, daß dem Gerichte die Befugnis verliehen wird, in besonders leichten Fällen überhaupt von einer Strafe abzusehen. Es würde also z. B. hiernach der Generalleutnant v. Liebert, wenn er die Richter so gröblich beleidigt, wie er getan hat, straflos bleiben können, da mit Rücksicht auf seine staatserhaltende Gesinnung ein besonders leichter Fall vorliege, während ein sozialdemokratischer Redakteur wegen einer gleichen Beleidigung mit härtester Strafe, besonders im Rückfalle, mit geminderter Kost und mit Verhängung harten Lagers bestraft werden könnte.

Der Klassencharakter des Entwurfes äußert sich ferner darin, daß in allen Fällen der Uebertretung, wohin der größte Teil der Arbeiterschutzgesetze gehört, der Richter von Strafe absehen kann, wenn ihm dies richtig erscheint, d. h. mit anderen Worten: man will auf kein Machtmittel gegen die Betätigung unbequemer politischer Gesinnung verzichten und will deshalb die ungeheure Masse der Strafvorschriften, unter denen das deutsche Volk seufzt, aufrechterhalten; auf der anderen Seite aber will man, da auch anderen Personen als Sozialdemokraten die Ueberspannung und Uebertreibung der Strafjustiz unbequem werden kann, dem dadurch die Spitze abbrechen, daß man sie straflos läßt, wenn dies „angemessen" erscheint.

Das Wort des früheren preußischen Justizministers Schönstedt: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe", hat in dem Entwurfe seinen gesetzlichen Niederschlag erfahren.

Die Berliner Jugendorganisation für — politisch erklärt!

Der Feldzug gegen die Berliner „Freie Jugendorganisation" hat seine Krönung gefunden. Der Vertreter des Polizeipräsidenten hat die Jugendorganisation für politisch erklärt. Am Montag, den 25. dieses Monats, wurde dem Vorsitzenden folgendes Schreiben zugestellt:

Berlin, den 20. Oktober 1909.

Der Polizeipräsident
Abteilung 7.
Tageb. No. 8074. VII. D. 09.

Nach den seit Erlaß des Reichsvereinsgesetzes namentlich auch in neuester Zeit hinsichtlich der Betätigung des Vereins „Freie Jugendorganisation Berlins und Umgegend" gemachten Wahrnehmungen ist der Verein als politischer Verein im Sinne des § 8 des Reichsvereinsgesetzes anzusehen. Der Vorstand ist daher verpflichtet, jede Aenderung der Satzung, sowie jede Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes binnen einer Frist von 2 Wochen nach dem Eintritte der Aenderung dem Polizeipräsidium anzuzeigen. Versäumnisse der gesetzlich vorgeschriebenen Anzeigen unterliegen der Bestrafung gemäß § 18 I des Reichsvereinsgesetzes.

Bezüglich der Mitgliedschaft Jugendlicher an politischen Vereinen und der Teilnahme derselben an Veranstaltungen solcher Vereine wird auf § 17 gen. Gesetzes verwiesen.

In Vertretung:
gez. Friedheim.

Auf diese Art hofft man, der proletarischen Jugendorganisation das Lebenslicht endlich auszublasen. Fünf Jahre Tätigkeit hat die Organisation hinter sich. Unter den wachsamen Augen der Polizei hat sie ihre Arbeit öffentlich verrichtet. Spitzel schnüffelten ständig nach Uebertretungen, Lockspitzel trieben ihr Wesen und nichts hat man gefunden, um gegen die Organisation vorzugehen. Versammlungsauflösungen untergeordneter Polizeiorgane wurden vom Polizeipräsidium auf die eingelegte Beschwerde für unberechtigt erklärt. Nun mit einem Male soll die Jugendorganisation ein politischer Verein sein.

Gegen die Entscheidung des Polizeipräsidenten ist natürlich sofort eilige Beschwerde erhoben worden. Der Polizei wird dadurch Gelegenheit gegeben, sich eine glanzvolle Blamage zu holen, wenn sie vor der Beschwerdeinstanz den Beweis für die angeblich politische Tätigkeit der Jugendorganisation erbringen soll. Die Jugendorganisation hat es von jeher vermieden, politischen Charakter anzunehmen oder auch nur ausnahmsweise politische Gegenstände zu erörtern. Sie kann darauf verzichten, ohne ihrem Charakter Gewalt anzutun. Ueber den Begriff „politisch" hat nun das Reichsgericht folgende Entscheidung (R.-G.-Entsch. Band XVI, S. 384) gefällt:

Unter politische Gegenstände wird man alle Angelegenheiten zu verstehen haben, welche Verfassung, Verwaltung, Gesetzgebung des Staates, die staatsbürgerlichen Rechte der Untertanen und die internationalen Beziehungen der Staaten zueinander in sich begreifen.

Mit all diesen Dingen hat sich die Jugendorganisation in den fünf Jahren ihrer Tätigkeit nicht beschäftigt. Es müßte gerade sein, daß die unsanfte Behandlung des mit englischen Orden geschmückten Polizeispitzels Schlaf alias William Springer von der Polizeibehörde als eine Störung der internationalen Beziehungen aufgefaßt wird. Die Jugendorganisation hat in den fünf Jahren zahlreiche gesetzesübertretende Unternehmer zur Anzeige gebracht und hat vielleicht dadurch den Konkurrenzneid der Polizei erweckt. Sie hat auch den Kampf gegen den Alkoholismus in Wort und Schrift mit aller Macht aufgenommen. Ist das eine politische Tätigkeit? Polizeilogik könnte vielleicht folgern, da ein verminderter Alkoholkonsum die Einnahmen des Reiches aus Bier- und Schnapssteuern beeinträchtigt, ist der Kampf gegen den Alkohol eine politische Tätigkeit. Die Jugendorganisation hat aber auch den Kampf gegen die Schundliteratur in wirksamster Weise eröffnet. Möglicherweise findet man darin auch etwas Politisches. Die Bekämpfung des Geistesfusels hat eine Verminderung der Verbrechen und Vergehen zur Folge und übt dadurch schließlich auf den Umfang der Gerichtsbarkeit Einfluß aus. Nach den bis jetzt bekannten Proben behördlicher Logik erscheint diese Auslegungskunst durchaus nicht unwahrscheinlich.

Die Herren am grünen Tisch glauben offenbar, durch einen Federstrich eine in den wirtschaftlichen Verhältnissen wurzelnde Massenbewegung aus der Welt zu schaffen. Man erinnert sich dabei der Geschichte von dem Herrscher, der nach dem Anblick der Massenarmut in seinem Lande eine Verfügung erläßt: „Die Armut ist hiermit bei Strafe verboten!"

Ein Bismarck hat sich bei dem Versuch, die Arbeiterbewegung durch einen Gewaltakt zu vernichten, seinen eisernen Schädel eingerannt, und Herr Friedheim dürfte in seinem Kampf gegen die Jugendbewegung auch keine Lorbeeren ernten! Keine behördliche Willkür kann die Aufklärung der arbeitenden Jugend verhindern; kein polizeiliches Machtgebot den Kampf gegen die Jugendausbeutung unterbinden.

Fraglich ist, ob der Polizeipräsident die volle Tragweite seiner Verfügung überblickt. Das Bildungswesen und die wirtschaftliche Interessenvertretung hat sich bisher im festgefügten Rahmen der Organisation bewegt. Ohne Organisation ist aber die Disziplin der Jugend hin und es kann leicht vorkommen, daß einzelne Jugendliche sich nicht mehr so streng an die Gesetze halten wie bisher und daß Bestrebungen sich unter der Jugend breitmachen, an denen die preußische Polizeibehörde ebensowenig Freude haben wird, wie die jetzigen Leiter der Jugendorganisation. Bis jetzt hatte man ja in dem Vorstand der Organisation einen kontrollierbaren, verantwortlichen Personenkreis. Die Leiter der Jugendbewegung können aber nicht dafür die Garantie übernehmen, daß sich auch später alles in den bisherigen gesetzmäßigen Bahnen bewegt.

Im Reichstag wird man sich noch mit der Anwendung des Vereinsgesetzes zu beschäftigen haben. Von einem Einschreiten der Polizeibehörden gegen konservative und andere Jugendvereine, die in ganz offener Weise politische Gegenstände behandeln, hat man bisher noch nichts gehört. Gesetzesübertretungen im Namen des Patriotismus sind ja auch verdienstvolle Taten.

Die moderne Jugendbewegung ist durch keinen Staatsanwalt und keine Polizei aufzuhalten. Ihre Aufgaben und Ziele sind aus der bestehenden Wirtschaftsordnung mit dem unsäglichen Jugendelend entstanden. Willkür und Gewalt werden die Bewegung nur beleben können. Das Polizeipräsidium aber mag unter Bismarcks Bild, der ja das große Vorbild für alle staatserhaltenden Beamten abgibt, den etwas geänderten Wahrspruch setzen:

„Wir Deutsche fürchten Gott und die — Jugendorganisation!"

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Oktober 1909.

Die Arbeitsnachweiszentrale des Zechenverbandes.

Auf die Eingabe der vier Bergarbeiterverbände an den Zechenverband wegen des geplanten Arbeitsnachweises ist, wie telegraphisch aus Essen gemeldet wird, heute die Antwort eingegangen, daß der Vorstand des Zechenverbandes an der Entschließung vom 12. Oktober festhalten müsse. Durch die Einrichtung des Arbeitsnachweises wird das gesetzlich gewährleistete Recht der Freizügigkeit und der Organisation nicht berührt, auch solle dem Arbeiter das selbstverständliche Recht nicht genommen werden, frei über seine Arbeitskräfte zu verfügen, wenn er die Arbeitsstelle wechselt.

Der Zwist im bayerischen liberalen Lager.

Der Streit, der sich zwischen der bayerischen nationalliberalen Landespartei und den Jungliberalen über die Fälle Casselmann und Hübsch entsponnen hat, zieht immer weitere Kreise. Gestern tagte der Ausschuß der nationalliberalen Landespartei in Nürnberg, um über den Abg. Hübsch und dessen engere Parteifreunde Gericht zu halten. Mit großer Majorität wurde eine Resolution gefaßt, in der erklärt wird, die Partei habe zwar den aufrichtigen Wunsch und festen Willen, mit den übrigen liberalen Organisationen in freundschaftlicher Verständigung und treuer Bundesgenossenschaft zusammen zu arbeiten; sie sei aber ebenso fest entschlossen, ihre Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit in vollstem Umfange zu wahren. Im gegenwärtigen Block seien Elemente vorhanden, die durch rücksichtsloses Draufgängertum und durch Unduldsamkeit fortwährend Unfrieden stiften und grundsätzlich auf Beseitigung der alten Organisationen ausgehen. Die nationalliberale Landespartei verlange daher ausreichende Garantien für ein gedeihliches Zusammenarbeiten, nämlich 1. die ausdrückliche Zusicherung, daß an dem bewährten Organisationsstatut festgehalten wird, 2. die Verpflichtung der Einzelorganisationen, außerhalb des Zentralausschusses Bestrebungen zu unterlassen, welche auf eine Aenderung des grundsätzlichen Teiles des Organisationsstatuts gerichtet und den Frieden zwischen den verschiedenen Organisationen zu stören geeignet sind, 3. Genugtuung wegen der Ausschreitungen in jungliberalen Versammlungen und die Zusicherung sachlicher Ausgleichung etwaiger Meinungsverschiedenheiten.

Der Antrag auf Einberufung eines allgemeinen Delegiertentages wurde abgelehnt. Wenn eine Einigung über diese Bedingungen nicht erzielt werden kann, soll der Austritt

der Landespartei aus dem Zentralausschuß erklärt werden. Zum Schluß wurde dann noch der Ausschluß des Abg. Hübsch aus der Partei mit ungefähr 170 gegen 10 Stimmen genehmigt und bestätigt.

Der große Sumpf.

Die „Breslauer Volkswacht" bringt einen Artikel über das Spitzelwesen in Deutschland. In einem galizischen Blatte sind vor einiger Zeit Enthüllungen erschienen, deren Urheber der Pole Rakowski ist. Dieser gibt zu, daß er der preußischen Polizei als Spitzel gedient hat. Seinen Darlegungen ist zu entnehmen, daß beim Polizeirat Zacher in Posen ein Album liegt, das die Photographien der Personen enthält, die beim Betreten Preußens sofort verhaftet werden können, außerdem die Porträts einer Anzahl „verdächtiger" Personen, unter denen sich unser Genosse Daszynki befindet! Die Ueberwachung der Sozialdemokraten, die dem Polizeikommissar Paul Frost in Posen anvertraut ist, dehnt sich auf Berichte über Entwickelung und Stand der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung aus. Die Landräte in der Provinz Posen müssen dem Polizeikommissar Frost Berichte erstatten. Die Landräte führen schwarze Listen derjenigen Arbeiter und Bürger, die sich sozialdemokratisch oder gewerkschaftlich betätigen.

Rakowski behauptet weiter, daß in den Reihen der Sozialdemokratie Verräter stecken, die der Polizei Dienste leisten. So behauptet er zum Beispiel, daß in Posen der Handlungsgehilfe Leo Werner und der Kolporteur Max Schäfer dem Polizeikommissar Frost die Korrespondenz zwischen dem Posener Arbeitersekretär und dem Genossen Stössel in Bromberg für 30 M. verkauft haben. Ein anderer Kaufmann besorgte das Bild der Genossin Luxemburg! Ein Kellner in einem Posener Hotel erhielt von der Polizei monatlich 200 M.! Bei einer Frau Xaver in Berlin sollen regelmäßig Spitzelzusammenkünfte stattfinden, und ein Kellner des Kellerschen Restaurants (Koppenstraße) in Berlin regelmäßig über Wahlversammlungen berichten!

Damit ist Rakowskis Material nicht erschöpft, sondern es stehen noch weitere Enthüllungen bevor über das Wirken unserer lieben, lieblichen Polizei. . . .

Das Stichwahlresultat in Koburg.

Amtliches Wahlergebnis: Bei der Reichstagsersatzstichwahl im Wahlkreise 1. Sachsen-Koburg-Gotha am 23. Oktober sind insgesamt 13 722 Stimmen abgegeben worden. Davon erhielt Redakteur Zietsch-Charlottenburg (Soz.) 7078 und Regierungsrat Dr. Quarck-Koburg (Natlib.) 6644 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Neue Steuerpläne.

Das Reichsschatzamt hat an die Bundesstaaten das Ersuchen gerichtet, schleunigst Erhebungen zum Zwecke der Einführung einer Reichswertzuwachssteuer anzunehmen. Man rechnet mit einem künftig steigenden Ertrag von 12 Millionen Mark.

Rückgang der Bergarbeiterlöhne.

Selbst der „Verein für die Bergbaulichen Interessen" muß konstatieren, daß die Bergarbeiterlöhne im vergangenen Jahre ganz erheblich gesunken sind. Obwohl nach seinem jetzt erschienenen Jahresbericht im Bergwerksbezirk Dortmund die Zahl der Belegschaftsmitglieder von 294 101 im Jahre 1907 auf 324 895 im vorigen Jahre zunahm, sank der durchschnittliche Jahreslohn von 1562 M. auf 1494 M. Der Rückgang macht 68 M. gleich 4,35 Proz. aus. In Oberschlesien ging der Durchschnittsverdienst um 13 M., von 1003 auf 1016 M. hinauf. Das Saarrevier verzeichnet einen Minderverdienst von 3 M. Die Jahreslohnsumme beträgt hier für das letzte Jahr 1182 M. Im Aachener Bezirk war der Lohnrückgang ähnlich stark wie im Ruhrrevier, von 1455 M. sank der Jahresverdienst auf 1409 M. und in Niederschlesien ist der Lohn von 1000 M. auf 990 M. zurückgegangen. Dabei hat die sinkende Tendenz im laufenden Jahre noch angehalten, wie aus der folgenden Gegenüberstellung der Schichtlöhne hervorgeht. Es betrug der Schichtenverdienst:

	im Jahresdurchschnitt 1907	im II. Viertel 1909
	M.	M.
im O.-B. B.-Verband	4,87	4,45
in Oberschlesien . .	3,48	3,45
im Saargebiet . . .	4,02	3,94
in Niederschlesien . .	3,27	3,21
im Aachener Bezirk .	4,64	4,44

Im Ruhrrevier beträgt der Lohnrückgang demnach 42 Pf. pro Schicht, gleich 8,62 Proz. Hochkonjunkturpreise, Lohnverminderung und unablässiges Klagen über sozialpolitische Lasten, das paßt gut zusammen.

Die süddeutschen Industriellen und die Arbeitslosenversicherung.

Wie vielen anderen Körperschaften hat die badische Regierung auch dem Verband süddeutscher Industrieller den Plan unterbreitet, den badischen Gemeinden die Errichtung einer Arbeitslosenversicherung auf kommunaler Grundlage vorzuschlagen. Der Verband befragte seine Mitglieder. Sie sprachen sich einmütig gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung aus. In einer Eingabe bat darauf der Industriellenverband die Regierung, im Interesse der badischen Volkswirtschaft das Programm endgültig fallen zu lassen. Das wäre nun nicht verwunderlich, denn man kennt ja das Unternehmertum zu gut und erwartet von ihm kein soziales Verständnis für die traurige Lage der Arbeitslosen. Großes Interesse erweckt aber die Begründung der Ablehnung. Sie läßt einen Schluß zu, wie die Industriellen über die derzeitige Handelspolitik der Regierung und der Mehrheit des Reichstags denken. Da heißt es:

„Man fördere mehr wie bisher in unserem Vaterlande durch eine gesunde Industrie- und Exportpolitik die Interessen der deutschen Industrie, dann wird man schneller und auf direktem Wege das erreichen, was man auf Umwegen durch übertriebene soziale Fürsorge erzielen will. Es wäre besser, statt die Arbeitslosigkeit in ihren Wirkungen zu bekämpfen, sie durch eine gesunde deutsche Industrie- und Exportpolitik zu bekämpfen. Dieser direkte Weg wird zu einer Erstarkung der deutschen Industrie führen und die Industrie damit in die Lage versetzen, in immer größerem Umfange Arbeitsgelegenheit für unsere ständig zunehmende Bevölkerung zu schaffen. Der direkte Weg ist von größter nationaler Bedeutung und muß zu einer gewaltigen Steigerung der Produktivität unserer Volkswirtschaft führen, der indirekte Weg ist unwirtschaftlich."

Von den roten Sachsenwahlen.

Im 47. ländlichen Wahlkreise wurde Genosse Richter als gewählt gemeldet. Bei der amtlichen Auszählung der Stimmen sind nun einige für ihn abgegebene Stimmen für ungültig erklärt worden, so daß ihm 6 Stimmen an der absoluten Mehrheit fehlen. Unter diesen Umständen ist eine Stichwahl notwendig, und es sind sonach bisher nicht 16, sondern 15 Sozialdemokraten gewählt.

Unheilbare Blindheit.

Der sächsische Minister des Innern, Graf Vitzthum v. Eckstädt, empfing eine Vertretung des Ausschusses „nationaler" Arbeiter- und Gehilfenorganisationen. Der Minister erörterte die einzelnen ihm vorgetragenen Wünsche, drückte seine Freude aus über die Fortschritte, welche die auf nationalem Boden stehenden Arbeitervereinigungen in den letzten Jahren gemacht hätten (?) und kam sodann auf die gegenwärtige Unzufriedenheit des Arbeiterstandes zu sprechen. Er wies dabei auf die durch die kaiserliche Botschaft inaugurierte „soziale Gesetzgebung" hin und betonte, daß ein schrittweises Vorgehen schneller zum Ziele führen werde als die Aufstellung radikaler Forderungen! Daß ein großer Teil der Arbeiterschaft dies erkannt habe (?), sei ein Zeichen der Gesundung der Verhältnisse.

Diese ministerielle Redeleistung ist nicht angekränkelt von irgendwelchem Verständnis für die politische Lage in Deutschland noch selbst von irgendwelchem tieferen Einblick in die Ursachen der Unzufriedenheit des Sachsenvolkes. Und weniger kann man von einem Minister beim besten Willen nicht verlangen.

Ein Zentrumspolitiker für Zeugniszwang.

In einem Beleidigungsprozeß zwischen zwei westfälischen Zentrumsblättern wurde dieser Tage vor dem Schöffengericht zu Hagen verhandelt. Dabei sollte Redakteur Koch von der Fusangelschen „Westdeutschen Volkszeitung" als Zeuge Auskunft geben über die Verfasserschaft eines Artikels. Als er dies Ansinnen entschieden zurückwies, beantragte der juristische Vertreter des Herrn Lensing, Verlegers der „Dortmunder Tremonia", in dessen ausdrücklichem Auftrage, gegen den Zeugen das Zeugniszwangsverfahren einzuleiten. Der Gerichtshof lehnte aber den Antrag ab. Zeuge Koch habe in diesem Falle ohne „Verletzung der Standesehre" nicht anders handeln können. Die Zentrumspresse nimmt sonst Stellung gegen den Zeugniszwang, hier aber ist es der Vertreter eines großen Zentrumsblattes, der den Zeugniszwang erzwingen wollte, dazu noch gegen einen, allerdings seine eigenen Wege gehenden Anhänger der Zentrumspartei. Die Blamage des Herrn Lensing ist um so größer, als sein Redakteur Dr. Hoffmann, der gleichfalls am Prozeß beteiligt ist, es direkt ablehnte, sich dem Verlangen seines Verlegers anzuschließen.

Das katholische Volk gegen das Zentrum!

Wie sehr auch das katholische Volk durch die Schandtaten des Zentrums aufgepeitscht worden ist, dafür liefert die soeben in Attendorn, im schwarzen Sauerlande, vollzogene Stadtverordnetenwahl Beweis. Das ganze Sauerland galt noch bis in die jüngste Zeit für sozialistenrein, wenn sich auch bei Reichstagswahlen zeigte, daß die Sozialdemokratie in der schwärzesten Ecke des schwarzen Westfalens einige Anhänger gewonnen hatte. In jüngster Zeit ist es aber in Versammlungen zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Zentrum gekommen, vor einigen Wochen auch in Attendorn. Natürlich waren die Sozialdemokraten nach den Berichten der Zentrumspresse die Besiegten. Erst recht in Attendorn, dem bekannten Wallfahrtsort des Sauerlandes. Indes, die Stadtverordnetenwahl sollte die großsprecherischen Zentrumsleute arg dementieren. Noch zwei Tage vor der Wahl höhnte das Zentrum, die Sozialdemokratie sollte sich doch nicht lächerlich machen, in Attendorn gäbe es keine Sozialdemokraten! Daß sie da sind, haben sie gezeigt. Mitten in die schwärzesten Gefilde sind sie eingebrochen und haben das Zentrum besiegt: die sozialdemokratischen Kandidaten erhielten 153 Stimmen, das Zentrum 131! Zwei Genossen sitzen jetzt im Gemeinderat von Attendorn.

Gegen die Volksaussperrung protestierten am Sonntag und Montag im Hamburger Staatsgebiet 27 große Volksversammlungen, die einmütig zwei Resolutionen zustimmten, in denen gegen den an Ferrer vollzogenen Justizmord protestiert und die weitere Belastung der unbemittelten Volksschichten durch die indirekten Steuern der letzten Reichsfinanzreform verurteilt wird.

Der „gereinigte" Schack.

Die Freunde des Abgeordneten Schack, vor allem sein Fraktionskollege Raab, haben sehr erfolgreich das „Reinigungswerk" an dem entgleisten M. d. R. vollendet. Es ist ihnen gelungen, auch die dritte junge Dame zur Zurückziehung des Strafantrages zu bewegen. Deshalb hat die Strafkammer des Landgerichts Hamburg das Beleidigungsverfahren gegen Schack eingestellt. Es findet also keine Gerichtsverhandlung statt und Schack braucht kein Sanatorium aufzusuchen. Sein überreiztes Nervensystem dürfte sich nun sehr schnell beruhigen. Bald wird es in der antisemitischen Presse widerhallen von sittlichen Entrüstungen über die ungerechtfertigten Angriffe gegen diesen echtteutschen Mann.

Graf Mielzynski tritt nicht zurück.

Die Nachricht vom Rücktritt des polnischen Reichstagsabgeordneten Mielzynski erwies sich als verfrüht. In einer Versammlung seiner Wähler erhielt er sein Vertrauensvotum. Der Graf will wegen Krankheit den Verhandlungen des Reichstages nicht beiwohnen, sein Mandat jedoch behalten.

Fürst Ito getötet.

Fürst Ito, der einflußreichste Staatsmann des neuen Japan ist einem politischen Attentat zum Opfer gefallen. Koreaner, die in Ito den Repräsentanten der japanischen Eroberer- und Unterdrückernation sahen, haben ihn am Bahnhof in Charbin erschossen. Fürst Ito hatte sich nach Charbin begeben, um dort mit dem russischen Finanzminister Kokowzow über das jüngste chinesisch-japanische Uebereinkommen zu verhandeln, gegen das Rußland Protest erhoben hatte.

Der Anschlag geschah um 9 Uhr früh. Ito, der eben seinen Wagen verlassen hatte, schritt mit Kokowzow und den russischen Offizieren die Front der Ehrenwache ab und ging gerade auf die Gruppe der ausländischen Konsuln zu, als hinter ihm mehrere Schüsse fielen. Von drei Kugeln getroffen, stürzte der Fürst, tödlich verwundet, nieder. Der japanische Generalkonsul Kawakami wurde schwer, aber nicht lebensgefährlich verwundet, der Betriebschef der Südmandschurischen Bahn Tanaku wurde am Fuß leicht verletzt. Der Täter ist verhaftet worden.

Es handelte sich offenbar um ein vorbereitetes Komplott. Auf der Station Tsaitsagou waren bereits gestern von der russischen Polizei drei mit Revolvern bewaffnete, verdächtige Koreaner verhaftet worden. Den Mordanschlag auf Ito zu verhindern, war unmöglich, da die Bahnverwaltung auf die Bitte des japanischen Generalkonsuls Kawakami allen Japanern das Betreten des Bahnhofs gestattet hatte und der Mörder dem Aussehen nach von einem Japaner nicht zu unterscheiden war. Alle Ito begleitenden Personen waren gleich ihm der Gefahr ausgesetzt. Finanzminister Kokowzow befand sich in der unmittelbaren Nähe Itos, noch näher als die verwundeten Japaner.

Fürst Ito lebte noch 20 Minuten, nachdem die Schüsse auf ihn abgegeben waren. Die gestern verhafteten Koreaner haben eingestanden, sie seien nach Tsaitsagou gekommen, um die Ermordung Itos zu organisieren. In Tokio hat die Nachricht große Erregung hervorgerufen.

•

Ito, der ein Alter von 69 Jahren erreichte, war der Sohn eines armen Samurais, eines Adeligen. Schon früh sah er die Notwendigkeit für Japan ein, mit dem System der Abschließung zu brechen und den Staat nach europäischem Muster zu organisieren. Ito, der mehrere Jahre in England und Amerika zugebracht hatte, wurde bald ein einflußreicher Führer der Reformpartei, die in Japan die technischen und politischen Errungenschaften Europas zum Durchbruch brachte. Als Führer der Liberalen stand er viermal an der Spitze der Regierung. Er war Ministerpräsident während des chinesisch-japanischen Krieges und der Urheber des ersten japanisch-englischen Bündnisvertrages, der Japan im Kriege gegen Rußland Rückendeckung gewährte. Nach der Eroberung Koreas trat er an die Spitze der Verwaltung des neugewonnenen Landes, das er mit großer Härte zu einem sicheren Besitz Japans zu machen suchte. Auf diese Tätigkeit geht der Haß der Koreaner zurück, dem jetzt Ito zum Opfer gefallen ist. —

Frankreich.

Für und gegen Ferrer.

Paris, 25. Oktober. Der Gemeinderat verhandelte heute über den vom Bureau des Gemeinderats gestellten Antrag, einer Straße den Namen Ferrers zu geben und die Enkel Ferrers zu adoptieren. Der Seinepräfekt bekämpfte den Antrag unter Hinweis auf die Ausführungen, die Minister Pichon im Senat zu der Ferrer-Angelegenheit gemacht hat. Der Antrag wurde mit 40 gegen 34 Stimmen abgelehnt. Der Präsident erklärte hierauf, daß das gesamte Bureau des Gemeinderats seine Entlassung gebe.

Gewinnbeteiligung der Arbeiter.

Paris, 26. Oktober. Deputiertenkammer. Der Minister für öffentliche Arbeiten Millerand erklärte in Beantwortung einer Anfrage über Minenkonzessionen, die Regierung werde die Kammer auffordern, zu beschließen, daß die Unternehmer den Arbeitern einen Gewinnanteil gewähren sollen. Hierauf schritt das Haus zur Beratung der Wahlreform.

Schwarzer Militarismus.

Paris, 26. Oktober. Der Kriegsminister und der Kolonialminister haben im Ministerrat Mitteilungen über die Versuche einer Organisation schwarzer, in Westafrika ausgehobener Truppen für Algier gemacht.

Italien.

Gegen den Zarenbesuch.

Rom, 24. Oktober. (Eig. Ber.) An dem Tage, an dem der Zar in Italien eintraf, wurde in dem römischen Volkshause eine Gedenktafel, die die sozialistische Partei gestiftet hat, mit folgender Inschrift enthüllt:

Während fern von jeder Gemeinschaft der Freien, Fürsten und Höflinge, zitternd zwischen Reihen von Söldnern und Spionen und zwischen finsteren Schatten des Todes, vor Nikolaus, dem Kaiser und Henker sich neigen, gräbt das Proletariat Italiens, das mit furchtbarem Schrei des Abscheus den mit dem Fluche der Völker Beladenen zurückwies, seinen Einspruch in dieses Erz im Namen des ungerächten Märtyrertums eines Volkes, im Namen der am Galgen und im Kerker gestorbenen Helden, im Namen der erlösenden Kultur, die vom Joch befreien wird alle Bedrückten jeden Stammes und jeden Landes in der großen und fruchtbaren Brüderlichkeit der Gerechtigkeit und der Arbeit.

Die Inschrift stammt aus der Feder des Genossen Turati.

In allen größeren und vielen kleineren Städten haben Protestversammlungen stattgefunden, über die man nicht telegraphieren durfte. Großes Entsetzen erregte die Anwesenheit des Genossen Morgari in Racconigi. Verhaften konnte man den Abgeordneten, der dem Zaren vor Jahren das Ausgepfiffenwerden in Aussicht gestellt hatte, doch nicht; so heftete man zwei Polizisten an seine Fersen, bis er um 7 Uhr nach Turin abreiste, um die dortige Protestversammlung abzuhalten.

Ein Nachspiel wird übrigens der Umstand haben, daß der römische Bürgermeister die Einladung zum Galadiner angenommen hat. Die hiesige Parteisektion hat schon eine Versammlung einberufen, um die Stellung der Sozialisten im sogenannten Block der Volksparteien zu diskutieren.

Alle sozialistischen Stadtverwaltungen haben in diesen Tagen die Fahne des Rathauses halbmast gehängt.

England.

Interessierte Gesetzgeber.

London, 25. Oktober. Oberhaus. Die dritte Lesung der Irischen Landbill, die von den Peers einschneidende Aenderungen erfahren hat, ist heute angenommen worden. Der Earl of Crewe erklärte, es sei doch eine ernsthafte Sache, daß die Bill so völlig verändert erscheine, und um so sonderbarer wirke das, als sich an der Diskussion ausschließlich irische Peers beteiligt hätten. Man sage nicht zu viel, wenn man behaupte, die Bill sei nicht vom Oberhause, sondern von einer Kommission interessierter Peers diskutiert worden. Man glaubt, der Chefsekretär für Irland Birrel werde dem Unterhause, wenn die Bill dorthin zurückgegangen ist, vorschlagen, daß es die Abänderungsanträge en bloc ablehnen möge.

Die Nachwahl in Bermondsey.

London, 23. Oktober. (Eig. Ber.) Der Wahlkampf in Bermondsey ist ungewöhnlich lebhaft. Es finden dort täglich über 100 Versammlungen statt. Am 28. d. Mts. wird der Wahlakt vorgenommen werden. Die Kandidaten sind: Dr. Salter (Sozialistische Arbeiterpartei), Hughes (liberal), Dumphreys (unionistisch oder konservativ und schutzzöllnerisch). Bei den allgemeinen Wahlen des Jahres 1906 betrug die liberale Mehrheit 1759 Stimmen; bei den Wahlen des Jahres 1900 siegte der Konservative (oder Unionist) mit 300 Stimmen Mehrheit.

Rußland.

Die sozialdemokratische Interpellation.

Petersburg, 25. Oktober. In der heutigen Abendsitzung beschäftigte sich die Reichsduma mit der schon erwähnten Interpellation der Sozialdemokraten wegen Verletzung der Grundgesetze. Während ihrer Verlesung verließ die extreme Rechte demonstrativ den Sitzungssaal. Die Dringlichkeit wurde abgelehnt und die Interpellation einer Kommission überwiesen, der eine Frist von zwei Wochen gestellt wurde.

Marokko.

Gegen die europäische Invasion.

Paris, 26. Oktober. Wie aus Fes vom 21. Oktober gemeldet wird, versammelte der Sultan nach Beendigung der Rhamadanfestlichkeiten die Ulemas und Notabeln um sich und las ihnen ein von ihm verfaßtes Gedicht vor. Das Poem wendet sich gegen Europa, das bereit sei, sich Marokkos zu bemächtigen. Schon seien die Spanier in das Rif eingebrochen und die Franzosen würden folgen, aber der Emir erhebe sich und bereite sich vor, sie mit Hilfe der Stämme ins Meer zu werfen.

Gewerkschaftliches.

Eine internationale Scharfmacher-Organisation!

Der internationale Bund der Schiffseigentümer, dessen Gründung vor einiger Zeit beschlossen wurde, hat sich, wie ein Londoner Blatt mitteilt, unter den Namen „Internationale Schiffahrtsvereinigung" nunmehr konstituiert. Die in England, Deutschland, Schweden, Dänemark und Holland bestehenden Verbände haben sich dem Bunde angeschlossen, der eine Tonnage von sechzehn bis siebzehn Millionen repräsentiert. Es wird erwartet, daß Frankreich und Norwegen sich in kurzer Zeit dem Bund anschließen und daß die Schiffseigentümer anderer Staaten ihnen folgen werden, sobald sie zu diesem Zwecke einzelstaatliche Verbände gegründet haben. Der internationale Bund ist zu dem Zweck ins Leben gerufen worden, im Falle von Arbeitsstreitigkeiten die Schiffseigentümer und die Schiffahrt im allgemeinen zu schützen, die Beladung und Löschung der Schiffe bei Streiks und Aussperrungen zu ermöglichen und Mitglieder des Bundes bei eintretenden Verlusten schadlos zu halten. Der Präsident des englischen Verbandes, Dewit, ist zum Präsidenten des internationalen Bundes und Herr Leist vom Norddeutschen Lloyd zum Vizepräsidenten gewählt worden. Geschäftsführender Sekretär des Bundes ist gegenwärtig der geschäftsführende Sekretär des englischen Verbandes.

Er ist zweifellos eine der kräftigsten und umfassendsten Scharfmacherorganisationen, die sich hier gegen die Seeleute zusammengefunden hat. Ihre bloße Existenz trägt aber in sich auch eine Anerkennung der Tatsache, daß die Reeder Ursache haben, die Organisation der Seeleute als einen wohl zu beachtenden Faktor in ihren Kalkulationen zu betrachten. Für die seemännischen Arbeiter muß nun die Parole erst recht lauten: Stärkung der Organisation weit hinaus über den nationalen Rahmen. Im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit auf dem Weltmeere darf die Arbeiterschaft nicht lässig bleiben!

Berlin und Umgegend.

Ein Streit zwischen Konfektionären und Zwischenmeistern.

Die selbständigen Schneider in der Damenkonfektion hielten am Montag abend in den Prachtsälen Alt-Berlin, Blumenstraße 10, eine öffentliche Versammlung ab, um gegen eine vom Verbande deutscher Damen- und Mädchenmäntelfabrikanten in Aussicht genommene Aussperrung solcher Schneider, die für nicht an die Konvention der Fabrikanten angeschlossene Geschäfte arbeiten, öffentlichen Protest zu erheben. Der Verband deutscher Damen- und Mädchenmäntelfabrikanten hat weiterhin einen Antrag der selbständigen Konfektionsschneider, in Zukunft nur organisierte Schneidermeister zu beschäftigen, schlank abgelehnt. Die Schneidermeister sollen also den Fabrikanten als Zuchtrute dienen, womit man die widerspenstigen Geschäfte zwingt, sich der Konvention der Fabrikanten anzuschließen, wenn sie aber von den Fabrikanten ein gleiches für ihre Organisation erbitten, so sind die Herren nicht zu Hause. In der Versammlung gelangte trotz der vorausgegangenen, mit großer Erbitterung geführten Debatte folgende maßvoll gehaltene Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die heute in den Prachtsälen Alt-Berlin, Blumenstr. 10, versammelten selbständigen Schneider in der Damenkonfektion erheben hierdurch gegen die vom Verbande deutscher Damen- und Mädchenmäntelfabrikanten angedrohte Aussperrung solcher Schneider, die für nicht an die Konvention angeschlossene Fabrikanten arbeiten, einstimmigen Protest. Dieselben erklären sich aber bereit, dem Verbande der Fabrikanten aus freien Stücken darin behilflich zu sein, ihnen die ihrer Konvention noch fernstehenden Fabrikanten zuzuführen, falls der Verband deutscher Damen- und Mädchenmäntelfabrikanten den Antrag des Arbeitgeberverbandes für das Damenschneidergewerbe Deutschlands auf Beschäftigung nur organisierter Schneider akzeptiert."

Zum Schlusse wurde noch Protest erhoben gegen die Beschimpfung eines Schneidermeisters durch eine Angestellte des Konfektionshauses B. Mannheimer und der Verbandsvorstand beauftragt, die unverzügliche Entlassung derselben zu verlangen und falls dem nicht stattgegeben wird, zur Besprechung und Beschlußfassung der Angelegenheit unverzüglich eine öffentliche Versammlung zu berufen.

Deutsche Arbeiter streiken beim Brüsseler Weltausstellungsbau.

Die belgische Gewerkschaftszentrale teilt soeben mit, daß die Stukkateure und Vergipser, welche bei der deutschen Abteilung der Brüsseler Weltausstellung beschäftigt sind, in den Streik getreten sind. Es handelt sich um 137 Mann, welche von der Berliner Firma Rogi, Berlin, Eisenacher Straße, in Brüssel beschäftigt waren. Die Firma wird natürlich versuchen, Ersatz zu erhalten und ist deshalb jeder Zuzug fernzuhalten. Die Löhne der Stukkateure waren bisher 65—80 Centimes pro Stunde, die Vergipser erhielten 45—50. Die Stukkateure verlangen Lohnerhöhung bis zu 1 Frank, die Vergipser bis zu 70 Centimes die Stunde. Die Gebäude für die Weltausstellung müssen bis zum nächsten April fertiggestellt sein und daher wird vermutet, daß die Firma sicher alle Anstrengungen macht, sofort Ersatz zu erhalten.

Achtung, Töpfer!

Herr Töpfermeister Kramarski und die bei ihm arbeitenden Hirsche haben wirklich Pech. Erst mußten sich die Herren von uns sagen lassen, daß bei der Firma Kramarski der Tarif nicht bezahlt wird und die Hirsche mit Kramarski einen dahingehenden Vertrag abgeschlossen haben. Auch waren wir in der angenehmen Lage, unsere Behauptung aufrecht halten zu können, obgleich die Hirsche und Kramarski eine Erklärung im „Vorwärts" und im „Töpfer" verlangten, daß bei der Firma der Tarif bezahlt werde und kein diesbezüglicher Vertrag abgeschlossen ist. Weiter hat auch Kramarski dies an Eidesstatt versichert und uns mit der Klage gedroht. Nunmehr mußten Kramarski und der Vorsitzende der Hirsche Max Brauer beim Innungsschiedsgerichtstermin am Montag, den 25. Oktober, selbst zugeben, daß bei der Firma 5 Proz. vom Lohntarif abgezogen werden und Kramarski mit den Hirschen einen dahingehenden Vertrag abgeschlossen hat. Einer seiner Getreuen hatte nämlich Kramarski verklagt, weil er mit dem Abzug nicht einverstanden war und nicht gewußt hat, daß 5 Proz. abgezogen werden. Brauer als Zeuge bestätigte aber, daß zwischen Kramarski und den Hirschen ein Vertrag abgeschlossen ist, daß 5 Proz. abgezogen werden und auch der Kläger hätte dieses gewußt. Kamarski wurde aber trotz alledem verurteilt zu zahlen, was ihn so sehr erboste, daß er sich zu der Aeußerung hinreißen ließ: „daß dies ein ungerechtes Urteil sei", wofür ihm von seiten des Gerichts drei Tage Strafe zuerkannt wurden.

Zentralverband der Töpfer, Filiale Berlin.

Deutsches Reich.

Die Organisation der Buchbinder in Bielefeld schloß nach längeren Verhandlungen mit der Innung einen neuen Tarif ab. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde von 55 auf 54 Stunden herabgesetzt, die Gehilfenlöhne wurden um 1 M. bis 1,50 M. erhöht, die Löhne der Hilfsarbeiter und Mädchen um 50 Pf. Auch eine Anzahl der Innung nicht angehörende Firmen haben den Tarif anerkannt. Zu den neuen Bedingungen arbeiten zirka 120 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Ein organisations- und tariffeindlicher Schnapsfabrikant.

Seitdem der Brauereiarbeiterverband mit der Brennerei Hackert in Westerholt einen Tarifvertrag abgeschlossen, geht das Bemühen des Unternehmers dahin, Organisation und Tarif los zu werden. Es glückte ihm, die Organisierten aus dem Betriebe zu entfernen, worauf er den Tarif einfach außer Kraft setzte. Kürzlich wurden die Arbeiter wieder für den Verband gewonnen, weshalb der Bezirksleiter des Verbandes strikte Durchführung des Vertrages forderte. Herr Hackert versprach dies auch, kündigte aber gleich darauf seinen Arbeitern, ließ sie einzeln in sein Bureau kommen und erklärte ihnen: wenn sie aus dem Verbande austräten, könnten sie wieder bleiben. Dem Zwange nachgebend, unterschrieben die Arbeiter ihrer Austritt, händigten aber die auch verlangten Verbandsbücher nicht aus. Das Schreiben sandte Herr Hackert an den Bezirksleiter des Verbandes und zwei Tage später die Mitteilung, daß sämtliche Arbeiter seines Betriebes aus dem Verbande ausgetreten seien, der Tarifvertrag nun für ihn wertlos sei, indem er ihn hiermit kündige.

So glaubte der schlaue Schnapsfabrikant die Organisation und den Tarif los zu sein. Er wird sich wohl verrechnet haben!

Arbeitslosenzählung.

Vom Magistrat in Nürnberg wurden bereits eine Anzahl Winterarbeiten vorgesehen. Auch die für nächstes Jahr geplanten größeren Ausbauarbeiten am Luitpoldhain sind in die Liste der Winterarbeiten eingestellt. Ferner soll wieder eine Arbeitslosenzählung vorgenommen werden. Die Arbeitslosenzählungen, mit denen am 10. Dezember 1908 der Anfang gemacht wurde, sollen von jetzt ab regelmäßig erfolgen, um stets einen Ueberblick über den Arbeitsmarkt am Orte zu haben, und zwar zu jeder Jahreszeit. Deshalb werden jährlich zwei Zählungen stattfinden, die eine im Winter, die andere im Sommer. Damit festgestellt werden kann, wie sich der Arbeitsmarkt nach Schluß des Weihnachtsgeschäftes gestaltet, wird die nächste Winterzählung nach Weihnachten vorgenommen werden, und zwar im ersten Drittel des Januar.

Christlich-ultramontaner Schwindel.

Vor einigen Wochen verbreitete die christliche und die Zentrumspresse den Schwindel, der Deutsche Textilarbeiterverband habe am 31. Dezember 1908 einen Vermögensbestand von nur 37 404 M. oder pro Kopf der Mitglieder 36 Pf. gehabt und sei demzufolge völlig bankrott.

Vom Deutschen Textilarbeiterverbande wurde daraufhin eine Gegenüberstellung der Ausgaben veröffentlicht, die zeigte, daß der Deutsche Textilarbeiterverband in den Jahren 1901—1908 an Streik- und Gemaßregeltenunterstützung ungefähr $6^1/_2$ mal soviel aufgewendet hat, wie der christliche Textilarbeiterverband. Bei einer Gegenüberstellung verhielten sich die Schlußzahlen, die für die Verbände als Ausgabensumme für Streik- und Gemaßregeltenunterstützung in den genannten Jahren verzeichnet waren, folgendermaßen zueinander:

	Gesamtsumme	pro Kopf der Mitglieder
Christlicher Verband .	660 719 M.	2,80 M. pro Jahr
Deutscher Verband .	4 468 322 „	7,74 „ „ „

Es wurde dann noch nachgewiesen, daß die Wocheneinnahme des Deutschen Textilarbeiterverbandes schon im Jahre 1908 31 505 Mark betragen habe, während die Wocheneinnahme des Christlichen Textilarbeiterverbandes nur 10 344 M. beträgt.

Diese Gegenüberstellung der Leistungsfähigkeit beider Verbände war den Christlichen natürlich sehr unangenehm, und sie gingen daran, die Richtigkeit der Zahlen zu bestreiten, und sie behaupteten, der deutsche Verband habe die Zahlen zu seinen Gunsten gefälscht.

Jetzt nun geht eine Schwindelnotiz durch die Zentrumspresse, in der nachzuweisen versucht wird, daß in der Verwaltung des Deutschen Textilarbeiterbandes schreiende Mißstände bestehen. In jener Notiz, die die Ueberschrift: „Sozialdemokratische Gewerkschaftsmisere" trägt, wird zunächst behauptet, die Mitgliederziffer des Deutschen Textilarbeiterverbandes sei von 120 295 auf rund 78 500 gesunken. Das ist erlogen. Die Mitgliederziffer beträgt heute noch rund 100 000 und ist seit einigen Wochen wieder im Steigen begriffen. Sodann wird bestritten, daß die Summen, die der Deutsche Textilarbeiterverband für Gemaßregeltenunterstützung anführt, richtig sind. Zum Beweise dafür wird gesagt, der Verband habe widersprechende Angaben gemacht; im „Korrespondenzblatt" der Generalkommission seien andere Zahlen angegeben, wie in den offiziellen Geschäftsberichten des Verbandes, und es wird dies in einer Gegenüberstellung zu beweisen gesucht. Die sogenannte „eigentliche Art der Geschäftsführung" ist wirklich ganz harmlos. Die Differenz von 375 971 M., die der Artikelschreiber bei den Zusammenstellungen herausrechnet, ist darauf zurückzuführen, daß er in den offiziellen Berichten des Verbandes nicht die Summe mit anführte, die von den Ortsverwaltungen an Gemaßregeltenunterstützung ausgezahlt wurden. Erst hinterher kommt er und sagt, die Ortsverwaltungen hätten 53 309 M. für diese Zwecke ausgegeben. Es bleibt dann noch ein „Manko" von 322 662 M. und nicht ein solches von 222 662 M., wie es in der Schwindelnotiz heißt. Dieses „Manko" ist dadurch entstanden, daß in den früheren Jahren der verstorbene Kassierer Georg Treue Ausgaben für Maßregelungen, die aus Anlaß eines Streiks entstanden, immer mit unter Streikunterstützung buchte, wohingegen der Berichterstatter an die Generalkommission nur die Summe als Streikunterstützung in Anrechnung bringen konnte, die laut Streiklisten ausgezahlt worden war. Die Crimmitschauer Bewegung, die am 18. Januar 1904 beendet wurde, erforderte bei der Massenmaßregelung im ersten Quartal 1904 noch 280 741 M., die Treue als Streikunterstützung verbuchte, die aber in dem Bericht an die Generalkommission nicht für 18 Streiktage in Anrechnung gebracht werden konnten, denn laut Streiklisten wurden für die 18 Tage nur 44 608 M. an Streikunterstützung ausgezahlt, so daß schon in diesem einen Falle das „Manko" um 236 133 M. erleichtert wird. Die Restsumme verteilt sich auf Maßregelungen im Anschluß an einige andere Streiks.

Heute allerdings werden die verausgabten Summen ihrem Verwendungszweck entsprechend streng auseinander gehalten, und wenn für das Jahr 1908 656 402 M. Gemaßregeltenunterstützung verbucht sind, so sind sie auch ausgegeben worden. Aber sie sind auch ein Zeichen dafür, daß der Deutsche Textilarbeiterverband im Krisenjahre 1908 schwere Stürme zu bestehen hatte, seine Mitglieder aber vor den brutalen Angriffen der Unternehmer bis zum äußersten schützte.

Wenn nun eine Organisation derartige bewegte Zeiten fest durchzuhalten vermag, so ist es doch wirklich alles andere, nur kein Symptom des Bankerotts.

Es sei aber weiterhin ausdrücklich bemerkt, daß die Behauptung von den 36 Pf. Vermögensbestand pro Kopf der Mitglieder am Jahresschlusse 1908 ebenso erlogen ist, wie jene Behauptung vom Rückgang der Mitgliederzahl. Die christlich-ultramontane Schwindelnotiz hat nämlich außer acht gelassen, daß die Abrechnung der Hauptkasse den Einnahmen des Verbandes um ein Quartal vorauseilt, das heißt, daß die Hauptkasse schon immer für ein Quartal sämtliche Ausgaben gedeckt hat, ohne im Besitz der Einnahmen für diese Zeit zu sein. Im vierten Quartal 1908 betrugen die an die Hauptkasse zu sendenden Beiträge rund 380 000 M., 173 000 M. lagen in den Ortsbeständen und 37 404,54 M. in der Zentralkasse. Der Vermögensbestand des Deutschen Textilarbeiterverbandes betrug demnach am 31. Dezember 1908 nicht 37 404,54 M., sondern rund 590 000 M.

Zeigen diese Tatsachen, daß die Behauptungen der Zentrumspresse von den schreienden Mißständen in der Verwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes erlogen sind, so soll andererseits nicht verhehlt werden, daß seinerzeit bei der Zusammenstellung der Zahlen für Streik- und Gemaßregeltenunterstützung des Deutschen Textilarbeiterverbandes die Gesamtsumme etwas höher wurde, als sie in Wirklichkeit ist. Es wurden die Zahlen benutzt, die schon in der Nr. 49 des „Textilarbeiter", Jahrgang 1906, enthalten sind und die Ausgaben für Streik- und Gemaßregeltenunterstützung von 1901 bis zum 2. Quartal 1906 enthalten. Als dann vom 3. Quartal 1906 ab im Geschäftsbericht des Vorstandes an die Leipziger Generalversammlung die weiteren Zahlen gesucht und gebucht wurden, wurde übersehen, daß in diesen Zahlen die Summe für die ersten zwei Quartale des Jahres 1906 mit eingerechnet war. Zieht man diese Summe, die 328 671 M. beträgt, ab, so verhalten sich die Zahlen, die die Ausgabesumme darstellen, die der christliche und der Deutsche Textilarbeiterverband in den Jahren 1901 bis 1908 an Streik- und Gemaßregeltenunterstützung aufwendeten, wie folgt:

	Gesamtsumme	pro Kopf und Jahr
Christlicher Textilarb.-Verband	660 719 M.	2,80 M.
Deutscher Textilarb.-Verband	4 139 651 „	7,38 „

Diese nun berichtigte Gegenüberstellung ändert demnach an der großen Ueberlegenheit des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegenüber dem christlichen Verbande in bezug auf die Aufwendung von Mitteln zu Kampfeszwecken nicht das geringste. Nach wie vor ist es der Deutsche Textilarbeiterverband, der in der Lage ist, dem Unternehmertum den hartnäckigsten Widerstand bei der Wahrnehmung der Rechte der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen entgegenzusetzen.

Ausland.

Die Staatsbeihilfe zu den Arbeitslosenkassen in Frankreich.

Das französische Arbeitsministerium veröffentlicht soeben einen kurzen, recht interessanten Bericht über die Verwendung der pro 1908 zur Verfügung stehenden Staatsmittel zur Förderung der Arbeitslosenversicherung. Seit vier Jahren erst wird zu diesem Zwecke alljährlich eine bestimmte Summe in den Etat des Arbeitsministeriums eingesetzt. Für das Jahr 1908 betrug sie wiederum 110 000 Frank (88 000 M.), eine gewiß sehr bescheidene Summe, doch wurden insgesamt davon nur 47 824 Frank, also nicht ganz die Hälfte, von Subventionen ausbezahlt. Im Vorjahre war das Verhältnis noch schlechter gewesen, nur 32 240 Frank hatten zur Auszahlung gelangen können.

Der offizielle Bericht betont, daß die Einrichtung der staatlichen Zuschüsse zu den Arbeitslosenkassen nur das Prinzip der Arbeitslosenversicherung fördern will, und zwar prinzipiell die zu diesem Zwecke von den Arbeitern geschaffenen Einrichtungen. Der Betrag der an die in Betracht kommenden Kassen geleistete Zuschuß ist seit kurzem um 25 Proz. erhöht worden; lokale Arbeitslosenkassen erhalten 16—20 Proz., zentralisierte Kassen dagegen 24—30 Proz. der aus eigenen Mitteln gewährten Arbeitslosenunterstützung zurückerstattet. — Da die Ansprüche an den Fonds des Arbeitsministeriums immer noch recht minimale sind, wurden die Höchstsätze der Subventionen, 20 bezw. 30 Proz., an die betreffenden Kassen ausgezahlt. Diejenigen Kassen, die sich um die staatliche Subvention bewerben, müssen vor allen Dingen ihre detaillierten und kontrollierbaren Rechenschaftsberichte veröffentlichen. Diesem Umstande wird es hauptsächlich zugeschrieben, daß die Zahl der Bewerbungen so gering ist. — Im ersten Halbjahre gingen Unterstützungsanträge von 97 Arbeitslosenkassen ein, von denen 73 insgesamt 23 138 Frank Subventionen erhielten. Die übrigen sandten entweder ungenügende Berichte oder verweigerten die verlangten Auskünfte. — Von 112 Kassen, die im zweiten Halbjahre die Subvention nachsuchten, konnten 68 Kassen insgesamt 24 686 Frank erhalten. Den anderen mußte zumeist aus den vorher genannten Gründen die Subvention verweigert werden.

Die subventionierten drei Zentralarbeitslosenkassen, die des Buchdrucker-, des Lithographen- und des Maschinenbauerverbandes, zählten 15 578 Mitglieder, während die Gesamtzahl der Mitglieder aller subventionierten Kassen 31 248 betrug! Diese drei Verbandskassen zahlten an 3007 arbeitslose Mitglieder für 37 866 arbeitslose Tage insgesamt 93 479 Frank Arbeitslosenunterstützung; sie erhielten 26 696 Frank Subvention. Alle 49 subventionierten Lokalkassen, die während des ganzen Jahres Subvention erhielten, hatten insgesamt 3600 Arbeitslose, denen für 61 000 Tage Arbeitslosigkeit 104 000 Frank an Unterstützung gezahlt wurden. — Die Zahl der während des ganzen Jahres subventionierten Arbeitslosenkassen ist von 43 in 1907 auf 52 in 1908 gestiegen. Für den segensreichen Einfluß der Arbeitslosenunterstützung und deshalb auch der Förderung derselben durch den Staat führt der Minister das Beispiel des Töpfergewerbes an. In der Stadt Limoges bestehen 7 Arbeitslosenkassen für die Arbeiter dieser Industrie, mit insgesamt 1098 Mitgliedern, von denen infolge der Krise im Jahre 1908 nicht weniger als 803 arbeitslos waren. Diese bezogen während einer Gesamtdauer von 20 676 Tagen 81 607 Frank an Arbeitslosenunterstützung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Haussuchung.

Auf Veranlassung der Münchener Polizeidirektion nahm die Polizei gestern bei dem Schriftsteller Erich Mühsam eine Haussuchung vor, die mit dem Bombenwurf in München in Zusammenhang steht. Bei Herrn Mühsam, der sich nur vorübergehend hier aufhält, wurden eine große Menge Briefe beschlagnahmt, die wahrscheinlich gar nichts Belastendes enthalten.

Neue Explosionen in München.

München, 26. Oktober. (W. T. B.) In einem dem Publikum zugänglichen, zu ebener Erde gelegenen Aborte des Justizpalastes erfolgten heute nachmittag zwei schwache Detonationen. Beim Nachsuchen fand man auf einem an der Wand angebrachten Brett eine offene Blechbüchse, die, wie der Polizeibericht meldet, der Täter wahrscheinlich als „Bombe" hergerichtet hatte, die aber als solche gar nicht wirken konnte. Die Blechbüchse enthielt 12 Revolverpatronen von 8 Millimeter und 2 Revolverpatronen von 5 Millimeter Kaliber, ferner eine große Anzahl eiserner Nägel und Schrauben. Explodiert sind nur zwei der großen und eine der kleinen Revolverpatronen. Aus der Büchse herausgeflogen und in nächster Nähe liegen geblieben sind nur eine Patronenhülse, eine nichtexplodierte Patrone und 12 Nägel; alles andere lag noch in der Büchse. Es scheint, daß der Täter auf die offene Büchse Papier und Watte gelegt und dann mit einem Streichholz angezündet hatte. Materialschaden ist nicht entstanden.

Für das Proportional-Wahlrecht.

Paris, 26. Oktober. (W. T. B.) In der Deputiertenkammer, wo zurzeit der Gesetzentwurf über die Wahlreform durchberaten wird, erklärte der Berichterstatter Barenne (Soz.) ein Proportionalwahlsystem für möglich. Außerdem sei dies System das einzige, das die Wahlergebnisse in gerechter Weise zum Ausdruck bringt.

Wochenbett-Unterstützung.

Paris, 26. Oktober. (W. T. B.) Der Senat hat den Gesetzentwurf betreffend die Unterstützung der Arbeiterfrauen während des Wochenbetts angenommen und für die Verhandlungen über die Altersversicherung der Arbeiter den 4. November bestimmt.

Die Cholera.

Amsterdam, 26. Oktober. (W. T. B.) In Jaarsveld (Provinz Utrecht) ist ein zweiter Fall von Cholera Asiatica festgestellt worden.

Verantw. Redakt.: Emil Unger, Grunewald. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Koburg.

Nach schwerem Kampf fiel am 22. Oktober die alte nationalliberal-freisinnige Hochburg Koburg zum ersten Male seitdem zum Reichstag gewählt wird, in unsere Hände. Zuerst unbestrittener Besitz der Nationalliberalen, ging der Kreis 1881 an die Liberale Vereinigung über. Seit 1884 führten Nationalliberale und Freisinnige einen heißen Kampf um das Mandat. 1890, 1893 und 1898 gaben unsere Parteigenossen stets zugunsten des freisinnigen Kandidaten den Ausschlag. Damals — als die Sozialdemokraten die Freisinnigen heraus hieben, gelobten diese feierlichst, sollte es einmal zwischen den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten in Koburg zur Stichwahl kommen, so würden die Freisinnigen für die Sozialdemokraten eintreten. 1903 bot sich dazu die Gelegenheit. Aber trotz ihrer früheren Versprechungen und trotzdem die nationalliberale Kandidatur in erster Linie eine bauernbündlerische war, stimmten die meisten Freisinnigen für den nationalliberalen Buchhändler Patzig aus Berlin, während unser Genosse Krüger mit 853 Stimmen unterlag. Dieselbe Fallucht der Freisinnigen nach rechts zeigte sich auch 1907. Damals brachte uns die Hauptwahl 4306, den Nationalliberalen 4437 und den Freisinnigen 4123 Stimmen. In der Stichwahl schwenkten die Freisinnigen Mann für Mann zu den Nationalliberalen über, deren Kandidat Justizrat Quarck-Koburg 7857 Stimmen erhielt, während für uns 4730 Stimmen abgegeben wurden. Und auch bei dieser Wahl ist der Freisinn sich in seiner Feindschaft gegen die Arbeiterpartei treu geblieben.

Um so höher ist darum der Erfolg unserer Partei. Die von den einzelnen Orten jetzt vorliegenden Wahlresultate lassen erkennen, daß wir fast ganz aus eigener Kraft den Sieg errungen haben und nur an sehr wenigen Orten dem Freisinn einige Ueberläufer bei der Stichwahl zu danken haben.

Dieser Umstand ist von um so größerer Bedeutung, als die Verhältnisse in wirtschaftlicher wie politischer Beziehung den Fortschritt unserer Bewegung im Koburger Wahlkreise ungemein erschwerten.

Das ganze Ländchen zählte 1905 in 162 Ortschaften 71 512 Einwohner. Ausgesprochene Industrieorte gibt es im Herzogtum nicht. Die Städte Koburg, Neustadt, Rodach und Königsberg in Oberfranken sind keine ausgesprochenen Industriezentren. Nur in Neustadt, wo die Puppen- und Spielwaren-Industrie daheim ist — denn neben Sonneberg birgt Neustadt die meisten heimarbeitenden Spielwarenarbeiter in seinen Mauern — überwiegt die industriell und gewerblich tätige Bevölkerung stark. Auch in Rodach, wo neben etwas Porzellanindustrie ebenfalls die Spielwarenindustrie vorherrscht, tritt das kleingewerbliche Handwerk und die Landwirtschaft etwas zurück. Dagegen hat Koburg keinen besonders hervortretenden Industriezweig aufzuweisen. Wohl sind einige keramische Fabriken vorhanden, aber sie können dem industriellen Leben in Koburg kein besonderes Gepräge geben. Stärker herrscht die Korbwarenindustrie vor. Sie wird jedoch zumeist in kleineren Werkstätten betrieben. Das eigentlich Charakteristische an Koburg sind die vielen Kleingewerbetreibenden aller Art, die zahlreichen Beamten und vielen Rentiers und Pensionäre, die in dem biergemütlichen, ruhigen und schön gelegenen Orte ein beschauliches Dasein führen. Dazu ruht auf der Stadt und in seiner bürgerlichen Bevölkerung der behäbige Stolz der Kleinresidenzler. — Und noch viel weniger von irgend einer industriellen Bewegung „angekränkelt“ ist das mitten in Franken liegende, von jeder breiteren Verkehrsstraße abgeschnittene Landstädtchen Königsberg. Dort wohnen nur Kleingewerbetreibende, die „freisinnig“, Landwirte und einige Beamte, die nationalliberal gesinnt sind. Das gleiche ist mit den anderen sieben in diesem Amtsgerichtsbezirk gelegenen Orten der Fall.

Auch das Land weist rein industrielle Orte nicht auf. Der Amtsgerichtsbezirk Rodach besteht vorwiegend aus Orten mit ausgesprochen landwirtschaftlicher Bevölkerung, die, zum Teil sehr fruchtbaren Boden besitzend, vielfach sehr gut situierte Bauern zählt. Aber der eigentliche Großgrundbesitz fehlt vollständig. Industriell bedeutender ist dann der Neustädter Bezirk. Zu demselben gehört eine Reihe Orte, in denen die Spielwaren- oder die Keramindustrie vorherrschend ist. Auch der Koburger Landbezirk weist neben rein landwirtschaftlichen Dörfern mehrere industriell recht lebhafte Orte auf. Vor allen Dingen bedeutsam ist jedoch der Amtsgerichtsbezirk Sonnefeld, der, 26 Orte umfassend, eine sehr ausgedehnte Korbwarenindustrie aufweist, die aber zumeist in einer ungemein ausgebreiteten und stark ausgebeuteten Heimarbeit besteht. Seit je standen die meisten dieser Heimarbeiter, die für nur geringes Geld unglaublich schwer mit Frauen und Kindern arbeiten müssen, ganz im Banne der „freisinnig“ gesinnten Korbwarenfabrikanten, die in Koburg sitzen und von dort die Arbeit an die ländlichen Heimarbeiter verteilen. Mit fanatischem Haß wurden ehedem unsere Redner und Flugblattverbreiter von diesen durch die „freisinnigen“ Fabrikanten gegen uns aufgebrachten Aermsten der Armen verfolgt. Und noch 1907 war die für uns abgegebene Stimmenzahl in den Hauptorten der Korbwarenheimindustrie sehr gering.

Das mag zum Teil darin seinen Grund gehabt haben, daß der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation nur sehr schwer Eingang in diese Arbeiterkreise finden kann. Aber die in den letzten Jahren einsetzende enorme Verteuerung der Lebensmittel in Verbindung mit den ständig steigenden Steuern und den Nachwirkungen der wirtschaftlichen Krise brachten auch in diese Heimarbeiterkreise andere Gedanken. So stiegen z. B. in Weidhausen und Sonnefeld, den beiden Hauptorten des Bezirks unsere Stimmen von 26 auf 95 respektive von 30 auf 85! Derart marschieren wir an allen Orten vorwärts; denn auch in rein ländlichen Orten und auch in solchen, in denen wir bisher weder eine Stimme erhielten noch eine Versammlung abhalten konnten, weil uns keine Lokale zur Verfügung standen, machten wir Fortschritte.

Von gegnerischer Seite wurde unser Erfolg zum großen Teil auf den jetzt herrschenden Steuerunmut in der Bevölkerung zurückgeführt. Zweifellos ist dieser Einwand nicht ganz unberechtigt und es darf ohne weiteres gelten, daß manche Stimme aus reiner Verärgerung über die vielen Steuern für uns abgegeben wurde. Aber wenn das auch in sehr starkem Maße der Fall gewesen wäre — was jedoch nicht zutrifft — so würde das ja nur der Beweis dafür sein, daß das Volk eben nur noch zur Sozialdemokratie das feste Vertrauen hat, daß sie weitere indirekte Steuern wirksam bekämpfen wird. Aber nun ist das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmenzahl von 4306 auf 6183 durchaus kein zu sprunghaftes, wenn man die früher für uns abgegebenen Stimmen und ihre Vergrößerung in der Zahl betrachtet. So erhielten wir 1887: 340, 1890: 1023, 1893: 2672, 1903: 3972 Stimmen und erst bei den Hottentottenwahlen 1907 ging die Steigerung auf 334 zurück. So nahmen wir also zu um 683, 1649, 1300, 334 und 1909 um 1877 Stimmen. Das Anschwellen der Stimmenzahl ist also — immer unter Berücksichtigung der ungünstigen Verhältnisse der Wahl von 1907 — durchaus kein anormales oder ungesundes, das uns den Verlust des Kreises wieder sicher befürchten lassen müßte.

Sondern in ziemlich sicherer Entwickelung schreitet unsere Bewegung auch in Koburg fort, während auf der anderen Seite der Nationalliberalismus, der bis zu den Bauernbündlern gekommen ist, ständig an Boden verliert und der Freisinn ebenfalls von Wahl zu Wahl an Lebensfähigkeit einbüßt. Wie denn der Freisinn seit 1903 überhaupt die Kosten zu zahlen hat. Da macht es denn nur wenig aus, ob dieser Freisinn künftig gleich im ersten Wahlgang oder erst in der Stichwahl mit den Nationalliberalen zusammen gegen uns stimmt. Irgend eine innere sachliche Berechtigung, bei einer späteren Wahl noch als selbständige Partei aufzutreten, hat der Koburger Freisinn jetzt, nachdem er mit Pauken und Trompeten ins nationalliberal-bauernbündlerische Lager abschwenkte, nicht wahr.

Was wir in der Stichwahl an Stimmen mehr aufbrachten, waren zu allermeist eigene Reserven, die wir in Koburg und in den Industriedörfern noch besaßen. Viele unserer Wähler ließen sich von dem Gedanken leiten: Es kommt doch zu einer Stichwahl, warum sollen wir zweimal wählen gehen. Es fehlt noch das erforderliche Selbstvertrauen in die eigene Kraft. Jetzt dürfte es geweckt worden sein. In einer Beziehung konnte die Stichwahl auch nicht schaden. Hat sie doch bestätigt, daß wir unsere in der Hauptwahl erlangte Stimmenzahl nicht nur behaupteten, sondern noch vergrößerten. Und das trotz einer maßlosen Hetze der Gegner, denen keine reichsverbändlerische Niedertracht gemein genug war, die in persönlichen Anpöbeleien unseres Kandidaten das möglichste leisteten, die die Kriegervereine, Dorfschulzen, Geistlichen, Lehrer, Gymnasiasten usw. gegen uns in Bewegung setzten. Auf die kleinen Beamten wurde ein starker Druck ausgeübt. Viele von ihnen mußten am Wahltage beim Schleppen helfen, mußten Zirkulare und Flugblätter austragen. Auch die Eisenbahnbetriebsinspektion mischte sich in den Wahlkampf, indem sie durch ein Zirkular die Beamten zu einer „gesinnungstreuen“ Wahl „ermunterte“.

Aber es half alles nichts. Das rote Banner flattert jetzt lustig über Koburg. Und damit wieder zum erstenmal seit 1907 auch über Thüringen!

Wie jubelte 1907, als wir Meiningen II, Rudolstadt, Gera, Weimar und Reuß verloren, der ganze Ordnungsbrei, daß Thüringen wieder frei von sozialdemokratischen Abgeordneten sei. Und nach knapp drei Jahren ist gerade der Kreis von uns erobert, der noch als eine der sichersten liberalen Kreise in Thüringen angesehen wurde! Recht sonderbar wird jetzt den Mandatsinhabern von Meiningen II, Rudolstadt, Weimar usw. zu Gemüte sein. Zwei Jahre trennen uns noch von der allgemeinen Wahl! Die Abrechnung steht bevor und wie sie ausfallen wird, läßt Koburg erkennen.

Wieder haben wir Fuß gefaßt in Thüringen. Und just dort, wo das Bayernland mit den schwarzen Wahlkreisen Kronach-Lichtenfels und Bamberg an Thüringen stößt, leuchtet die rote Fahne.

Ein Siegeszeichen der fortschreitenden Kraft unserer Bewegung. Ein flammendes Zeichen für ganz Thüringen, das wir wieder gewinnen werden.

Und daß unser Banner nicht wieder von der alten Koburger Freisinnsveste verschwindet, wird das Ziel der rastlosen Arbeit der Koburger Genossen sein.

Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Berliner Rathause.

III. Schul- und Bildungswesen.

In der Schuldeputation, die sich mit den Angelegenheiten der Gemeindeschulen zu beschäftigen hat, ist die sozialdemokratische Fraktion nicht vertreten. Dieser geradezu unerhörte Zustand ist bekanntlich dadurch bedingt, daß das Kultusministerium sich von altersher das Bestätigungsrecht für die Mitglieder dieser Deputation anmaßte, das ihm ja nun durch das am 1. April 1908 in Kraft getretene Volksschulunterhaltungsgesetz wirklich gewährt worden ist. Um so eifriger ist die Fraktion bemüht, die Schulfragen in den Plenarsitzungen zur Erörterung zu bringen und dort auf die so notwendigen Verbesserungen hinzuwirken. In erster Linie sind es zwei Punkte — die Herabminderung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen und die Unterbringung der Klassen in eigenen, gesunden Räumen. Im Jahre 1907 hat es der Oberbürgermeister als Ziel hingestellt, die Höchstschülerzahl wenigstens auf 50 herabzusetzen; nach den Bestimmungen der Schuldeputation (vergleiche vorigen Bericht, S. 15) darf die fünfte Klasse bis 55, die siebente und achte gar bis 60 Schüler beherbergen! Und diese Zahlen gelten nicht etwa als Ausnahmen — sie finden sich in den alljährlich zweimal vorgelegten Frequenzübersichten sehr zahlreich —, ja, jedesmal sind eine Reihe von Fällen zu verzeichnen, in denen sie überschritten werden. Tatsächlich entwickeln sich die Verhältnisse nur sehr langsam zum besseren, und zwar auch in dieser Berichtsperiode, obgleich die Zunahme der Gesamtzahl der Schulkinder eine äußerst geringe war. Die Einwohnerzahl Berlins ist infolge der Krise — vom 1. Januar 1907 bis zum 1. Januar 1909 — nicht gewachsen, sie hat vielmehr einen kleinen Rückgang erfahren von 2 096 645 in 1907 auf 2 084 544 in 1908; dementsprechend ist auch die Zahl der Schulkinder fast gleich geblieben: 228 573 am 1. Mai 1909 gegen 228 362 in 1907. Die Zahl der Schulen ist in dieser Zeit von 283 auf 299 gewachsen, die Zahl der Klassen von 5029 (einschließlich 146 Nebenklassen) auf 5168 (einschließlich 161 Nebenklassen). Aber von diesen Klassen haben 18 kein eigenes Klassenzimmer — 5 sind „Aulaklassen“, 13 sind „fliegende“ —; und 567 sind in Mietshäusern untergebracht, die fast ausnahmslos nicht für Schulzwecke erbaut und deshalb ungeeignet sind. Gewiß war die Zahl der Klassen ohne eigenes Heim vor zwei Jahren (vergleiche vorigen Bericht, S. 15) noch 59 und die Zahl der Klassen in Mietshäusern 657 — es ist zweifellos, daß dieser bescheidene Fortschritt nur dem unablässigen Drängen und Bohren der Sozialdemokraten zu danken ist —, aber auch heute noch sind die Zahlen beschämend und beweisen, wie wenig Voraussicht und Vorsorge die freisinnige Stadtverwaltung bewies, als es sich darum handelte, das Schulwesen dem Anwachsen der Stadt anzupassen. Und demselben Mangel an Vorsorge begegnen wir jetzt von neuem. Im zweiten Abschnitt unseres Berichtes wiesen wir darauf hin, daß zur Bilanzierung des Etats für 1909 rund 7½ Millionen Mark weniger als im Vorjahre für die Zwecke der Hochbauverwaltung eingesetzt seien; auf den Bau von Gemeindeschulen entfallen von diesen gestrichenen 7½ Millionen allein 5 Millionen Mark, so daß für den Bau von Gemeindeschulen statt wie im Vorjahre 6 Millionen diesmal nur 1 Million neu zur Verfügung gestellt werden. Dabei ist zu bemerken, daß von den acht Posten, in die diese eine Million zerfällt, nur ein einziger in Höhe von 200 000 M. eine erste Baurate ist, während die übrigen nur den Rest oder weitere Bauraten für Schulgebäude bewilligen, die schon in früheren Etats standen. Gegenüber den oben angeführten beschämenden Zahlen ist also festzustellen, daß durch den Etat für 1907 nur der Neubau einer einzigen einfachen Gemeindeschule in der Antonstraße festgesetzt ist. Daß es unsere Vertreter an einer Kritik weder im Etatsausschuß noch im Plenum fehlen ließen, ist selbstverständlich.

Kleines Feuilleton.

Im Sturm auf der Flugmaschine. „Heute erhielten wir den größten und kühnsten Beweis dafür, daß der Mensch wirklich die Luft erobert hat“, so beginnt ein englischer Berichterstatter die Schilderung des verwegenen Fluges, den Latham am Freitag bei der Fliegerkonkurrenz von Blackpool bei stürmischem Wetter ausgeführt hat. Der Zweifel an der Flugmaschine, die ja doch auf stilles Wetter angewiesen sei und größere Windstärke nicht überwinden könne, ist mit diesem Bravourstück Lathams zerstört. Bei einer Windstärke von 16 Meter in der Sekunde begann der Flieger in seiner Antoinette-Maschine den Kampf mit der Windsbraut und blieb Sieger. Die meisten Flugtechniker waren an dem Tage nicht am Start erschienen. Mit Erstaunen sah man, wie mittags gegen 12 Uhr plötzlich am Flaggenmaste der weiße Wimpel hochging, der ankündigte: „Flug wahrscheinlich.“ Erregte Erwartung bemächtigte sich aller Gemüter. Was sollte das bedeuten? Man blieb nicht lange im Zweifel: am Schuppen holte man Lathams Apparat aus der schützenden Halle. Ueber den Flugplatz brachte man den Apparat: Latham stieg ein. In diesem Augenblick geht ein zweites Signal in die Höhe; durch das Glas liest man Lathams Namen, und mit Staunen liest man, er startet für den Schnelligkeitspreis. Die übrigen Flugtechniker stehen in kleinen Gruppen beieinander und flüstern; ihre Mienen sind ernst und besorgt. Nur Latham lächelt. Dann gibt er das Zeichen zum Loslassen. Sobald die Maschine frei wird, springt sie empor. Noch nie sah man einen solchen Start. Der vogelähnliche Apparat wird heftig von einer Seite zur anderen geworfen. Bisweilen packt ihn der Sturm von hinten und versucht ihn zur Erde zu drücken, die Schwanzteile werden emporgehoben, alle Windflächen sind von der Gewalt des Sturmes gebogen. Doch immer wieder arbeitet die kleine Maschine sich empor. Die Erregung der Zuschauer erreicht den Gipfelpunkt, als Latham am ersten Drehpunkt eine Wendung versucht. Weit arbeitet er sich erst hinaus, ehe er langsam, strichweise sich zur Seite wendet. Unendlich langsam scheint es zu gehen, der Apparat steht in der Luft wie festgebannt: da endlich hat er die Höhe, eine kurze scharfe Wendung und den Sturmwind im Rücken braust er mit Schwindel erregender Schnelligkeit dem zweiten Zeichen entgegen. Atemlos haben die Zuschauer den Vorgang verfolgt. Am zweiten Wendezeichen wiederholt sich der Kampf mit dem Winde. Die Schnelligkeit spottet jeder Beschreibung; „150 Kilometer“, meint kopfschüttelnd einer der Techniker; es waren wohl nicht mehr als 120, aber immerhin eine unerhörte Geschwindigkeit. Latham vollendet ruhig Runde um Runde. Der Wind wird stärker, die Maschine aber gräbt sich ihren Weg durch die Sturmwogen. Dann endlich sieht man ihn den Apparat zum Boden lenken. Mit ruhiger Leichtigkeit wird gelandet. Latham lächelt; jedes Gefühl der überstandenen Gefahr scheint ihm zu fehlen.

Ein deutscher Intellektueller über den Krieg von 1866. Daß die Bismarcksche Blut- und Eisenpolitik von der deutschen Intelligenz keineswegs ohne Ausnahme gebilligt worden, ist ja bekannt genug. Aber es kann nicht schaden, wenn zuweilen daran erinnert wird. Denn die Legende ist unermüdlich am Werk, die Geschichte patriotisch umzufälschen. Albrecht Graefe, der Begründer der neueren Augenheilkunde, gehörte zu diesen Ausnahmen. Wir finden unter seinen Briefen, die jetzt in der „Wochenschrift für Therapie und Hygiene des Auges“ veröffentlicht werden, einen an seinen Freund und berühmten Fachgenossen Arlt in Wien gerichteten, in dem er nicht nur den Krieg von 1866, sondern die ganze preußische Militärwirtschaft verurteilt.

„Manches ist wirklich“ — schreibt er — „seitdem wir in den friedlichen Bergen Appenzells mit einander plauderten, vor sich gegangen, nicht gerade geeignet, die sittlichen und menschlichen Gefühle zu erwecken. Hader und Feindschaft hat Menschen, die im Prinzip zu einander gehören, aufgestachelt, und unschuldiges Blut vieler hat für die Schuld einzelner reichlich fließen müssen. Nur gut, daß wir in unseren friedlich-menschlichen Erstrebungen für diese Ereignisse keine Verantwortung tragen. Ich muß gestehen, daß ich mich nie dafür begeistern kann, wenn unter der Firma der Vaterlandsliebe das höhere und weitere Gefühl der Nächstenliebe so in den Hintergrund gedrängt wird, und ich würde vor dem grauenhaften Zustande des Krieges nur dann den Abscheu verlieren, wenn ich ihn als einen unbedingt notwendigen erklären müßte. Und wer hätte, die Hand aufs Herz gelegt, dies tun können! — Auch für die äußere Vergrößerung unseres Vaterlandes kann ich vor der Hand nicht schwärmen. Vielleicht täusche ich mich und wir haben wirklich einen Uebergang zu besseren Zuständen vor uns; wäre dies nicht, bliebe diese Militärwirtschaft in alle Zeiten, so würde ich eben so gern Chinese oder Kleinasiate, denn für mich ist der Staat überhaupt nur da, um dem Individuum seine intellektuelle und sittliche Ausbildung zu erleichtern — das andere hole der Geier!

Mit einem Wort, ich gehöre nicht zu denen, die für die Zeit begeistert sind; ich hätte eine friedliche Vereinigung Deutschlands auf dem Wege innerer Freiheiten für das höhere und beglückendere Los gehalten. . . .“

Graefe hat die neue deutsche Herrlichkeit nicht lange mehr gekostet. Er starb bereits am 20. Juli 1870 in Berlin. Wie würde er erst heute geurteilt haben?

Humor und Satire.

Bruhn, Dahsel u. Co.

Sie waren Patrioten
Und fühlten national.
Sie schimpften auf die Roten
Und schwärmten für Moral.

In liebender Triole
Den Junkern zugesellt,
Erwarb mit der Pistole
Man sauer sich sein Geld.

Mit dem Revolver knackte
Man für die Monarchie
Und schrie Hurra und flaggte
Für jedes große Vieh.

Die „Wahrheit“ wies von ferne
Den Christen weit und breit
Als rötliche Laterne
Den Weg zur Sittlichkeit.

Und sieh! Die gute Presse
War außer sich vor Lust
Und drückte die Mätresse
An ihre Jungfraubrust.

Der Kriegervereinsphilister
Verschlang die Schweinerei,
Der Eisenbahnminister
Gab ihr den Bahnhof frei.

(Edgar Steiger im „Simplicissimus“.)

Notizen.

— Ferdinand von Strantz, der frühere Direktor des Berliner Opernhauses (1876—87), ist im 89. Lebensjahre gestorben.

— Eine Aktion gegen die „Unsittlichkeit“ unternahm die Münchener Polizei, indem sie bei einer Verlagsanstalt und bei verschiedenen Künstlern haussuchen ließ. Der Feldzug galt einem im Wege der Privatsubskription erscheinenden Werke, das den wenig erotischen Titel „Phönix“ trägt. Hoffentlich ist die Polizei zu ihrem Amüsement gekommen.

— Die erste Radiumfabrik der Welt. Am Sonnabend wurde in London in der Thomasstreet der Grundstein gelegt zu den großen Laboratorien, die bestimmt sind, die erste Radiumfabrik der Welt zu werden, die das wunderbare neu entdeckte Element regelmäßig zu Verkaufszwecken herstellen soll. Nach dem neuen, von Sir William Ramsay entdeckten Verfahren soll hier das Radium gewonnen werden; man erwartet, die Herstellungsarbeit von neun Monaten auf acht Wochen abkürzen zu können. „Die höchste Produktion, die wir hier zu erreichen hoffen“, so äußerte sich Ramsay, „sind 5—10 Gramm im Jahre. Der Preis des Radiums beträgt zurzeit 800 M. für ein Milligramm.“ Das neue Unternehmen wird von der Britischen Radium-Gesellschaft betrieben, die über eine Anzahl von Minen verfügt, die reiche Mengen radiumhaltiger Pechblende liefern.

Wir haben bereits im zweiten Abschnitt berichtet, daß auf Grund des neuen preußischen Gesetzes über die Besoldung der Lehrer an Gemeindeschulen auch in Berlin eine Neuordnung der Gehälter vorzunehmen war und daß auf Grund derselben bei den Lehrergehältern eine Mehraufwendung von rund 1½ Millionen nötig wird. Berücksichtigt man, daß der Etat für 1909 ohne diese Erhöhungen an Gehältern für Lehrer und Lehrerinnen usw. bei den Gemeindeschulen 16½ Millionen ansetzte, so ergibt sich eine durchschnittliche Gehaltsaufbesserung der Lehrer von etwa 9 Proz. Bedenkt man, mit welchen Schwierigkeiten im Jahre 1907 die letzte Aufbesserung der Lehrergehälter erkämpft werden mußte (vor. Ber., S. 17 f.) und daß jetzt durch das Vorgehen des Staates eine erhebliche Verbesserung für die Lehrer gegen die Gehaltsordnung von 1907 erzwungen wurde, so darf man wohl sagen, daß die freisinnige Stadtverwaltung, trotz aller schönen Worte für die Lehrer und aller gehässigen Bemerkungen gegen die sozialdemokratische Fraktion, sie wolle ohne Rücksicht auf das Gebotene durch weitergehende, unfüllbare Forderungen die Leistungen der Freisinnigen in ungünstigem Lichte erscheinen lassen, nicht das getan hat, was sie längst hätte tun müssen, nämlich vorbildlich vorgehen. Aber die Vorgänge bei Durchführung der vom Staate erzwungenen*) Gehaltsaufbesserung der Lehrer haben des weiteren die schönen Worte der liberalen Vorkämpfer im Landtage zum guten Teil als Heuchelei erwiesen. Im Landtage stellte sich Herr Cassel hin und erklärte, sein und seiner Freunde Ziel sei die Gleichstellung der Lehrer im Gehalt mit den Verwaltungssekretären — dieses Ziel sei aber zurzeit noch nicht zu erreichen; Herr Cassel war es, der im Landtage die Festsetzung der obersten Grenze für die Ortszulage auf 900 M. bekämpfte und mindestens 1000 M. verlangte. Nach diesen Vorgängen hätte man erwarten dürfen, daß Herr Cassel und seine Freunde, nachdem sie ihr Ideal — Gleichstellung der Lehrer mit den Verwaltungssekretären — nicht erreichen konnten, den Lehrern wenigstens soviel gaben, als das Gesetz zuläßt, daß sie im besonderen — da sie die Ortszulage von 1000 M. nicht durchsetzen konnten, wenigstens bis zur Höhe der Ortszulage von 900 M. gegangen wären — nichts davon; die Herren haben die Ortszulage auch nach 31jähriger Dienstzeit nur bis 750 M. anwachsen lassen. Bei den Fachlehrerinnen hatte sich der Magistrat ängstlich an das gesetzlich zulässige Minimum gehalten, doch gelang es unseren Bemühungen im Ausschuß, diesen für die Reichshauptstadt allzusehr beschämenden Zustand abzuwenden. Bei der Beschneidung der Ortszulage für die Lehrer aber blieb es, obgleich es nun endlich möglich gewesen wäre, das zu erreichen, was die freisinnige Majorität angeblich stets erstrebte: Ruhe auf längere Zeit; dann hätten die Lehrer, wenn sie eine weitere Gehaltsaufbesserung für wünschenswert hielten, sich nicht an die städtischen Behörden wenden können, sondern an den preußischen Landtag wenden müssen. Den freisinnigen Herren aber kam es gerade darauf an, noch ein wenig Zuckerbrot für später in der Hand zu behalten. Die Gunst der langmütigen Berliner Lehrer werden sie freilich — darauf deuten alle Anzeichen hin — verscherzt haben. Dafür darf sich der Berliner Kommunalfreisinn der Gunst der Regierung erfreuen; als die Nachbarstädte Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf die Ortszulage für die Lehrer auf 900 M. festgesetzt hatten, versagte die Regierung ihre Zustimmung: Groß-Berlin sei eine wirtschaftliche Einheit, heißt es in ihrer Begründung, und die Zulassung einer Abweichung von den Sätzen der Berliner Besoldungsordnung bei den Ortszulagen würde das dem Lehrerbesoldunggesetze zugrunde gelegte Prinzip der Gewinnung möglichst gleichartiger Besoldungsverhältnisse für jede Kategorie aller unter denselben wirtschaftlichen Verhältnissen lebenden Lehrpersonen durchbrechen. — Ob die Lehrer dem wortreichen, aber tatenarmen Berliner Freisinn bei den Wahlen einen Denkzettel geben werden?

Im vorigen Bericht (S. 15) teilten wir mit, daß zur Beratung einer Reihe von Anregungen, die unsere Vertreter bezüglich der Ausgestaltung des Volksschulwesens gemacht hatten, ein Ausschuß eingesetzt worden sei. Der Ausschuß hat eine Reihe von Sitzungen abgehalten, doch ist bis zum heutigen Tage über seine Arbeiten nicht berichtet worden. Inzwischen sind aber einige dieser Anregungen auf Grund besonderer Anträge unsererseits zur Verhandlung gekommen.

Am 17. Januar 1908 brachte die Fraktion einen Antrag ein, von dessen Vorbereitung durch Mitglieder der Fraktion im Verein mit Vertreterinnen der Genossinnen Berlins wir bereits im letzten Bericht (S. 16) Kenntnis gaben. Der Antrag lautete:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr in gemischter Deputation über die Errichtung städtischer Krippen und Kindergärten zu beraten."

Wie man auf Anregung der Sozialdemokraten, so führte unser Redner am 23. Januar 1908 aus, begonnen habe, sich von Stadt wegen mit der Säuglingsfürsorge zu beschäftigen, so müsse man nun auch für die Kinder in den ersten Jahren etwas tun, bis das schulpflichtige Alter beginne. Er wies auf die besonders schwierigen Berliner Verhältnisse hin, die infolge der teuren Mieten und der schlechten Erwerbsverhältnisse häufig genug auch die Frau zwingen, neben dem Manne auf Arbeit zu gehen. „Bei der großen Zahl der Fälle, wo Mann und Frau die Kinder einfach der Straße überlassen müssen oder sie der Fürsorge von Geschwistern übergeben, die kaum selbst dem Kindesalter entwachsen sind, muß man offen sagen: die Waisenkinder haben es weit besser, für die sorgt die Stadt. Da aber, wo die Eltern durch die wirtschaftlichen Verhältnisse verhindert sind, für ihre Kinder zu sorgen, da besitzen wir gar keine städtische Fürsorge." Der Antrag wurde sofort scharf bekämpft, namentlich mit dem Hinweis auf die private Liebestätigkeit auf diesem Gebiete; dann aber auch mit dem Hinweis auf die Kosten und mit der Behauptung, daß sich nach Schaffung solcher Anstalten auch große Mengen solcher zudrängen würden, für die ein Bedürfnis überhaupt nicht bestände. Auch im Ausschuß, dem die Angelegenheit überwiesen wurde, vermochten unsere Vertreter nichts zu erreichen — wir können hier auf die höchst lehrreichen Verhandlungen nicht näher eingehen und verweisen auf die ausführlichen Darlegungen im Werke von Hirsch (S. 305—308); so wurde denn auf Antrag des Ausschusses am 27. Februar 1908 unser Antrag abgelehnt; ja die freisinnige Majorität ging noch weiter. Während der Beratungen im Plenum stellten wir den Antrag:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, Erhebungen darüber vorzunehmen, in welchem Umfange die Notwendigkeit städtischer Fürsorge für Kinder von 2 bis 6 Jahren durch Krippen und Kindergärten vorhanden ist."

Auch dieser Antrag, der doch zunächst nur Informationen verlangte, wurde niedergestimmt. Mit Recht hatte unser Redner der Majorität warnend zugerufen: „Wenn man dann draußen zu der Meinung kommt, daß Sie das getan haben (unseren Antrag ablehnen), weil Sie nicht wollen, daß man erfährt, wie die Verhältnisse liegen, so haben Sie sich das selbst zuzuschreiben." Die freisinnigen Herren ziehen es vor, den Kopf in den Sand zu stecken — möge die Wählerschaft dafür sorgen, daß dieser Politik ein Ende gemacht wird.

Etwas erfolgreicher waren unsere fortgesetzten Bemühungen um die Speisung von Schulkindern. Als vor zwölf Jahren seitens unserer Fraktion zum ersten Male der Antrag gestellt wurde, durch die Schuldeputation Erhebungen darüber anstellen zu lassen, ob und wieviel Schüler der Gemeindeschulen diese ohne Frühstück besuchen, gelang es nicht einmal, für diesen Antrag Ausschußberatung zu erwirken; der Stadtschulrat Bertram warnte davor:

„auf Grund eines solchen statistischen Materials nun einen Schritt zu tun in unserem Gemeindeschulwesen und von da aus in unserem sozialen Leben, der in der Tat zum Anfang des Kommunismus führt". (Ausführlicheres bei Hirsch S. 374 ff.)

Die schweren Notzeiten der letzten Jahre gaben unseren Vertretern Gelegenheit, von neuem und nun mit Erfolg einzusetzen.

Am 12. Dezember 1907 beschäftigte sich die Stadtverordnetenversammlung mit unserem Antrag, der Magistrat möge Einrichtungen treffen und im Etat Mittel bereit stellen, die es ermöglichen, die Speisung bedürftiger Schulkinder von Stadt wegen zu bewerkstelligen. Trotz mancher Bedenken wurde der Antrag einem Ausschuß überwiesen, der schon am 19. Dezember einen Bericht erstattete und empfahl:

„noch für diesen Winter Einrichtungen zu schaffen, welche es ermöglichen, daß diejenigen Schulkinder, welche nach erfolgter Feststellung im elterlichen Hause warmes Mittagessen nicht bekommen können, ein solches gegen Zahlung der Selbstkosten in der Schule erhalten. Kindern bedürftiger Eltern kann das Essen kostenlos gegeben werden, wenn die Rektoren oder die Schulkommission solches für notwendig erachten. Die Gewährung freien Essens soll nicht als Armenunterstützung gelten."

Für den Fall, daß der Magistrat diesem Beschlusse, der eigene städtische Einrichtungen verlangte, nicht beitreten sollte, z. B. weil er die sofortige Durchführung für nicht möglich hielte, beantragte der Ausschuß, daß dem Verein für Kindervolksküchen statt der bisherigen Beihilfe von 3000 M. eine solche von 15 000 M. gewährt werde. Interessant ist es, daß die Versammlung den ersten prinzipiellen Antrag annahm, den Eventualantrag aber ablehnte. Anders der Magistrat; er beantragte am 25. Januar 1908 die Bewilligung einer Summe bis zur Höhe von 20 000 M. zum Zwecke der Schulspeisung in den Monaten Februar und März; und zwar sollten die von den Rektoren bezeichneten Kinder den Volksküchen des obengenannten Vereins überwiesen werden, dem für die Portion 10 Pf. vergütet werden sollten. Daß die geforderte Summe zu gering war, leuchtete sofort ein; denn die Umfrage bei den Rektoren hatte ergeben, daß 14 500 Kinder regelmäßig und 4978 Kinder häufig zu Hause kein warmes Mittagessen erhielten; in der Tat mußten im Laufe des Märzes noch 5000 M. nachbewilligt werden. Gegenüber der entsetzlichen Zahl von Schulkindern, die kein warmes Mittagessen erhielten, wurde die Magistratsvorlage angenommen; leider lehnte die Versammlung unseren Zusatzantrag ab, wonach die Bedürftnisfrage nur durch die Schulkommissionen, nicht durch die Armenkommissionen geprüft werden sollte.

Als gegen Ende März verlautete, daß mit dem 1. April die Schulspeisungen wieder eingestellt werden sollten, stellten unsere Vertreter noch am 31. März den Antrag, die Speisungen auch in den Monaten April bis Oktober fortzusetzen und die Mittel dem Dispositionsfonds zu entnehmen. Der Antrag kam erst am 23. April zur Beratung; unser Redner bat, den Antrag mit solcher Einhelligkeit anzunehmen, daß der Magistrat zu sofortigem Handeln genötigt sei. Hierzu konnte sich die Majorität nicht entschließen, obwohl der Notstand unverändert war; der Antrag wurde dem im Dezember 1907 eingesetzten Ausschuß überwiesen; am 14. Mai 1908 stimmte die Stadtverordnetenversammlung dem Antrag des Ausschusses bei, wonach dem Magistrat zunächst 15 000 Mark aus dem Dispositionsfonds bewilligt wurden, um die ihm zweckmäßig erscheinenden Maßnahmen zwecks Speisung bedürftiger Schulkinder für die Sommermonate zu ergreifen; und wonach ferner der Stadtschulrat Fischer eine Reise nach Wien, München und anderen deutschen Städten antreten sollte, um die dortigen Einrichtungen zu ähnlichen Zwecken kennen zu lernen. Der Magistrat bewilligte zwar die Informationsreise des Stadtschulrats, sonst aber unternahm er — abgesehen davon, daß er beschloß, in Zukunft mit dieser Angelegenheit nicht die Schulkommissionen, sondern die Armenkommissionen zu befassen — nichts. Diese Untätigkeit empörte selbst freisinnige Stadtverordnete, die überdies das Gefühl hatten, daß sie etwas sehr in das Hintertreffen geraten waren, und so richtete der Stadtverordnete Rosenow am 25. Juni die dringliche Anfrage an den Magistrat, weshalb der Beschluß der Versammlung vom 14. Mai nicht zur Ausführung gekommen sei. In Unterstützung der Anfrage betonte unser Redner namentlich den Beschluß des Magistrats, sich in Zukunft statt der Schulkommissionen der Armenkommissionen in dieser Frage zu bedienen, ein Beschluß, gegen den sich der doch gewiß zuständige Stadtschulrat mit allen Kräften gewehrt habe. Offenbar wolle man die Erfahrungen des letzten Winters nicht wieder machen, die Wahrheit nicht in vollem Maße zum Ausdruck kommen lassen. Er schloß mit den Worten:

„Aber die Verhältnisse sind stärker als Sie mit allen Ihren bureaukratischen Erschwernissen, und es wird sich zeigen, daß Sie mit Ihrem unsozialen Widerstand eine natürliche und berechtigte Forderung nicht unterdrücken können."

In sehr energischer Weise setzte sich der Oberbürgermeister zur Wehr. Der Magistrat sei selbständig in seinen Beschlüssen und habe vor allen Dingen das Recht, sich die Organe auszusuchen, deren er sich für seine Information bedienen wolle. Er glaube, die Antragsteller (Rosenow usw.) hätten wohl die Ueberzeugung gewonnen, daß es „recht ungeeignet war, in diesem Stadium, wo die Sache noch ganz in der Vorbereitung ist, die Angelegenheit in dieser Weise zur Sprache zu bringen."

Solcher energischen Sprache vermochten die Freisinnigen nicht zu widerstehen; ein Antrag der sozialfortschrittlichen Gruppe:

„Die Versammlung bedauert die Unterbrechung der Schulspeisung während der ersten Hälfte des Sommersemesters und ersucht den Magistrat, bei der künftigen Regelung keinesfalls die Schulspeisung zu einer Angelegenheit der Armenkommission zu machen,"

wurde in namentlicher Abstimmung mit 43 gegen 30 Stimmen abgelehnt, und Herr Rosenow, der eben noch für dieses Tadelsvotum gestimmt hatte, zog seine Anfrage als durch die Besprechung erledigt zurück. Das Verhalten des Magistrats, der so in der Versammlung einen Sieg erfochten hatte, erfuhr schweren Tadel selbst in der bürgerlichen Presse. Aus einem Artikel des „Berliner Tageblatts", der bei Hirsch (S. 380—381) ausführlich wiedergegeben ist, setzen wir nur zwei Sätze hierher:

„Unter allen Umständen lag doch der Beschluß vor, die Speisung bedürftiger Schulkinder während des Sommers fortzusetzen. Das Geld dafür war bewilligt. Aber der Magistrat setzte die Speisung eben nicht fort, weil er plötzlich das Bedürfnis empfindet, die Kompetenzfrage anzuschneiden . . .

Für jeden mitfühlenden Menschen hat es etwas unsäglich Peinliches, feststellen zu müssen, daß 15 000 M. für die hungernden Kinder ausgesetzt sind, von denen nichts für die Kinder verwendet wird, weil Herr Münsterberg die Schulspeisung zur Armensache machen will."

Inzwischen hatte der im Dezember 1907 eingesetzte Ausschuß weitergearbeitet; gleich nach den Ferien — am 10. September 1908 — stellte er den dringenden Antrag, den Magistrat zu ersuchen:

„schleunigst eine Vorlage einzubringen, welche die Fortführung der Speisung bedürftiger Schulkinder während des kommenden Winterhalbjahres zum Ziele hat".

Der Antrag wurde angenommen und am 24. September konnte die Versammlung auf Grund einer Magistratsvorlage 70 000 M. für diesen Zweck aus dem Dispositionsfonds bereitstellen. Die Magistratsvorlage verlangt 70 000 M., um die Speisungen,

„die wir im Februar und März d. J. begannen und die wir am 15. August wieder haben aufnehmen lassen, während des kommenden Winterhalbjahres mit Ausnahme der Ferien und der sonstigen schulfreien Tage fortzusetzen".

Das solle zunächst mal durch den Verein für Kindervolksküchen geschehen; die Prüfung der Bedürftigkeit der von den Lehrerkollegien vorgeschlagenen Kinder solle durch die Armenkommissionen geschehen. Eine Vorlage wegen endgültiger Regelung der Schulspeisung behielt sich der Magistrat vor.

Unser Redner tadelte zunächst die Aufhebung der Speisung in den Ferien, die ja doch die Notlage nicht ändere; dann erhob er schärfsten Protest gegen die Untersuchung der Bedürftigkeit durch die Armenkommissionen, die genau ebenso sicher durch die Schulkommissionen erfolgen könne — jede Einmischung der Armenkommission bedeute eine Gefährdung für das Wahlrecht des Vaters. Trotzdem unser Protest vergeblich war, stimmten wir der Bewilligung im Interesse der hungernden Kinder zu.

Am 25. März 1909 erstattete der Ausschuß, der auf unseren Antrag im Dezember 1907 eingesetzt war, von neuem Bericht über seine Tätigkeit und über eine neue Vorlage des Magistrats; nach dieser soll die Speisung auch nach dem 1. April weiter erfolgen; doch solle noch immer die Hilfe des Vereins für Kindervolksküchen in Anspruch genommen werden, dem für die Portion 12 Pf. vergütet werden. Daneben soll der Versuch gemacht werden, Kinder in den Schulen selbst zu speisen; in der Dieffenbachstraße sollte für eine Anzahl von Schulen eine Zentrale für die Speisung eingerichtet werden; aber auch hier will der Magistrat nicht eine eigene Küche einrichten, er hat vielmehr ein Abkommen mit der Volkskaffee- und Speisehallengesellschaft getroffen; diese verpflichtet sich, das Essen in warmem Zustande in Korbkisten nebst dem nötigen Geschirr an Ort und Stelle zu liefern zum Preise von 12 Pf. für die Portion; dem Magistrat bleibt also nur die Aufsicht und die Reinigung des Geschirrs. Zur Speisung während der Ferien hat sich der Magistrat nicht entschließen können. Im Ausschuß war zu der Vorlage nur beantragt worden, die Speisung in Schulräumen statt an einer, gleich an 5 Stellen zu erproben. Die Versammlung stimmte der Magistratsvorlage zu mit dem Ersuchen, neben der Gemeindeschule 163/192 in der Dieffenbachstraße, wo die bedürftigen Kinder aus dieser und den Schulen 106/152, 144/176, 184, 83/93 gespeist werden sollen, noch vier weitere Zentralstellen für andere Schuldezirke einzurichten. Gleichzeitig beschloß man — gegen unseren Einspruch —, die Arbeiten des Ausschusses zur Beratung über unseren Antrag vom 12. Dezember 1907 betreffend die „Speisung bedürftiger Schulkinder von Stadt wegen" als beendet anzusehen. Als Begründung wurde angegeben, daß man ja einer neuen Magistratsvorlage vor Beendigung des Etatsjahres (das bis zum 1. April 1910 läuft) entgegensehe. Zur Deckung der Kosten des neuen Beschlusses wurden 100 000 M. bewilligt.

So hatten unsere unausgesetzten Bemühungen, wenn auch nicht einen vollen, so doch einen erfreulichen Teilerfolg. Freilich stellt sich die Mehrheit noch nicht auf den Boden, daß „unsere Schulspeisung sich auf die allgemeine Schulpflicht gründet", aber ihr Redner Herr Sonnenfeld erklärte am 25. März 1909, daß sie sich als eine Maßregel der allgemeinen öffentlichen Gesundheitspflege empfehle:

„Die Stadt hat das Recht, die öffentliche Gesundheitspflege zu fördern, und wenn die Schulärzte uns sagen, daß ein großer Prozentsatz unserer Schüler unterernährt ist, dürfen wir ohne Rücksicht auf die Armenpflege erklären, daß wir aus allgemeinen Rücksichten den beteiligten Schulkindern ein Mittagessen gewähren."

Wir haben die Schulpflege ausführlicher erörtert, nicht nur, weil sich die Behandlung der Frage über die ganze Berichtsperiode erstreckte, sondern weil sie bezeichnend ist für die Art und Weise, in der unsere Gedanken und Vorschläge Eingang finden. Hier hat es von der ersten rundweg abgelehnten Anregung bis zur ersten vorläufigen Erledigung 12 Jahre gedauert, — das ist weniger als die Zeit, die bei anderer Gelegenheit Herr Mommsen für den Durchbruch der Aufklärung in der Stadtverordnetenversammlung ansetzte, als er in den Verhandlungen über die Sonntagsarbeit im Kleinhandel ausrief: „Wenn Herr Kollege Gronewald uns eine Rede hält, die den Standpunkt richtig wiedergibt, den vielleicht viele vor uns vor 15—20 Jahren einnahmen, so sind wir über diesen Standpunkt doch jetzt hinweg. Hoffentlich gelingt es der intensiven Arbeit unserer Fraktion, im Interesse der Gesamtheit die Aufklärungsarbeit in immer kürzerer Zeit zu verrichten."

Nicht uninteressant ist es auch zu sehen, wie in den oben zitierten Ausführungen des Herrn Sonnenfeld auf die Auskünfte der Schulärzte zurückgegriffen wird; auch die Schulärzte verdankt die Bürgerschaft den Bemühungen der Sozialdemokraten im Rathause (siehe vorigen Bericht S. 17 und Hirsch S. 346 ff.) — ein Beispiel dafür, wie nach und nach die vereinzelten Anregungen und Erfolge sich zu einem größeren Fortschritt zusammenschließen.

Daß wir auch in dieser Berichtsperiode keine Gelegenheit versäumt haben, unsere alten Forderungen zu vertreten, ist selbstverständlich; so wurde bei den Etatsberatungen die unentgeltliche Lieferung der Lernmittel unter Hinweis auf den Vorgang anderer Städte von neuem angeregt. Am 5. März 1908 stellten wir den Antrag, in den Etat den Satz aufzunehmen: „Neue Vorschulen werden in Zukunft nicht eröffnet; bei den zurzeit bestehenden ist die Vermehrung der Klassenzahl ausgeschlossen." Wir sind überzeugt, daß eine wirkliche Hebung unserer Gemeindeschule erst eintreten wird, wenn die sozialdemokratische Programmforderung der Einheitsschule erfüllt ist, wenn die Kinder der Besitzenden mit denen der besitzlosen Klassen dieselbe Schulbank drücken müssen. Unser Redner war in der glücklichen Lage, sich auf den Antrag der Freisinnigen im Landtage auf Abschaffung der Vorschulen berufen zu können, bei dessen Begründung der freisinnige Abgeordnete Ernst erst am 25. Februar 1908 im Abgeordnetenhause ausgeführt hatte: „Die Vorschulen sind ein unschönes Gewächs der Reaktionsperiode, sie verdanken ihr Entstehen, Wachstum und Blühen der Vernachlässigung der Volksschule, der staatsmännischen Kurzsichtigkeit der früheren höheren Stände," während der konservative Redner v. Kölichen sich für die Ablehnung des freisinnigen Antrages gerade auf die städtischen Vorschulen und die Absicht der kommunalen Verwaltungen, sie nicht zu beseitigen, berufen hatte. Unser Redner im Rathause verlangte, daß die Freisinnigen nicht auch hier wieder die Doppelrolle spielten, im Landtage Vorschläge zu machen, die sie dort, wo sie den Ausschlag geben, selbst nicht befolgen. Da sich sämtliche Redner, bis auf einen Herrn, der nur seine Privatmeinung vertrat, im Prinzip für unseren Antrag aussprachen, zogen wir ihn zurück, damit er nicht unter dem Vorwand abgelehnt werde, man wolle eine so wichtige Frage nicht anläßlich einer Etatsposition entscheiden.

Im vorigen Bericht (S. 18-19) hatten wir von unseren Bemühungen für Errichtung einer Waldschule nach Charlottenburger Muster gesprochen, aus denen wenigstens der Plan der Errichtung einer „Walderholungsstätte" so weit hervorgegangen sei, daß in den Etat für 1907 eine Summe von 300 000 Mark für eine solche eingesetzt sei. Als aber am 6. Februar 1908 die Angelegenheit auf Grund des Ausschußberichts von neuem beraten wurde, wurde die Magistratsvorlage nebst den Abänderungen des Ausschusses mit 73 gegen 47 Stimmen abgelehnt.

Vom übrigen Schulwesen wollen wir nur noch der Pflichtfortbildungsschule gedenken. Auch ihre Errichtung ist dem unermüdlichen Drängen der Sozialdemokratie zu danken, die die erste Anregung bereits im Jahre 1891 gab (die Entwickelung der Angelegenheit bei Hirsch S. 385 ff.). Freilich geht auch jetzt noch die Entwickelung nur langsam und bedarf des fortwährenden Eingreifens unserer Fraktion zu ihrem Schutz. Noch fehlen für die Mehrzahl der Anstalten eigene Gebäude, sie müssen sich so gut es geht mit der Unterkunft in Gemeindeschulen behelfen; die Klassen einzelner Schulen sind an mehr als drei verschiedenen Stellen untergebracht. Die Ausdehnung auf die in kaufmännischen Betrieben beschäftigten Mädchen unter 18 Jahren ist trotz der Zusage noch nicht erfüllt. Als Grund wird angegeben, daß eine Novelle zur Gewerbeordnung die Möglichkeit geben werde, auch die in gewerblichen Betrieben beschäftigten Mädchen in die Schulpflicht einzubeziehen und daß man im Interesse der einheitlichen Organisation bis dahin warten wolle. Aber auch in die bestehenden Verhältnisse wird eingegriffen. Unsere Genossen hatten bei Schaffung des Ortsstatuts beantragt, daß in die Ordnung die Bestimmung aufgenommen werde, der Unterricht müsse in die Zeit zwischen 7 Uhr morgens und 7 Uhr abends fallen. Die Majorität beschloß, daß ausnahmsweise auch bis 8 Uhr unterrichtet werden dürfe — damals hatte man auf die Arbeitsburschen hingewiesen, die sonst einen erheblichen Lohnausfall haben könnten. In der Praxis ist es dahin gekommen, daß in allen Schulkreisen und allen Gewerben bis 8 Uhr unterrichtet wird, ja daß die Stunde von

*) Im vollsten Sinne des Wortes „gezwungen" war die Stadtverwaltung bezüglich des Gehaltes der Lehrerinnen und Fachlehrerinnen; bezüglich der Lehrer hätten die Sätze der Reichshauptstadt den Mindestforderungen genügt. War das schon an sich nicht gut angängig, so um so weniger, als gerade die Herren vom Berliner Freisinn am eifrigsten gegen den Stadtschen Bremserlaß gezetert hatten — und das Lehrerbesoldungsgesetz enthielt doch gerade die gesetzliche Festlegung jenes Bremserlasses.

7—8 Uhr abends alles andere eher als eine Ausnahme ist. In der Magistratsvorlage war bestimmt gewesen, es solle die Schülerzahl einer Klasse nicht über 40 und tunlichst nicht unter 30 betragen. Herr Cassel und seine Freunde beantragten, umgekehrt zu sagen, nicht unter 30 und tunlichst nicht über 40; trotz unserer Warnung wurde dieser Antrag angenommen. Das aber genügte dem Kämmerer noch nicht; im Etat für 1909 fand sich folgende Bemerkung: „Grundsätzlich ist daran festzuhalten, daß die Besuchsziffer jeder Klasse mindestens 35 zu betragen hat, an deren Stelle nur vorübergehend wegen der noch obwaltenden örtlichen und sonstigen Schwierigkeiten 33 treten kann." Es bedurfte eines recht energischen Protestes unserer Vertreter, damit dieser Satz, der hintenherum eine Erhöhung der Besuchsziffer herbeiführen sollte, gestrichen wurde.

Nach wie vor wird es das Bestreben der sozialdemokratischen Fraktion bleiben, auf dem so wichtigen Gebiet des Bildungswesens Rückschritte zu verhindern, Fortschritte anzuregen und zu fördern. Deshalb sollte bei den Wahlen jeder Kulturfreund für die Kandidaten der Sozialdemokraten stimmen.

Aus der Frauenbewegung.

Verband für Frauenstimmrecht.

Der Verband für Frauenstimmrecht hat in seiner jetzt in München abgehaltenen dritten Generalversammlung in anerkennenswerter Weise für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht demonstriert. Verschiedene Rednerinnen traten einem Versuch, die Wahlrechtsforderung abzuschwächen, den Verband nur auf die Forderung eines Wahlrechts für die Frauen zu verpflichten, ganz energisch entgegen. Fräulein Christmann-Köln meinte, man dürfe sich nicht auf ein bestimmtes Wahlrecht festlegen, man müsse — politische Neutralität üben. Demgegenüber erklärte Frau Toni Breitscheid: Wir brauchen die Unterstützung der sozialdemokratischen und der berufstätigen Frauen, die ohne das allgemeine Wahlrecht nicht zu gewinnen sind. Wir können nicht einen Teil der Frauen vom Wahlrecht ausschließen, wenn wir für uns selbst das Stimmrecht verlangen. Was hätten die Frauen von der Zulassung der Frau zum preußischen Dreiklassenwahlrecht? — In gleicher Weise äußerten sich Dr. Tohen-München und Fräulein Heymann. Schließlich wurde gegen eine Stimme beschlossen, an dem allgemeinen und direkten gleichen Wahlrecht festzuhalten. Trotzdem: Der klaffende Gegensatz zwischen den radikalen bürgerlichen Frauen und der proletarischen Frauenbewegung zeigte sich doch in greller Beleuchtung! Die Bürgerlichen vertreten ihre Forderung gegen den Mann; sie betrachten die Rechtlosigkeit der Frau lediglich als eine Folge des Männeregoismus. Für sie ist die Frage der Frauenemanzipation eine solche der sich feindlich gegenüberstehenden Geschlechter; sie kämpfen für die Befreiung des Weibes von der Herrschaft des Mannes. Ihre Emanzipationsbestrebungen haben nicht die Aufhebung der Klassenherrschaft, der Unterdrückung und Ausbeutung überhaupt zum Ziel. Die bürgerlichen Frauen wollen Anteil haben an der Klassenherrschaft. Sie erstreben Aufhebung der Unterdrückung und Rechtlosigkeit des Weibes nur insoweit, als notwendig ist, um der bürgerlichen Frau die Gleichberechtigung als Klassenherrscherin zu verschaffen, gleichwie die Proletarierin trotz Rechtlosigkeit mit dem proletarischen Manne die „Pflicht" der Lohnfron teilt. Die Erlangung des Stimmrechts gilt der bürgerlichen Frau als das Mittel, in die bürgerlichen Berufe und öffentlichen Aemter als mit dem Manne gleichberechtigt einzudringen. So kämpfen sie gegen den Mann. Sie sind weit davon entfernt, in der Feindschaft gegen die Gleichberechtigung der Frau, neben der ja auch wirksamen Konkurrenzfurcht der privilegierten Männer, den Ausfluß der bekämpfenswerten Klassenherrschaft und des Herrschaftswollens der besitzenden und ausbeutenden Klasse zu sehen. Ihr Kampf gilt daher auch nicht der Befreiung der unterdrückten und ausgebeuteten Klasse. Wie sehr man in jenem Lager im Banne des Kurkonkurrenzkampfes gegen den Mann steht, bewies eine fast ergötzlich anmutende Debatte über die Frage, ob man sich den „Männerparteien" anschließen solle oder nicht. Anita Augspurg meine gar, die „politischen Männerparteien" wollten die Frauen nur als willkommene Arbeitskräfte haben. Der Dame ist doch nicht unbekannt, daß die Sozialdemokratie prinzipiell die volle Gleichberechtigung der Frau fordert und zubilligt. Die Demokratische Vereinigung hat dem Verbande schriftlich mitgeteilt, daß auch sie die Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in ihr Programm aufgenommen habe. Glaubt sie, da ehrliches Wollen in Zweifel ziehen zu müssen? Frau Lindemann-Stuttgart hatte den wunderlichen Einfall, sich darüber zu wundern, daß es noch Frauen gebe, die eine Partei finden, der sie angehören können. Von Männerhilfe sei nichts zu erwarten. — Frau Cauer sprach von der Gefahr, die der Bewegung durch die reichsverbändlerische Frauenorganisation drohe. Dieser Hinweis beleuchtet die besondere Stellung der bürgerlichen Frau im Widerstreit der Interessen. Die Frauen der oberen Zehntausend, nicht beschwert von wirtschaftlichen Sorgen, deren soziale Stellung in der Gesellschaft durch eigenes Vermögen und Geburt oder durch Amt, Würden und die wirtschaftliche Macht der Männer und Väter gesichert ist, fühlen sich nur als Angehörige der besitzenden und herrschenden Klasse. Als solche sind sie nicht geneigt, den Besitzlosen politische Rechte einzuräumen. Ihr Klassengefühl ist stark genug, kein Solidaritätsgefühl für die unterdrückten Geschlechtsgenossinnen aufkommen zu lassen. Anders die bürgerlichen Frauen! Aus dem Kleinbürger- und Beamtenstande hervorgehend, sind sie meistens genötigt, auf eigenen Füßen zu stehen, sich eine soziale Position zu erkämpfen. Arbeiterinnen wollen sie natürlich nicht werden. Die Stellungen, auf die sie reflektieren, betrachten aber die Männer als ihre Domäne, die sie sich erhalten wollen, aus der sie die lästigen Eindringlinge fernzuhalten suchen. Die bürgerlichen Männer sind daher aus Klasseninteresse und Konkurrenzrücksichten Gegner der von den Frauen geforderten Gleichberechtigung. Den konservativen Frauen, des sozialen Motives der auf eigenen Erwerb angewiesenen Frauen bar, fehlt das Solidaritätsgefühl für die Geschlechtsgenossinnen und so sind sie aus reinem Klasseninteresse Gegnerinnen der Frauen, die wie sie Anhängerinnen der Klassenherrschaft sind. Da das von ihnen erkorene Mittel, mit dem sie sich ihren Platz innerhalb der herrschenden Klassen erkämpfen wollen, das gleiche ist, das die unterdrückte Klasse als Instrument im Kampfe gegen die Klassenherrschaft heischt, so haben die bürgerlichen Frauen mit der Forderung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts, soweit sie diese Forderung konsequent vertreten, mit der proletarischen Frauenbewegung die gleiche Begrichtung. Die Motive sind verschieden, nur das vorläufige Ziel verbindet beide. Frau Breitscheid sagte ganz richtig, wenn auch nicht klar ausgesprochen, man brauche die Proletarierinnen als Mittel zum Zweck. Das ist ihr gutes Recht. Die gleiche Forderung hat grundverschiedene Ursache und Bestimmung.

Die sozialdemokratische Partei, die jede freiheitliche und demokratische Forderung unterstützt, gleichviel von welcher Seite sie erhoben wird, begrüßt es trotz der Gegensätze natürlich auch, wenn bürgerliche Frauen nicht nur die staatsbürgerliche Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts verlangen, sondern auch den Kampf dafür aufnehmen. Wegen des Zweckes, den die bürgerlichen Frauen mit der Wahlrechtsforderung verfolgen, bleiben sie Gegnerinnen der Sozialdemokratie, Verteidigerinnen der Klassenherrschaft — das scheidet uns!

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutierklub „Heinrich Heine". Heute abend 8½ Uhr Sitzung bei Bolze, Rodenbergstraße 8. Gäste willkommen.

Augen auf! MAGGI's Bouillon-Würfel sind die besten! Nur echt mit der Schutzmarke „Kreuzstern". 5 Pf. für ¼ Liter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 27. Oktober.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Madame Butterfly.
Königl. Schauspielhaus. Der eingebildete Kranke.
Deutsches. Ein Sommernachtstraum.
Kammerspiele. Der Arzt am Scheideweg. (Anf. 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Gyges und sein Ring.

Anfang 8 Uhr.

Neues königl. Opern-Theater. Der Amerikaseppl.
Lessing. Tantris der Narr.
Komische Oper. Auferstehung.
Berliner. Alpenkönig u. Menschenfeind. Nachmittags 3 Uhr: Der Traum ein Leben.
Neues. Das Urbild des Tartüffe.
Hebbel. Der Skandal.
Westen. Die geschiedene Frau.
Volksoper. La Traviata. (Anfang 8½ Uhr.)
Neues Operetten. Der arme Jonathan.
Thalia. Prinz Pußi.
Residenz. Gretchen.
Trianon. Pariser Witwen.
Lustspielhaus. Man soll keine Briefe schreiben.
Kleines. Hinter'm Zaun.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Gespenster.
Schiller Charlottenburg. Der Schwur der Treue.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Das große Licht.
Luisen. Der Kampf um den Nordpol.
Rose. Der Hüttenbesitzer.
Metropol. Halloh!! — Die große Revue.
Folies Caprice. Mobilisierung. Der gewisse Augenblick. Anf. 8¼ Uhr.
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Gebr. Herrnfeld-Theater. Frau Elkans Friseur. Meine-Deine Tochter.
Karl Haverland-Theater. Spezialitäten.
Casino. Onkel Cohn.
Walhalla. Spezialitäten.
Gastspiel. Die gute Partie.
Passage. Spezialitäten.
Noacks Theater. Das Warenhausfräulein.
Palast. Der Blumenstrauß, Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48-49. Abends 8 Uhr: Entstehung neuer Formen in der Pflanzenwelt. Nachmittags 4 Uhr: Rom und die Campagna.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Lessing-Theater.
8 Uhr: **Tantris der Narr.**
Donnerstag, 8 Uhr: **Tantris der Narr.**
Freitag, 8 Uhr: **Der König.**

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Alpenkönig und Menschenfeind.**
Nachm. 3 Uhr: **Der Traum ein Leben.**

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Das Urbild des Tartüffe.
Morgen ½8 Uhr zum erstenmal:
Der letzte Kaiser.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die geschiedene Frau.
Sonntag nachm. 3½ Uhr: **Ein Walzertraum.**

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Heute und folgende Tage:
Der arme Jonathan.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Mittwoch, 27. Oktober, Anf. 8 Uhr:
Das große Licht.
Donnerstag: Das große Licht.
Freitag: Das große Licht.
Sonnabend: Das große Licht.

Volks-Oper.
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Abends ½9 Uhr:
La Traviata.
Donnerstag Gastspiel Werner Alberti:
Der Troubadour.
Donnerstag, den 28. Oktober und Montag, den 1. November, beginnen die Vorstellungen um ½9 Uhr.

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Gretchen.
Groteske in 3 Akten von Davis und Lipschitz.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 31. Okt., nachm. 3 Uhr:
Kümmere Dich um Amelie.

Luisen-Theater
Abends 8 Uhr:
Der Kampf um den Nordpol.
Donnerstag: Der Kampf um den Nordpol.
Freitag: Inspektor Bräsig.

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende geg. 11 Uhr.
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 4 Akten v. G. Ohnet.
Donnerstag: **Michael Kohlhaas.**

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Gespenster.
Ein Familiendrama in 3 Aufzügen von Henrik Ibsen.
Ende 10¾ Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gespenster.
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Käthchen v. Heilbronn

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Schwur der Treue.
Lustspiel in 4 Akten v. O. Blumenthal.
Ende 10¼ Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die erste Geige.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Schwur der Treue.

Schwarzer Adler
Lichtenberg
Fernsprecher Nr. 8.
Frankfurter-Chaussee 5.
Jeden Mittwoch:
Lustiger Abend der fidelen Spatzen
Vornehmste Herrengesellschaft (neun Herren).
Nach der Vorstellung: **Familien-Kränzchen.**
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**

Zirkus Schumann
Mittwoch, den 27. Oktober, abends 7½ Uhr:
Große Extravorstellung.
8 ungarisch. Rotschimmel
dressiert u. vorgeführt v. H. Bono.
6 Damen Provenanies 6
in ihren Glanzleistungen.
Les Aribos.
Pferd u. Ballerina
Schulakt des Ritter v. Rooroff.
Jim u. Jam. die Urkomischen.
Miß Silva Loyal
dressierte Tauben.
Mme. de Bainville aus Paris
Clown Adolf als Miß Ella.
Der drollige Schimpanse als Radfahrkünstler.

Zirkus Busch.
Mittwoch, den 27. Oktober 1909, abends 7½ Uhr präzise:
Gala-Abend.
Zwergclown François
als Kunstreiter.
Die Clevelands!
Herr Willy Manns Wunderelefant.
Mdm. Smaragdas Katzendressur
Herr Burkhardt-Footit, Schulr.
Herr E. Schumann, Neudress.
Um 9½ Uhr: **Farmerleben!**
Besonders hervorzuheben:
Jack Joyce, der berühmte Cowboy mit seinen wilden Pferden. Die 10 Meter hohe Springwelle und das große Gala-Programm.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr:
Tohuwábohu.
Burleske nach dem Amerikanischen, bearb. v. Heinz Gordon, Gesangstexte v. Rudolf Schanzer, Musik v. Julius Einödshofer. 9 Uhr 20:
Die grandiosen Spezialitäten.
10 Uhr:
? Cussac-Talma ?

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

W. Noacks Theater
Brunnenstr. 16, am Rosenthaler Tor.
Täglich ½9 Uhr:
Mit größtem Beifall aufgenommen!
Das Warenhausfräulein.
Volksst. v. d. Meißingbuher O. Bopper.
Sonnabend Kindervorstellung: **Rotkäppchen.** Abends Premiere: **Freiheitsdrang.**

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Mittwoch:
Theater-Abend.
Beginn 8½ Uhr.
Zum erstenmal:
Marianne, ein Weib aus dem Volke.
Schauspiel in 5 Akten.
Morgen Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanzkränzchen.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Rom und die Campagna.
Abends 8 Uhr:
Prof. de Vries: Entstehung neuer Formen in der Pflanzenwelt.
Hörsaal 8 Uhr:
Prof. Dr. Rathgen: Chor, Jod, Brom, Fluor.

Winter-Garten
Letzte Woche!
Maria Galvany
Primadonna von der Kgl. Oper in Madrid, sowie die
12
sensationellen
Oktober-Attraktionen.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der größte Erfolg der Theatersaison!
Henry Bender
in der tollen Burleske
Der süße Doktor.
Ferner:
Claire Waldoff
und der große Varieté-Teil.

Passage-Panoptikum.
Die Traummalerin Aga d. schwebende Jungfrau.
Der Motoboy d. künstl. zerl. Mensch
Tamburitza-Brigant.
Panophon-Vorträge
Vitaskop-Theater
Alles ohne Extra-Entree!
Dauervorstellung von 4—7 Uhr.

Folies Caprice.
Mobilisierung.
Bunter Teil.
Der gewisse Augenblick.
Vorverk. 11—2. Anfang 8¼ Uhr.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Man soll keine Briefe schreiben.

Gastspiel-Theater
Köpenicker Straße 67/68.
Täglich abends 8¼ Uhr:
Gastspiel von Fritz Beckmann.
Die gute Partie.

Gebr. Herrnfeld Theater
Kommandantenstr. 57. T. A. 4, 5083.
Nur noch bis inkl. Freitag, 29. Oktob.:
Meine-Deine Tochter.
Frau Elkans Friseur
mit Anton und Donat Herrnfeld.
Sonnabend, 30. Okt., Premiere:
So muß man's machen.
Burleske m. Gesang in 2 Akten von A. u. D. Herrnfeld.
Ein Rettungsmittel. Kom. v. L. Humra.
Anfang 8 Uhr.
Premieren-Billetts bereits zu haben.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 28. Oktober 1909:
Großer Erfolg! Großer Erfolg!
Auf allgemeinen Wunsch:
Staatsanwalt Alexander.
Dr. Heinrich Alexander, 1. Staatsanw.: Fritz Lorenz a. G.

Casino-Theater
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Onkel Cohn, Onkel Cohn, Onkel Cohn
Onkel Cohn, Onkel Cohn, Onkel Cohn
Sonntag 4 Uhr: **Familie Klinkert.**

Neue Welt.
Hasenheide.
Mittwoch, den 27. Oktober 1909:
Graf Essex.
Trauerspiel in 5 Akten von Laube.
Kassenöffnung 7 Uhr.
Anfang 8 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstraße 72.
Täglich: **Franz Sobanski.** Fifi Morro, Gustav Eulenburg, Geschw. Arras, F. W. Hardt, The Hartis u. Miß Eltrah usw.
Dr. Schwips.
Posse mit Gesang in einem Akt.

Walhalla-Varieté-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor. Anf. 8 Uhr. Die großartigen Oktober-Spezialitäten. Im Tunnel: Regimentskapelle. Theaterbesuchern freier Eintritt.

Palast-Theater.

Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau. Burgstraße 24, am Bahnhof Börse. Die erstklassigen Oktober-

Spezialitäten.

The Svengalis. ?? Mr. Merins ?? Otto Müller-Römer. Colley Ashtons!! The Lunas, Hee and Shee usw. Der Blumenstrauß. Liederspiel. Anfang 7 Uhr. Entree: 50 Pf. bis 2 Mark.

Karl Haverland Theater

77/79 Kommandantenstraße 77/79. Anfang präzise 8 Uhr. Schlager auf Schlager bringt das Oktober-Programm.

Buggenhagen am Moritzplatz **Anf. 8 Uhr.**

I. Theatersaal: D. Kanonenschlager **Meyer mit 'n Hängeboden** mit Paul Rendix in der Titelrolle und das glänzende Spezialitäten-Programm. Im Konzertsaal: **Täglich: Gr. Konzert** der ersten Kapellen der Berliner Garde-Regimenter.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger

Anfang: Wochent. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Außerordentliche General-Versammlung

des

Großen Berliner Opernverein E. V.

am Freitag, den 29. Oktober 1909, abends 8½ Uhr, im großen Saal der Viktoria-Brauerei, Lützowstr. 112.

Tagesordnung:
1. Bericht der Revisionskommission.
2. Kassenbericht. 120/4*
3. Statutenänderungen.
4. Vorstandswahl.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Billigste Bezugsquelle gediegener Trauergarderobe **Westmanns** Trauer-Magazin Berlin W., Mohrenstr. 37a NO., Gr. Frankf. Str. 115. Genaue Beachtung meiner Firma u. Hausnummer geboten! *

Frack- Verleih-Institut: Friedrichst. 115/1, a. Oranienbg. Tor. Eleg. Frack, Gehrock 1,50, Hose 1,00, Weste 50 Pf.

Konsumverein Charlottenburg und Umgegend

E. G. m. b. H.

Aktiva. Bilanz vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909. Passiva.

Aktiva	M.	Passiva	M.
An Warenkonto	30 606,63	Per Geschäftsanteilekonto	22 779,68
„ „ Bäckerei	3 128,94	„ Reservefondskonto	3 876,83
„ „ Zentrallager	6 094,01	„ Dispositionsfondskonto	180,35
„ Kassakonto	4 338,95	„ Erweiterungsfondskonto	533,84
„ Debitorenkonto	2 237,31	„ Personalunterstützungsfondskonto	779,40
„ Inventarkonto	16 030,36	„ Rückvergütungsreservefondskonto	855,12
„ Maschinenkonto	1 677,86	„ Produktionsfondskonto	594,84
„ Gespannkonto	2 007,84	„ Darlehnskonto	9 781,16
„ Anteil bei der G. E. G.	1 000,—	„ Kreditorenkonto	19 419,71
„ Guthaben bei d. G. E. G.	1 210,45	„ Gewinnkonto	11 638,48
„ Sparkasse	489,25		
„ Anteil beim Berl. Bau- und Sparverein	152,10		
„ Kautionenkonto	410,—		
„ Faßlagenkonto	455,80		
	M. 70 439,50		M. 70 439,50

Gewinn- und Verlustkonto.

	M.		M.
An Unkosten: Konsumverein	41 655,18	Per Rückvergütung von der G. E. G.	449,95
„ „ Bäckerei	27 571,38	„ Zinsen	211,55
„ Inventarabschrbg.: 8 %	1 393,96	„ Diskont	891,78
„ Maschinenabschr.: 20 %	419,58	„ Lieferantengewinn	796,25
„ Gespannabschrbg.: 20 %	651,95	„ Warengewinn	81 957,50
„ Zinsen	377,10		
„ Frachten	601,40		
„ Gewinn- und Verlust	11 638,48		
	M. 84 309,03		M. 84 309,03

Mitgliederbewegung.

Bestand am 1. Juli 1908	1786	
Eingetreten im Laufe des Jahres	346	2132
Ausgeschieden sind freiwillig	119	
Ausgeschlossen wurden	115	234
Bleibt ein Mitgliederbestand am 30. Juni 1909		1898

Das Geschäftsguthaben

betrug am 1. Juli 1908		M. 19 807,53
Eingezahlt wurden im Laufe des Jahres	M. 731,55	
Ueberschrieben	„ 4 407,87	„ 5 139,42
		M. 24 946,95
An ausgeschiedene Mitglieder ausgezahlt	M. 2 082,36	
Dem Reservefonds überschrieben	„ 84,91	„ 2 167,27
Bestand am 30. Juni 1909		M. 22 779,68

Die Haftsumme

betrug am 1. Juli 1908	M. 53 580,—	
Hinzu durch Eintritt: 346 × 30 M.	„ 10 380,—	M. 63 960,—
Abzüglich durch Ausscheiden: 119 × 30 „	M. 3 570,—	
Abzüglich durch Ausschließen: 115 × 30 „	„ 3 450,—	„ 7 020,—
Bleibt am 30. Juni 1909 eine Haftsumme von		M. 56 940,—

Der Vorstand.
A. Winter. A. Sellin. W. Hopp.

Vorstehende Bilanz wurde von uns geprüft und mit den Büchern in Uebereinstimmung gefunden.

Der Aufsichtsrat. 108/11
Dr. B. Borchardt. H. Bade. Ahrens. Fladrich. Giza. H. Bollentin. Henkel. O. Flemming. O. Storch. Fr. Lodahl. F. Busse. Kropf.

Kufeke -Kindernahrung -Krankenkost.

Hervorragend bewährte **Nahrung.** Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. **Prinzenstr. 41,** dicht am Moritzplatz, 10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4.

Haben Sie Stoff? Ich fertige daraus Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 7, II. (Südth. Börse).

Warme gefütterte **Winter-Joppen**

Schutz gegen Erkältung

Gute Lodenstoffe in den beliebten Farben Praktische Fassons mit doppelt. breitem Brustüberschlag

Eigene Erzeugnisse

30.— 27.— 24.— 21.— 18.— 15.— 12.— 9.— 7.50 6.—

Pelz-Joppen

Starke Lodenstoffe mit verschied. Pelzfutter. Eigene Erzeugnisse

60.— 50.— 45.— 36.— 30.— 27.—

BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes, gegründet 1891, für gute Herren- und Knaben-Kleidung.

Chausseestraße 29-30 ▫ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20 ▫ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Winter-Katalog Nr. 38, Moden 1909, auf Wunsch kostenlos und portofrei.

4 Ausnahmetage! für Paletots und Kostüme — Neueste Modelle! Preisermäßigung 6 bis 60 Prozent! Einzelverkauf nur an Private! 9–2, 4–8 Uhr.

Plüsch-Konfektion
Pelz-Stolen
Pelz-Muffen
Pelz-Jacketts
Abend- und Theater-Mäntel
Kleider, Röcke, Blusen
Jacketts, Kimonos, Uebergangsmäntel

Infolge der warmen Witterung **günstigste Einkaufsgelegenheit**

Gratis! bei Einkauf von M. 20.— an **Stoff zu einem Rock.**

Pflaschmäntel M. 28 bis 120. | Eskimo-Paletots M. 12 bis 60. | Kostüme M. 20 bis 150.

Westmanns Spezial-Konfektions-Haus

I. Geschäft: Berlin W., Mohrenstrasse 37a, kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemerstrasse. II. Geschäft: Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 115, kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstrasse.

Pilsener Brauhaus (G. m. b. H.)

Ringfreie Brauerei

Amt IV, 4562 **Rungestr. 18a** Amt IV. 4562

empfiehlt ihre **erstklassigen Biere** zu billigen Preisen.

2970L*

Herrenzimmer Speisezimmer **100 Musterzimmer** Salon und Schlafzimmer

Katalog gratis — stehen zur gefälligen Ansicht ohne Kaufzwang bereit im Fabriklager des Tischlermeisters — Katalog gratis

Julius Kiwy, Chausseestrasse 59.

Sagen den Genossen des 40. Bezirks unseren besten Dank für die Glückwünsche zu unserer Eheschließung.

Ernst und Emma Bahrdt.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.

Am 24. Oktober verstarb unser langjähriges Mitglied, der Lederarbeiter

Gustav Koch

(12. Bezirk).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes (Rudower Straße) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

236/7 **Der Vorstand.**

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.

(Verwaltung Berlin.)

Den Kollegen hierdurch die Mitteilung, daß am Sonntag, den 24. Oktober, unser Mitglied, der Steinbildhauer

Johann Rüsenberg

im Alter von 45 Jahren gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 27. Oktober, nachmittags 4 Uhr, auf dem Michaels-Friedhof in Rixdorf, Hermannstraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

20/15 **Der Vorstand.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

Berlin II.

Am 23. Oktober verstarb unser Mitglied

Johann Matschei.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. Oktober, nachmittags 3 Uhr, auf dem Auferstehungs-Kirchhof in Weißensee statt.

21585 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater

August Agtha

am 25. d. M. sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Fretenwalder Straße aus statt.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine inniggeliebte Frau, unsere gute Mutter 21575

Berta Carl

geb. Salzwedel nach langen schweren Leiden am Sonntag plötzlich verschieden ist.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes (Mariendorf) aus statt.

Dies zeigt betrübt an

Herm. Carl nebst Kindern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Maurers **Wilhelm Kroop** in Teltow, sage ich allen Verwandten und Bekannten, besonders seinen Berufskollegen von der Firma Julius Ahmann in Gr.-Lichterfelde, dem sozialdemokratischen Wahlverein Teltow und Umgegend, dem Verband der Maurer, Zahlstelle Teltow, und dem Arbeiter-Turnverein „Freiheit" daselbst meinen innigsten Dank.

Frau Kroop geb. Möws.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben, unvergeßlichen Frau und Mutter

Marie Helff

sage ich allen Beteiligten, besonders den Kolleginnen von der „Vorwärts"-Spedition Wedding, sowie dessen Filialleiter Genossen Weihe, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband und meinen Kollegen von der Charlottenburger Zentralheizungs-Gesellschaft meinen herzlichsten Dank.

Der trauernde Gatte: 20022

W. Helff nebst Tochter.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Bruders

Willi Fischer

sage ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem 4. Berliner Reichstagswahlkreis, d. Glasarbeiterverband, dem Arbeiter-Athletenbund, dem Zentralverband „Germania", sowie den Arbeitskollegen meinen herzlichsten Dank. 20032

Hermann Fischer, Rigaer Str. 21.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Unger, Grunewald. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Aus der Partei.

Der Parteitag der Provinz Ostpreußen fand am Sonntag, den 24. Oktober, in Königsberg statt. Der Bezirk Ostpreußen umfaßt 17 Wahlkreise. Davon haben 12 Wahlkreise Organisationen und außerdem sind 5 Ortsvereine vorhanden. Es waren 10 Wahlkreise durch 26 Delegierte, darunter einen weiblichen, vertreten. Außerdem nahmen teil an den Verhandlungen die Genossen Gutsbesitzer Hofer-Gr.-Skaisgirren und Rechtsanwalt Hugo Haase-Königsberg als Reichstagskandidaten sowie Vertreter der „Königsberger Volkszeitung", der Vorsitzende des Agitationskomitees und der Parteisekretär. Als Vertreter des Parteivorstandes war Genosse H. Müller anwesend. Mit einem ausgezeichneten packenden Referat des Genossen Haase über die gegenwärtige politische Lage begann die Tagesordnung. Dann erstattete der Parteisekretär Genosse Linde Bericht über die Tätigkeit des Agitationskomitees. Aus dem Bericht, der sich über dreiviertel Jahre erstreckt, geht hervor, daß trotz der anhaltenden Arbeitslosigkeit besonders in den kleinen Städten und der noch immer andauernden Abwanderung der Arbeiter die meisten Organisationen sich gut entwickelt haben und eine ganz beträchtliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen ist. Drei neue Kreisvereine und vier Ortsvereine wurden gegründet. Lebhaft beklagte Genosse Linde in seinem Bericht es, daß der Parteivorstand die bisherige vierzehntägige Erscheinungsweise des „Landboten", der auch in Westpreußen verbreitet wird, auf monatlich einmaliges Erscheinen herabgesetzt hat, indem er den bisher gezahlten Zuschuß für dieses Blatt reduzierte. Sehr schwer sei es nach wie vor, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die politische Organisation zu gewinnen und der „Königsberger Volksztg." aus der Provinz Abonnenten zuzuführen. Für den neugegründeten Verband der Land- und Waldarbeiter konnte noch sehr wenig agitiert werden, trotzdem ist es gelungen, demselben einige 60 Mitglieder zuzuführen. Den ungünstigen Verhältnissen der eigenen Presse in der Provinz sei es zu verdanken, daß der Uebermacht der gegnerischen Presse, die im Reichsverbandsstil die Sozialdemokratie verunglimpfe, nicht erfolgreich entgegengetreten werden könne. Dazu kommt, daß Leute, die leider noch immer unserer Partei angehören, den Gegnern auch hier in Ostpreußen das Material zu unserer Bekämpfung liefern. Zu Schippel, Bernstein und Genossen gesellen sich neuerdings nun auch noch zwei geborene Ostpreußen, Dr. Quessel und Dr. Artur Schulz, die indirekt diese Minierarbeit fördern.

Einen großen Teil der Zeit des Parteitages nahm die Beratung eines völlig umgearbeiteten Statuts des Bezirksverbandes in Anspruch, wozu zwei Entwürfe vorlagen. Infolgedessen mußte zum lebhaften Bedauern sämtlicher Teilnehmer das sehnlichst erwartete Referat des Genossen Hofer-Gr.-Skaisgirren über „Seßhaftmachung der Landarbeiter" der vorgeschrittenen Zeit wegen von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Folgende Anträge gelangten zur Annahme: Der Parteivorstand möge es ermöglichen, den „Landboten" wieder wie früher zweimal im Monat erscheinen zu lassen. — In Zukunft sollen auch Flugblätter in polnischer Sprache in Ostpreußen verbreitet werden. — Der Provinz-Parteitag erklärt es für unbedingte Pflicht jedes Parteigenossen, gemäß dem Leipziger Parteitagsbeschluß dem Branntweingenuß zu entsagen und so den unverschämten Steuerraubzug der Schnapsbrenner auf die Taschen der Arbeiter zu vereiteln. Die Kreisorganisationen werden aufgefordert, sich unverzüglich zu planmäßiger Durchführung des Schnapsboykotts mit den Gewerkschaftskartellen in Verbindung zu setzen und über die beschlossenen Maßnahmen dem Provinzvorstand zu berichten. Der Parteitag ersucht die Kreisvereinsvorstände zum Zwecke der Förderung von Bildungsbestrebungen mit den Gewerkschaftskartellen in Verbindung zu treten und Bildungs-Ausschüsse einzusetzen. — Der Parteivorstand wird erneut ersucht, Mittel zur Errichtung einer Wanderbibliothek für Ostpreußen zu bewilligen. — Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft auf den Beschluß des „Kyffhäuserbundes deutscher Landeskriegerverbände", daß „die Kameraden die Pflicht zur Bekämpfung der Sozialdemokratie haben" und daß „Mitglieder der Kriegervereine nicht gleichzeitig freien Gewerkschaften angehören können", und erwartet von jedem organisierten Arbeiter, daß er die Kriegervereine streng meidet und allerwärts über deren arbeiterfeindliche Bestrebungen Aufklärung verbreitet. — Allen Kreisorganisationen wird empfohlen, Rekrutenabschiedsfeiern zu veranstalten.

Wahlsieg in Weimar.

Genosse Baudert wurde trotz des Zusammengehens aller Parteien gewählt. Er zieht als erster Sozialdemokrat in den Gemeinderat ein.

Eine sozialistische Schule in Paris

wird im November eröffnet werden. Die Organisation liegt in den Händen des Vereins sozialistischer Studenten. Als Lehrer werden eine Reihe der bekanntesten Sozialisten verschiedener Richtung tätig sein, darunter Guesde, Lafargue, Jaurès, Lagardelle, Reclus. Als Aufgabe der Schule wird in dem Aufruf der Gründer angegeben: „Es handelt sich um ein Studienzentrum für die kämpfenden Sozialisten und die geistig arbeitenden Sozialisten. Wir wollen nicht systematisch den Sozialismus lehren, sondern ein Bild der vergangenen Tätigkeit geben; die Aufmerksamkeit lenken auf die Probleme, die noch übrig sind, und die neuesten gewonnenen Lösungen zusammenfassen. Die sozialistische Schule wird ein Forschungslaboratorium sein, eine Tribüne zum Vortrag aller Meinungen innerhalb der Arbeiterbewegung und zur Förderung der Ausbildung von Propagandisten. Unabhängig von jeder Partei und jeder Coterie muß sie zur Schule aller Revolutionäre werden."

Als nächste Studiengegenstände werden angegeben: die Agrarfrage, die industrielle Konzentration, die Lohntheorie, die städtische Bodenrente. Ein spezielles Programm des beginnenden Schuljahres wird in Kürze erscheinen.

Eine Arbeiter-Gewerbe- und Landwirtschafts-Ausstellung

haben die westböhmischen Genossen in Pilsen veranstaltet. Es ist die fünfte dieser Art, auf der nur von Arbeitern selbst eingesandte Arbeiten und Darstellungen von Arbeitsverhältnissen ausgestellt sind. Die erste fand schon im Jahre 1889 statt. Sie zählte nur 31 Aussteller. Die zweite (1890) wies bereits 58 Aussteller und 1489 Besucher auf, die vierte (1896) 220 bezw. 12 000. Die diesjährige Ausstellung hat es auf fast 600 Aussteller und schon in den ersten drei Wochen auf über 6000 Besucher gebracht. Auf 19 Abteilungen verteilen sich alle möglichen gewerblichen Zweige und sozialpolitischen Darstellungen. Das originelle Unternehmen unserer tschechischen Genossen, das sowohl höchst lehrreich als agitatorisch wirksam ist, verdiente auch in anderen Ländern nachgeahmt zu werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Beleidigte Streikbrecher.

Vor der Strafkammer in Kiel hatte sich der verantwortliche Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung", Genosse Hey, wegen Beleidigung von Arbeitswilligen zu verantworten. Es handelt sich um Vorgänge, die zu der Zeit spielten, als die städtischen Arbeiter in Kiel in einem überaus heftigen Kampfe mit der städtischen Verwaltung standen. In verschiedenen Artikeln der „Schleswig-Holst. Volkszeitung" wurden die Arbeitswilligen scharf kritisiert und dabei mit Ausdrücken belegt wie „Gesindel", „Verbrecher", „Streikbrecher". Die Strafkammer erkannte auf 400 M. Geldstrafe event. 40 Tage Gefängnis. Der Antrag, Zeugen dafür zu laden, daß diese Ausdrücke berechtigt wären, wurde vom Gericht abgelehnt mit der Begründung, daß die Tätigkeit der Streikbrecher eine notwendige war, wenn die Bevölkerung nicht durch mangelnde Zufuhr von Rohstoffen schwer geschädigt werden sollte!

Die Blohmesche Wildnis vor dem Schwurgericht.

Altona, 26. Oktober.

(Telegraphischer Bericht.)

Bei der weiteren Vernehmung der angeklagten Mädchen erklären die meisten derselben, daß sie aus **Angst vor Kolander** eine falsche Aussage gemacht haben. Einige sagen, er habe ausdrücklich erklärt, wer gegen mich aussagt, mit dem fahre ich ab. Auch: Wer gegen ihn Aussagen machen würde, den würde er ins Gefängnis bringen. Eine Angeklagte, die zur Zeit des Vorprozesses sich in Dienststellung befand, hatte Furcht, er würde sie aus der Stellung bringen und wieder ins Asyl stecken. Eine große Anzahl der Mädchen haben einen **Brief zugunsten Kolanders an den Landeshauptmann** und ein

Gnadengesuch an den Kaiser

unterschrieben. Die Form beider Briefe läßt klar erkennen, daß die Mädchen diese Briefe unmöglich selbst verfaßt haben können. Kolander will aber nur zugeben, daß er im Schluß etwas geändert habe. Charakteristisch ist der Satz in dem Gnadengesuch:

„Es hat sich die ganze Sozialdemokratie gegen unseren Hausvater gewendet."

Außer den im Vorprozeß zur Sprache gekommenen Mißhandlungen werden eine ganze Reihe **neuer Scheußlichkeiten** vorgebracht. Die Angeklagte **Menzel** wurde am Tage der Einlieferung brutal **geschlagen**, weil sie nicht der Wahrheit zuwider zugeben wollte, sie habe gestohlen. Dann wurde sie in den Stall **gesperrt**, hierauf, **an die Kette gebunden, in die Arrestzelle**, wo sie bei Wasser und Brot zubringen mußte. Als das Mädchen sich einmal über das Essen beschwerte, wurde sie von Kolander an den **Haaren** gerissen und **gegen den Ofen geworfen**. Aus Hunger aß das Mädchen das für die **Hunde und Kaninchen** bestimmte **Futter**.

Eine Angeklagte **Reintjes** mußte zur Strafe dafür, daß sie nicht nähen konnte,

10 Lieder aus dem Gesangbuch

auswendig lernen. Weil sie ein Hemd nicht zur bestimmten Zeit fertigstellen konnte, wurde sie auf **acht Tage in Arrest gelegt**. Als sie durstig war und um Wasser bat, erhielt sie

zwei Teelöffel Wasser

und hat schließlich aus Durst

ihren eigenen Urin getrunken.

Um nicht mehr im Arrest geschlagen zu werden, log sie dem Kolander vor, sie sei in anderen Umständen. Trotzdem blieb sie im Arrest, bekam aber wenigstens zu essen. Als sie aus dem Arrest kam, war sie ohnmächtig. Sie wurde gefragt, ob sie eine Tasse **Bouillon** trinken wolle. Das bejahte sie. Darauf wurde ihr

aus kochendem Wasser, Salz und Rizinusöl

angebliche Bouillon vorgesetzt. Als Kolander bestreitet, daß er das als Bouillon habe verabreichen lassen, erklären eine Reihe von Mädchen mit Bestimmtheit, daß dem so gewesen sei.

In der Anstalt verstarben 7 Mädchen. Wir wir bei dem früheren Prozeß bereits hervorgehoben haben, ist leider eine Anklage wegen Marterung zum Tode oder mindestens wegen fahrlässiger Tötung gegen Kolander unterblieben, weil der ursächliche Zusammenhang infolge der Verdunkelungsmöglichkeit, die dem Kolander dadurch gegeben war, daß er auch nach Feststellung brutaler Mißhandlungen Hausvater blieb, schwer zu beweisen.

Wir erinnern daran, daß auch in **Mielczyn**, trotzdem der Minister die sofortige Entfernung des prügelnden Pastors Breithaupt für erforderlich hielt, **noch heute Breithaupt im Amte** ist und zur Stunde auch noch auf freiem Fuße sich befindet.

Die Mädchen erklären, Kolander habe nach der Vernehmung vor dem Landeshauptmann erklärt, es ginge der sehr schlecht, die gegen ihn aussagt. Sie könnten ihm nichts anhaben, **er habe zu viel Gönner in der Provinz**. Einige Zeit vor dem Termin erhielten die Mädchen gut zu essen und gut zu trinken, sogar etwas Bargeld, damit sie sich Süßigkeiten kaufen konnten. Interessant war die Feststellung, daß der Brief eines Mädchens, in dem sie — natürlich der Wahrheit zuwider — behauptete, bei Kolander gehe alles gut und sich bei ihm bedankte, durch Kolander in den „Tag" gebracht ist. Genau so wie die Beschönigungen der Mielczyner Untaten ja auch im „Tag" Aufnahme gefunden haben.

Auch die Angeklagte **Ullrich** ist bös mißhandelt worden, hat aber aus Furcht vor Mißhandlungen vor Gericht unter Eid falsche Aussagen zugunsten Kolanders gemacht.

Nach der Pause wurde die Vernehmung der Angeklagten zu Ende geführt. An die Angeklagte Anna Ullrich richtet der Vorsitzende die Frage, warum sie früher nicht die Wahrheit gesagt habe. — **Angekl. Ullrich:** Ich habe Angst vor Prügel gehabt. — **Vors.:** Sie sagten doch aber früher, Sie hätten keine Prügel bekommen, sondern höchstens ein paar Ohrfeigen, niemals aber Stockschläge. — **Angekl.:** Ich habe die Mißhandlungen aus Angst verschwiegen. — **Vors.:** Hat Kolander Sie beeinflußt? — **Angekl.:** Er sagte, wir sollten nur zu ihm halten, es handele sich **nur um sozialdemokratische Umtriebe**. „Er habe Einfluß bis in die höchsten Kreise, uns Mädchen würde doch nicht geglaubt, wir sollten deshalb zu ihm halten."

Von dem bevorstehenden Prozeß in Itzehoe erfuhren die Mädchen erst auf dem Wege zum Gericht. Da sagte ihnen Kolander, daß es sich um die Verhandlung gegen Martha Schwiede handele. Wenn aber jemand gegen ihn schwören würde, dann würde er sie sich schon kaufen. Er beteuerte dabei immer, er würde **freigesprochen werden, da nur die Sozialdemokraten gegen ihn vorgingen.**

Kolander stellt sich bei seiner Vernehmung als der verfolgte Unschuldsengel hin. Er habe immer auf dem Standpunkt gestanden, es gibt keine Fürsorgeerziehung ohne körperliche Züchtigung.

Die jetzige **Vorsteherin** der Anstalt „Blohmesche Wildnis", **Fräulein Franke**, Nachfolgerin des Kolander, bekundet, ihre Stellung gefalle ihr ausgezeichnet. — **Vors.:** Werden Sie mit den Mädchen fertig? — **Zeugin:** Voll und ganz. — **Vors.:** Ohne strenge Strafen? — **Zeugin: Vollkommen.** — **Vors.:** Auch ohne Arreststrafen? — **Zeugin:** Vollkommen. — **Ich habe noch niemals die Mädchen geschlagen und sie auch niemals hungern lassen.** — **Vors.:** Von den angeklagten Mädchen sind noch fünf im Asyl. Was können Sie uns über diese Mädchen sagen? — **Zeugin:** Die Talkowsky halte ich nicht für ganz normal, sie ist jedenfalls etwas schwach im Kopf. Trotzdem ist gut mit ihr auszukommen. Seit diesem Prozeß ist sie allerdings etwas aufgeregt und infolge dieser Aufregung begeht sie einige Unarten, aber die muß man ihr nachsehen. Bestraft habe ich sie noch nie. Ueber die Angeklagte Runge kann ich nichts Schlechtes sagen und den anderen Angeklagten kann ich nur das allerbeste Zeugnis ausstellen. Sie sind fleißig und willig. Bei mir ist nie etwas vorgekommen, worüber ich zu klagen hätte. Ich hoffe bald auch das Einschließen zur Nachtzeit aufgeben zu können.

Die Itzehoer Richter bekunden, daß **die Verurteilung des Kolander auf Grund von Aussagen anderer Zeuginnen als den Angeklagten erfolgt ist.**

Prozeß Pleißner.

(Eine Leipzig-Berliner Polizeigeschichte.)

Gestern ist in Leipzig nach siebentägiger Verhandlung der Prozeß gegen **Dr. jur. Pleißner und Genossen** zu Ende gegangen. Wir haben bereits am 20. Oktober über den Inhalt der Anklage berichtet. **Pleißner** ist der **Freiheitsberaubung**, begangen an der Frau Wagner zu Hamburg, der Justizrat Bernhard **Zieger** aus Leipzig, der Operettensänger **Karzin**, der Kapellmeister **Semmler**, Frau **Postelmann** der **Anstiftung** hierzu beschuldigt.

Weiteres Interesse gewinnt der Prozeß durch den **Hintergrund**, auf dem er sich abspielt. Dieser ist in der Verhandlung nur außerordentlich oberflächlich beleuchtet. Wir gehen auf diese eigentliche Vorgeschichte des Prozesses, die ein eigenartiges Bild auf den **Mangel der Fähigkeiten der Leipziger und der Berliner Polizei und der Leipziger Staatsanwaltschaft** wirft, sobald es sich um wirklich schwere Verbrechen handelt, des näheren auf Grund früherer Veröffentlichungen ein.

Am 2. November 1908 wurden die Eheleute Schriftsetzer **Friedrich zu Leipzig**, Windmühlenstr. 21, **ermordet** vorgefunden. Die Schädeldecke der beiden alten Leute, die sich mit Zimmervermieten befaßt hatten, war mit einem stumpfen, schweren Instrument eingeschlagen. Die Recherchen der Staatsanwaltschaft und Polizei ergaben, daß Sparkassenbücher und Wertsachen entwendet waren. Auch der Polizeihund vermochte aber von der Spur des Täters oder der Täter nichts weiter als einen Schraubenschlüssel und eine Sportmütze, die sie am Ort der Tat zurückgelassen hatten, aufzufinden. Die Ermittelungen ergaben folgendes: Am Vormittag des Mordtages hatte der Briefträger eine Nachnahme an einen gewissen Lesginski (unter diesem Namen hatte ein unter Polizeiaufsicht stehender Mann namens Hemsing eine Zeitlang bei Friedrich gewohnt) zu bestellen. Ein unbekannter Mann, wahrscheinlich der Mörder, nahm das Nachnahmepaket in Empfang; währenddessen kam der **Geldbriefträger Froburg**, um eine kleine Postanweisung an einen gewissen Schlegel zu bestellen. Der Unbekannte behauptete, er sei der Schlegel und quittierte über den Empfang des Geldes. Hernach stellte sich heraus, daß die **Unterschriften**, die dieser Mann geleistet hatte, **dieselbe Handschrift** trugen wie ein in der Wohnung vorgefundener **Postanweisungsabschnitt** an Schlegel, der nie bei Friedrich gewohnt hatte. Mit an Gewißheit grenzender Wahrscheinlichkeit ließ sich annehmen, daß die Postanweisung zu dem Zweck geschrieben war, um den Geldbriefträger zu überfallen, und daß die armen Wirtsleute von ihm und seinem Komplizen ermordet sind, um Zeugen der Tat zu beseitigen. Die Ausführung der schändlichen Tat wurde lediglich durch das Zusammentreffen beider Briefträger vereitelt. Das Manöver erinnert an das hier in Berlin am 7. Mai in der Körnerstraße versuchte Attentat gegen einen Geldbriefträger und die schwere Verletzung der Witwe Räschke in der Körnerstraße.

Die Ermittelungen der Staatsanwaltschaft und Polizei ergaben ferner, daß von derselben Handschrift eine nach dem Petersteinweg gerichtete Postanweisung geschrieben war. Auch hier hatten die Täter ein ähnliches Verbrechen in Aussicht genommen.

Es wurde eine **Belohnung von 500 M.** ausgesetzt. Von dem Täter wurde aber nichts entdeckt. Lesginski wurde in Magdeburg festgenommen und später wegen einer anderen Straftat abgeurteilt; zur Zeit der Leipziger Tat soll er sich in Magdeburg aufgehalten haben.

Ein ähnliches **Attentat war zwei Jahre früher, am 17. Dezember 1906, in Leipzig gegen den Geldbriefträger Rübner** verübt. Dieser war mit einem schweren, stumpfkantigen Instrument niedergeschlagen, bewußtlos zusammengebrochen und seiner Barschaft in Höhe von 9000 M. beraubt. Die von dem Täter damals geschriebene **Postanweisung** trug dieselbe **Handschrift** wie die im November 1908 gefertigten.

Zu Weihnachten 1908 erhielten die **Verlagsbuchhändler Weber** ein seltsames Angebot durch einen **anonymen Brief**. Der Schreiber stellte sich als einen Verbrecher vor, der auf seinen jetzigen Lebenswandel durch den Staat getrieben sei. Er führe ihn erst seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis. Er habe unter anderem **20 Morde, darunter drei in Leipzig, begangen**, und wolle seine Taten in packender Weise in einem Buch beschreiben, das er der Verlagsbuchhandlung anbiete. 5000 M. Vorschuß wolle er haben, 5000 M. wenn das Werk erschienen ist. Zum Zeichen, daß er nicht renommiere und für die Unfähigkeit der Polizei, führte er an, **daß er den Mord in der Windmühlenstraße ausgeführt habe.** Das Bild, das die Staatsanwaltschaft nach Zeugenaussagen von ihm angefertigt und veröffentlicht hatte, entspreche dem Gesicht, das **er außerhalb des Hauses der Tat** trage, nicht. Den Verbleib der Sparkassenbücher habe die Polizei nicht ermitteln können, weil er diese verbrannt habe. Daß die Polizei den Verbleib der beiden geraubten **Uhren** nicht ermittelt habe, liege nicht an ihm. Er habe sie noch am 2. November **auf dem Leihamt für 27 M. versetzt.** Wenn die Adressaten auf das Anerbieten nicht eingingen, so würde es ihr Schaden sein. Am 24. Dezember um 6 Uhr sollen die Adressaten nach einem Zeitungskiosk den Vorschuß senden.

Die Verlagsbuchhändler erhielten den Brief erst am 25. Dezember. Sie setzten sich mit der Polizei in Verbindung. Angestellte Recherchen ergaben, **daß in der Tat die Uhren (und noch eine Kette, von deren Entwendung die Staatsanwaltschaft erst jetzt Kenntnis bekam) auf dem städtischen Leihamt**, so wie der anonyme Briefschreiber angegeben hatte, **versetzt waren.** Ferner ergab sich, daß die **Handschrift** des Briefes mit der auf den **Postanweisungen gebrauchten identisch war.** Kein Zweifel: **der anonyme Schreiber des Erpresserbriefes und der Mörder der Friedrichschen Eheleute waren identisch.**

Die Herren Weber hatten auf Veranlassung der Polizei und der Staatsanwaltschaft dann Inserate in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" erlassen, in denen mitgeteilt war, der Brief sei erst am 25. Dezember erhalten, Antwort läge an der erbetenen Stelle. Am 8. Januar erhielt Weber einen **zweiten Erpresserbrief.** In diesem gab der Schreiber noch weitere Momente als Beweis dafür an, daß er der Mörder gewesen sei, höhnte über die Ungeschicklichkeit der Polizei und forderte, falls Weber auf das Verlagsgeschäft nicht eingehen wolle, **1000 M. Abfindungssumme**, die an einer bestimmten Stelle abgegeben werden sollten.

Diesem Verlangen entsprechend wurde ein Paket abgegeben.

In einem Brief vom 11. Januar höhnte dann der unbekannte Briefschreiber den Herrn Weber wegen seines unverwüstlichen Zutrauens zur Polizei: „So waschlappig Ihr Philister, so stumpfsinnig Eure Polizei." Die Kriminalpolizisten, die als Straßenkehrer verkleidet waren, hätte er sofort erkannt und natürlich sich gehütet, das Paket entgegenzunehmen. Tatsächlich waren mehrere Polizeiagenten, darunter auch ein Berliner Polizeiagent, als Straßenkehrer verkleidet, an dem bezeichneten Ort gewesen.

Nach vielerlei Inseraten, die die Behörde erließ, erhielt Weber unterm 23. Januar abermals einen Brief des Erpressers. In diesem verlangte der Schreiber, der schon in einem vorausgegangenen Brief vom 13. Januar Drohungen an ihn gesendet hatte, 1000 M. bei einem Bäckermeister zu hinterlegen und unter einer Stichmarke durch ihn abholen zu lassen.

100 M. wurden bei dem Bäckermeister hinterlegt, **auch pünktlich am Abend des 27. Januar durch einen Messenger-Boy abgeholt.** Der nichtsahnende Messenger-Boy entging der Aufmerksamkeit der zahlreich zur Beobachtung aufgestellten Kriminalbeamten. Spätere Nachforschungen ergaben, daß auftragsgemäß der Brief mit 100 Mark vom Messenger-Boy einem Knaben, von diesem dem Mörder übergeben war.

Nunmehr erhöhte die Untersuchungsbehörde die **Belohnung auf 5000 M.**, also auf so viel, wie der unentdeckte Täter als Vorschuß **für sein Verlagswerk verlangt hatte.** Am 4. Februar traf ein

sechster langer Brief des Erpressers an Weber ein. In diesem wurden die an der Abfindungssumme noch fehlenden 900 M. verlangt. Der Schreiber gibt in diesem Brief unter anderem auch an, wie der **Raubmordversuch in der Gottschedstraße im September 1907 (gegen Frau Wagner)** begangen sei. Der Täter habe versucht, der Dame den Hals zu durchschneiden. Das Messer habe sich in der Boa verfangen. Die Frau habe „unerhört laut" um Hilfe gerufen, und so sei, da der Täter gerade seinen Dolch zu Hause gelassen habe, das Attentat mißglückt. Mit Bezug hierauf findet sich nach einer Beteuerung, daß sein Werk mit geistlosem Geknatsch nichts zu tun habe, folgende für den **Pleißner-Prozeß** interessierende Stelle im Brief: „Auch einigen dieser elenden Schmier- und Preßpiraten, welche sich stets in das Gewand des Tugendapostels hüllen, werde ich die Maske vom Gesicht reißen und in ihrer wahren Gestalt zeigen. Einer derselben treibt auch in Leipzig sein tugendsames Gewerbe. Es mag paradox klingen: Gerade diejenigen, welche es sich zum Beruf machen, die geringsten und harmlosesten Verfehlungen mancher Leute an den Pranger zu stellen — mancher sonst in jeder Beziehung ehrbaren Leute — nur um damit ihr Leben zu fristen: Sie sind meistens die moralisch verkommensten Gewächse, die man sich denken kann. Mit Erscheinen meines Werkes wird speziell dieser Herr in Leipzig in den Orkus geschleudert werden, wo es kein Wiedersehen gibt. Auch wenn er noch so — um mit seinen Worten zu reden — „kalt wie Hundeschnauze" ist. Es wird ihm nichts weiter übrig bleiben, als die Kugel oder der Strick." Sodann: „Mit dieser Tat (in der Gottschedstraße) steht der oben zitierte Herr in unmittelbarer Berührung, und wird es demselben unter keinen Umständen möglich werden, dies zu leugnen, da die in dem Werk gemachten Enthüllungen über diesen Fall und die mit angegebenen Beweise denselben einfach erdrücken werden."

Es erfolgten dann noch verschiedene Briefe im Februar seitens des Erpressers, in denen er ersucht, den Vorschußvest bei einem anderen Bäcker niederzulegen. Aus einem Schreiben vom 11. Februar ergibt sich, daß der Schreiber das zufällige Verlassen der Verkäuferin des Bäckerladens für einen Polizeicoup gehalten und dessentwegen weitere Schritte unterlassen hatte.

Nach weiterem Hin und Her wurde, dem Verlangen des Briefschreibers entsprechend, ein Päckchen bei einem Bäckermeister hinterlegt. Das Päckchen wurde aber nicht abgeholt. Der Verbrecher schrieb in einem zwölften Brief, er sei zu der angegebenen Zeit in dem Bäckerladen als Dame verkleidet gewesen. Die Polizeihäscher hätten ihn freilich nicht entdeckt.

Der Verbrecher ist, wiewohl die Berliner Kriminalpolizei von der Dresdener Staatsanwaltschaft um Hilfstruppen ersucht war und diese auch nach Leipzig entsendet hat, bislang ebensowenig wie der Täter des früheren Leipziger Mordes oder des Ueberfalls in der Gottschedstraße oder des Raubanfalls in Berlin entdeckt.

Im Prozeß Pleißner stellte sich heraus, daß Weber vorschußweise das an die Berliner Polizei zu zahlende Geld verauslagt hat, weil — bis zur Einholung der justizministeriellen Genehmigung zur Zahlung der Summe etwa 14 Tage tatlos verstrichen wären.

Der **Pleißner-Prozeß** steht mit dem Raubanfall in der Gottschedstraße in einem gewissen Zusammenhang.

Der Staatsanwalt Dr. Mühle, Dezernent in der Mordsache, besuchte am 3. Februar und einige Tage später Dr. Pleißner, den Redakteur des „nationalen" Sensationsblattes „Der Kampf", um auf die Spur des Erpressers und wohl auch des Ueberfalles in der Gottschedstraße auf die Frau Wagner zu kommen. Pleißner hatte die Ansicht vertreten, ein gewisser Walter Weniger sei der Mörder des Friedrichschen Ehepaares. Beider Mühe war vergebens. Dann wendete sich der Verteidiger des Fabrikanten Wagner, des Ehemannes der überfallenen Frau Wagner, Justizrat Zieler, an Dr. Pleißner. Wagner war unter dem Verdacht, den Ueberfall selbst angestiftet zu haben, verhaftet. Sein Bruder, Stadtrat Wagner, hatte den Verteidiger darauf hingewiesen, daß „Der Kampf" die Ansicht vertreten hätte, der Ueberfall sei nur fingiert gewesen. Auch der Berliner Kriminalkommissar Vonberg besuchte den Dr. Pleißner. Mit reichlichem Gelde versehen, reiste Pleißner dann nach Hamburg; dorthin war Frau Wagner übergesiedelt. Hier setzte er sich mit den Mitangeklagten Karzin, Semmler und Postelmann in Verbindung. Sein Ziel ging dahin, Frau Wagner zu dem Zugeständnis zu veranlassen, daß der Ueberfall auf sie nur fingiert sei. Herr Wagner hat seine Frau in einem Bordell kennen gelernt, sie dort herausgenommen und dann geheiratet. Zwischen den Eheleuten besteht seit längerer Zeit ein gespanntes Verhältnis. Der Ehemann hält sich eine andere Geliebte, hat auch mit dieser Reisen unternommen. Die Trennung der Wagnerschen Eheleute geschah mit beiderseitigem Einverständnis; der Ehemann zahlte seiner Frau während ihres Hamburger Aufenthaltes monatlich 250 M.

Pleißner rechnete bei seinem Vorhaben damit, daß Frau Wagner nicht sehr spröde sei. Karzien behauptet, Frau Wagner habe ihm eingestanden, der Ueberfall auf sie habe sich gar nicht ereignet. Im jetzigen Prozeß bekundete Frau Wagner das Gegenteil. Auch einwandsfreie Zeugen bestätigten Tatsachen, aus denen folgt, daß der Ueberfall stattgefunden hat. Als Karzien das angebliche Geständnis der Frau Wagner dem Dr. Pleißner mitgeteilt hatte, behauptete Pleißner der Hamburger Polizei gegenüber, Frau Wagner wolle nach dem Ausland fliehen, sie sei Mitwisserin des Friedrichschen Mordes, er verlange die Verhaftung. Frau Wagner wurde dann auch tatsächlich am 10. April, als sie zu einer Hochzeitsreise fahren wollte, in Hamburg verhaftet. Fünf Stunden später wurde sie entlassen.

Die Anklage erblickt in diesem Vorgehen Freiheitsberaubung. Der Hausfriedensbruch liegt darin, daß Pleißner unter Beihilfe der Frau Postelmann in das Zimmer der Frau Wagner eingedrungen und dort eine Photographie der Frau Wagner hat mitgehen heißen.

In den Verhandlungen nahm die Frage, ob Frau Wagner oder ob Karzien zuerst „gefusselt", ob der Kriminalkommissar Vonberg die Frau Wagner nur auf den Schoß genommen oder weiter gegangen sei, wie die Angeklagten glauben machen wollen, sowie die Erforschungen über den Geschlechtsverkehr der Frau Wagner einen recht breiten Raum ein, der mehr für ein Sensationsbedürfnis als für die Unschuld der nichts weniger als sympathischen Angeklagten zeugte.

Neben den Angeklagten saßen als moralisch Angeklagte wegen der absoluten Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen in den großen Verbrechensaffären die Staatsanwaltschaft sowie die Leipziger und Berliner Polizei zu Gericht. Der Urteilsspruch über sie wird vom Publikum gefällt werden.

Nach mehrstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsrat Dr. Groß, folgendes

Urteil:

Der Angeklagte Dr. **Pleißner** wird wegen **einfachen Hausfriedensbruch** in zwei Fällen **zu dreihundert Mark Geldstrafe** verurteilt, wovon 200 M. als durch die Untersuchungshaft vollstreckt gelten, der Angeklagte Justizrat Zieler wegen **einfachen Hausfriedensbruch zu einhundertfünfzig Mark Geldstrafe.** Bezüglich der übrigen ihnen zur Last gelegten Vergehen werden die Angeklagten Dr. **Pleißner und** Justizrat **Zieler freigesprochen.** Die übrigen Angeklagten **Semeler, Karzin** und Frau **Postelmann** werden in vollem Umfange **freigesprochen.** Die Kosten trägt, soweit Freisprechung erfolgt ist, die Staatskasse.

In den Urteilsgründen wird ausgeführt: Bezüglich der Freiheitsberaubung hat der Gerichtshof angenommen, daß Dr. Pleißner, Karzin und Semeler von den Angaben, die sie auf der Polizei gemacht haben, auch überzeugt waren, und daß sie die Verhaftung der Frau Wagner in das Ermessen der Hamburger Polizei gestellt hatten. Zugunsten des Angeklagten Pleißner wurde angenommen, daß er bei der ganzen Sache nicht aus unlauteren Motiven gehandelt hat; zu seinen ungunsten fiel aber ins Gewicht, daß er bei dem Hausfriedensbruch gewaltsam vorgegangen ist und nicht ganz unbescholten war. Der Angeklagte Justizrat Zieler war wegen Hausfriedensbruch zu verurteilen, weil er nicht annehmen konnte, daß er als Beauftragter Wagners zu dem Eindringen in die Wohnung der Frau Wagner berechtigt war; denn er sei als Gegner der Frau Wagner gekommen. Bei den Angeklagten Semeler, Karzin und Frau Postelmann hat der Gerichtshof bezüglich des Hausfriedensbruchs angenommen, daß sie sich für berechtigt halten konnten, in die Wohnung einzudringen. Es war ihnen daher der gute Glaube beizumessen.

Soziales.

Wertzuwachssteuer.

Die Stadtverordnetenversammlung in **Schneidemühl** beschloß in ihrer letzten Sitzung mit 23 gegen 9 Stimmen die Einführung der Wertzuwachssteuer.

Aus Industrie und Handel.

Handelskammern und Wahlfonds.

Aus einer Handelskammer berichtet die „Köln. Volksztg.", sie habe einen Beitrag zum Wahlfonds des Zentralverbandes der Industriellen mit der Begründung abgelehnt, es handle sich hier um politische Bestrebungen. Die Kammer kennt also ihre Pflicht der parteipolitischen Neutralität. Um so mehr muß man sich daher darüber wundern, daß dieselbe Kammer, wie das genannte Blatt ebenfalls mitteilt, beschlossen hat, für den Hansabund einen Jahresbeitrag von 50 M. zu leisten. Nach seinen Richtlinien will der Hansabund ebenfalls durch Geldspenden in die zukünftigen Wahlen eingreifen. Es darf wohl als ausgeschlossen gelten, daß er andere als sogenannte liberale Kandidaten — vom rechten nationalliberalen bis zum linken freisinnigen Flügel — alimentiert. Dadurch unterstützt er mehr oder weniger die antisozialpolitische und hochschutzzöllnerische Politik des Zentral-Scharfmacherverbandes. Das ist doch keine Aufgabe der Handelskammern. Jedenfalls haben die beiden Korporationen nicht nur von der einen Kammer Zuschuß zum Wahlfonds verlangt. Da dürfte es doch interessieren, zu erfahren, wie weit man bei anderen Kammern Erfolg hatte. Der Hansabund läßt Angestellte zwangsweise zu seinen Mitgliedern machen und tut auch sonst seine Hand auf, damit Geld hereinkommt für Wahlen gegen Sozialpolitik.

Ausfuhrzoll und Kontingentierung.

Wie das „T. B." zu melden weiß, hat die Regierung bereits einen Gesetzentwurf fertiggestellt mit der Zweckbestimmung, das in der Kaliindustrie investierte Kapital zu „schützen". Angeblich ist ein Ausfuhrzoll und eine Kontingentierung der Produktion vorgesehen. Die Liebesgabenpolitik macht Fortschritte.

Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft verteilt für das letzte Jahr zehn Prozent Dividende auf die alten und fünf Prozent auf die neuen Aktien. Die Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals von 42 auf 50 Millionen Mark.

Die goldene Internationale. Die Deutsche Bank errichtet in der Hauptstadt Belgiens, dem industriereichen Lande, eine Zweigniederlassung, indem sie in die Geschäfte des dortigen Bankhauses Balser u. Co. eintritt. Der Seniorchef der Firma Balser soll in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank gewählt werden, während die Firma Balser in Liquidation tritt. Bei dem reichen industriellen Leben Belgiens dürfte die Deutsche Bank dort ein weites Betätigungsfeld finden, zumal die Montaninteressen der deutschen und belgischen Industrie vielfach zusammengehen. Kapital und Unternehmertum verbünden sich international, nicht zum Schutze der „nationalen Arbeit", sondern zur internationalen Plünderung der Arbeit.

Konkurs einer Potsdamer Baufirma. Die Baufirma Rhode in Potsdam war schon vor einiger Zeit in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Potsdamer Creditbank und der Magistrat der Stadt bemühten sich, sie durch Bewilligung von Hypothekenkredits über Wasser zu halten. Die Bank hat sich nun von der Aktion zurückgezogen, so daß der Konkurs unvermeidlich sein dürfte.

Tarifrevision in Holland. Die holländische Regierung beabsichtigt, wie wir den „Mitteilungen des Handelsvertragsvereins" entnehmen, eine Abänderung des Tarifs. Sie plant mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage des Reiches eine dauernde Revision des Zolltarifs und um das sehr große Defizit im kommenden Budget zu decken, soll eine vorläufige Erhöhung des Tarifs eintreten. Der holländische Finanzminister bemerkt in seinem Bericht an die Zweite Kammer der Generalstaaten: „Als drittes Deckungsmittel (es gibt noch zwei andere) kommt in Verbindung mit den weiteren Plänen der Regierung am meisten in Betracht eine vorläufige Erhöhung des Tarifs. Mittels eines Zuschlages von 30 Proz. auf die jetzigen Zölle wird ein Mehrertrag von 3 780 000 Gulden erzielt werden."

Der Tarif soll demnach ganz einfach zum Abschlußposten des Budgets gemacht werden.

Da die klerikal-protektionistischen Parteien die Mehrheit in der Kammer haben, dürfen die Zöllner wohl bald wieder einen Erfolg buchen.

Die europäischen Konsumgenossenschaften.

Das französische sozialdemokratische Organ „Le Socialisme" veröffentlicht folgende interessante Zusammenstellung über die finanzielle Stärke der Konsumgenossenschaften in den europäischen Ländern. Es betrug der Jahresumsatz in Frank — in Klammern pro Kopf der Bevölkerung — in: England 619 664 000 (19,25), Schottland 190 086 000 (39,75), Deutschland 74 833 000 (1,15), Dänemark 51 236 000 (19,25), Schweiz 14 355 000 (4,15), Ungarn 12 663 000 (0,575), Oesterreich 9 757 000 (0,327), Finnland 8 825 000 (3,45), Frankreich 4 881 000 (0,25), Belgien 2 875 000 (0,375), Schweden 2 861 000 (0,475), Holland 1 765 000 (0,30), Rußland 521 000 (0,03), Norwegen 251 000 (0,223).

Gerichts-Zeitung.

Der beleidigte Lebius.

In einem Artikel der Wochenschrift „Die Hilfe", der gegen die gelben Gewerkschaften polemisierte, wurde Lebius als ein Mann mit gerichtlich festgestellten Qualitäten bezeichnet. Er verlangte von der „Hilfe", daß sie ihm durch eine Erklärung Genugtuung verschaffe. Das lehnte die Redaktion der „Hilfe" ab, weil sie einem Manne wie Lebius keine Ehrenerklärung geben könne. Dann **verklagte Lebius** den **verantwortlichen Redakteur** der **„Hilfe", Dr. Heuß,** wegen Beleidigung. Das **Schöffengericht lehnte** den vom Beklagten angebotenen **Wahrheitsbeweis über die Qualitäten des Herrn Lebius ab** und **verurteilte** den Angeklagten wegen Beleidigung aus § 185 in zwei Fällen zu einer Geldstrafe von 125 Mark. Der zweite Fall der Beleidigung wurde erblickt in einer Veröffentlichung der „Hilfe", worin mitgeteilt wurde, daß Lebius die Klage eingereicht habe und zur Information der Leser auch der Artikel, auf den sich die Klage stützt, wiederholt.

Infolge der vom Verurteilten eingelegten **Berufung** wurde die Klage am Freitag in zweiter Instanz verhandelt. Der Verteidiger des Angeklagten, **Rechtsanwalt Dr. Willi Engel, beantragte, den Wahrheitsbeweis zuzulassen,** weil im vorliegenden Falle nicht § 185, sondern § 186 zutreffe. Aber selbst, wenn nur § 185 angewendet werde, müsse der Wahrheitsbeweis zugelassen werden, weil die moralische Qualität des Klägers doch für das Strafmaß erheblich sei. Der Verteidiger **beantragte über folgende Punkte Beweis zu erheben:**

In dem Prozeß Leb'us gegen Wermuth wird im Urteil erster Instanz gesagt, der Kläger Lebius habe gleichzeitig für **nationale, ultramontane und sozialdemokratische Zeitungen** geschrieben und sei auch sonst eine nicht einwandfreie Persönlichkeit. — Das gleichzeitige Arbeiten für Blätter der genannten drei Parteirichtungen habe Lebius in seiner Schrift „Erinnerungen eines ehemaligen Sozialdemokraten" selber zugegeben und diese Handlungsweise als einen Verstoß gegen Treu und Glauben bezeichnet. — Die Ansicht des Beklagten über die Qualitäten des Klägers stütze sich auch darauf, daß Lebius vor dem Erscheinen des unter Anklage stehenden Artikels wegen Verleumdung eines Fräulein **Gerlach** zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. **Allerdings sei das Urteil,** aber erst nach dem Erscheinen des Artikels, **in der Berufungsinstanz aufgehoben worden.** — Weiter solle bewiesen werden, daß in einem **Prozeß Mai gegen Walter** bewiesen worden sei, daß Lebius den Namen eines Schriftstellers Kahl gemißbraucht habe, um eine Schmähschrift gegen Mai herauszugeben. — Zur Kennzeichnung des Klägers diene auch ein Brief, den er an den Vorsitzenden des Verbandes der Metallindustriellen, Dr. Ballerstein, geschrieben hat. Lebius, der Führer der gelben Gewerkschaften, gebe in diesem Briefe den Unternehmern Mittel an die Hand, um durch die gelben Gewerkschaften den Interessen der Arbeiter entgegenzuwirken.

Rechtsanwalt Hennigsohn, der Vertreter des Klägers Lebius, behauptet zwar, der Kläger habe den lebhaften Wunsch, daß die angetretenen Beweise erhoben werden, aber trotzdem **sprach der Verteidiger gegen die Zulassung des Wahrheitsbeweises** „aus juristischen Gründen". Im übrigen polemisierte der Anwalt weniger gegen den Angeklagten, als vielmehr gegen den „Vorwärts" und die Sozialdemokratie, die er beide als Urheber einer „Hetze gegen Lebius" hinstellte.

Nach derselben Methode, die Lebius in seinen Prozessen gegen den „Vorwärts" zu befolgen pflegt, arbeitete er auch hier. Er stellte sich dem Gericht vor als ein Mann von guter Gesinnung, der ein harmonisches Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern herzustellen suche und deshalb von der Sozialdemokratie mit Verleumdungen und anderen verwerflichen Mitteln verfolgt werde. Der Vorsitzende mußte die lange Rede des Klägers mehrmals mit der Aufforderung unterbrechen, bei der Sache zu bleiben. Zum Schluß suchte Lebius dadurch beim Gericht Stimmung zu machen, daß er die Nationalsozialen, zu denen der Beklagte gehört, als verkappte Sozialdemokraten bezeichnete. Ob diese Stimmungsmache auf die Richter gewirkt hat, kann man natürlich nicht wissen. Das Urteil aber lautete so, wie Lebius es wünschte.

Das Gericht verwarf die Berufung auf Kosten des Angeklagten. In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende unter anderem: Der Angeklagte habe zum Ausdruck bringen wollen, daß der Kläger ein Mann von minderwertiger moralischer Qualität sei. Das sei eine Beleidigung, die unter § 186 falle. Der Wahrheitsbeweis sei aber nur so weit zulässig, als es sich um **gerichtliche** Feststellungen über die Qualität des Klägers handele. Ueber die im Urteil gegen Wermuth enthaltene Bemerkung sowie über das Urteil im Prozeß Gerlach hätten beide Parteien übereinstimmende Angaben gemacht, deshalb brauche hierüber kein Beweis erhoben werden. Auf diese beiden Urteile stütze sich die Ansicht des Angeklagten über die Person des Klägers. Was in diesen beiden Prozessen festgestellt sei, berechtige den Angeklagten nicht, zu sagen, der Kläger sei ein Mann von minderwertiger Qualität. Wenn in einem Einzelfalle festgestellt sei, daß jemand nicht einwandfrei gehandelt habe, so dürfe ihm noch nicht vorgeworfen werden, daß er moralisch minderwertig sei.

Die beliebte Beschränkung des Wahrheitsbeweises ist **eine auffallend** starke Beschränkung berechtigter Kritik.

Wiederaufnahme.

Einen hartnäckigen Kampf um sein Recht und seine Ehre hat der frühere städtische Gelderheber Paul **Schmidt** geführt, welcher nun gestern nach ziemlich vier Jahren eine glänzende Rehabilitation erlangte. Wegen Unterschlagung im Amte verhandelte die 7. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors **Splettstößer** gegen den Angeklagten, nachdem dieser bereits in derselben Sache zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war. — Der Angeklagte war im Jahre 1901 von dem Magistrat als städtischer Gelderheber angestellt worden. In dieser Stellung hatte er die von den Verwaltungen der städtischen Gas-, Wasser- und Kanalisationswerke ausgestellten Rechnungen im Auftrage der Werkeinziehungsabteilung der Stadthauptkasse von den Konsumenten einzuziehen. Im Jahre 1905 stellte sich plötzlich bei ihm ein **Manko von etwa 600 Mark** heraus. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen ihn Anklage wegen Unterschlagung im Amte. Die 7. Strafkammer unter dem damaligen Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Dr. **Merz** hielt den Angeklagten für schuldig und erkannte auf **sechs Monate Gefängnis.** Schon damals hatte der Angeklagte geltend gemacht, daß er nicht einen Pfennig unterschlagen habe, es müsse vielmehr durch eine kaum glaubliche Unordnung in der Kassenverwaltung der städtischen Werke irgendwo ein Fehler entstanden sein, welchen man ihm nun in die Schuhe schieben wollte. Die **Revision** des Angeklagten wurde seinerzeit **verworfen.** Im Gefühle seiner Unschuld begann nun Schmidt einen mit großer Zähigkeit geführten Kampf um seine Ehre und sein Recht. Unter großen Geldopfern ließ er nacheinander durch drei verschiedene Rechtsanwälte Anträge auf **Wiederaufnahme des Verfahrens** stellen, die jedoch sämtlich **abgelehnt** wurden. Erst im März d. J. war ein vierter **Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens** endlich von Erfolg begleitet. In der **gestrigen Verhandlung** gestaltete sich das Bild wesentlich anders als in der ersten Verhandlung. Der Angeklagte behauptete wiederum, daß nicht er, sondern ein anderer Beamter die fraglichen Beträge einkassiert habe. Dies sei sehr wohl möglich, da die fertigen Quittungen in den Bureaus überall herumlägen und jedem zugänglich seien. Der frühere Gelderheber H., der wegen derartiger Unterschlagungen in Höhe von 70000 M. bestraft worden ist, bekundete, daß die Quittungen stets unverschlossen liegen blieben und jedermann, selbst den Scheuerfrauen, zugänglich gewesen seien! Ebenso hätten die städtischen Stempel herumgelegen, wodurch ihm, als er sich in Not befand, überhaupt nur die Veruntreuungen ermöglicht worden wären. — Der **Staatsanwalt** hielt auch nach der erneuten Beweisaufnahme eine Unterschlagung für vorliegend und beantragte **vier Monate Gefängnis.** Das **Gericht** kam zu einer **Freisprechung** des Angeklagten, der nun nach jahrelangem Kampfe doch noch gesiegt hat.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage: Fleisch:** Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Wild:** Zufuhr knapp, Geschäft rege, Preise gut. **Geflügel:** Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise gedrückt. **Fische:** Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr genügend, Geschäft rege, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 25.10. cm	seit 24.10. cm¹)	Wasserstand	am 25.10. cm	seit 24.10. cm
Memel, Tilsit	100	—1	Saale, Grochlitz	98	6
Pregel, Insterburg	—37	—2	Havel, Spandau²)	47	+2
Weichsel, Thorn	44	—6	„ Rathenow²)	52	0
Oder, Ratibor	91	—3	Spree, Spremberg²)	76	0
„ Krossen	72	—1	„ Beeskow	74	0
„ Frankfurt	86	—4	Weser, Münden	—71	—13
Warthe, Schrimm	12	0	„ Minden	18	—4
„ Landsberg	—14	—1	Rhein, Maximiliansau	396	—5
Netze, Vordamm	—18	0	„ Kaub	183	—5
Elbe, Leitmeritz	—36	+3	„ Köln	180	—11
„ Dresden	161	—3	Neckar, Heilbronn	42	+2
„ Barby	82	—4	Main, Wertheim	114	—1
„ Magdeburg	90	0	Mosel, Trier	—	—

¹) + bedeutet Wuchs. — Fall. — ²) Unterpegel.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Moabit
Turmstraße 55, Ecke Waldstraße gewährt jedem bei spielend leichter An- und Abzahlung mehrjährigen Kredit auf Waren und Möbel.

Credithaus Gebr. Weber, Neue Königstr. 58.
Lubascher, S. Spandau, Potsdamerstr. 38 I.
Rosenheimer, M., Schöneberg, Colonnenstr. 9 am Ringbahnh.
Weber, Herm., Danzigerstr. 78 I.
Windreich & Co., S., Elsasserstr. 17/18, Kleine Anzahlg., bequ. Abzahlg., Möbel, Uhren, Garderoben usw.
Welter, Carl, Rosenthaler Straße 13.
Zutraun & Co. W. 57 Culmstr. 10 Ecke Göbenstr. best. s. 1887. Möbel- u. sämtliche Waren.

Alkoholfreie Getränke

Sinalco (Bilzbrause)
Gen.-Vertreter Otto Starick
NO, Landsberger Allee 6/7. — Fernruf VII. 1866 und 1564. —
Krüger, E., G. m. b. H., Höchstestr. 28.

Bäckereien, Konditoreien

Brotfabrik Deutschland, Neue Hochstr. 28.
Wer gesund werden u. bleiben will, esse Eisenhalt. Kraftbrot, viell. präm. u. ärztl. empf.
D.R.P. „Feronia" 157307
Extra-Prämie: Bei 50 Feronia Marken erhält jed. Käufer 1 Brotkorb, bei 100 eine Brotdose. Berlin und Vororte ca. 2000 Niederlagen. Alleiniger Fabrikant: Gebr. Hagen Nachfg.
Max Hagen, Dalldorferstraße 16.
Göken, Brotfabr., Pappelallee 18, Hof.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf. Gegründet 1892.

Hankes Brotbäckerei
Inh.: Paul Hanke.
Läden in allen Stadtteilen.
Herberg, Paul, Amsterdamerstr. 29. Utrechterstr. 17. Burgdorfstr. 14.

Peter's Gross-Bäckerei
in allen Stadtteilen und östlichen Vororten; über 60 eigene Geschäfte.

Th. Turban
Landbrotbäckerei, Niederbarnimstr. 5, Landsb. Allee 146.

Ulbrich Charlottenburg, 20 Filialen.

Badeanstalten

Augusta-Bad, Köpenicker Str. 60/61.
Diana-Bad, Koppenstr. 93.
Bad Invalidenstr. 16.
Köpenicker Bad, Köpenickerstr. 176.
MünchenerBad, Ri., Münchenerstr. 51.
Neander-Bad, Neanderstr. 12.
Bad Petersburgerstr. 64.
Prinzen-Bad, Prinzenstr. 43.
Viktoria-Bad, [illegible] Pr. Albertst. 8.

Bandagen, Gummiwaren

Lange, A. E., Brunnenstr. 167.
Meyer, P., Ri., Berlinerstr. 49—50.
Pelzmann, D., Neue Königstr. 30.
Tschache, M., Pankow, Breitestr. 39b.
Wende, A., Turmstr. 34, Optiker.
Zimmer, Rich., gr. Frkft. Str. 112.

Beerdigungsanst., Sargm.

Fuchs, Paul, Frankfurter-Allee 143.
Jordan, E., Birkenstr. 13, Moab. 3196.
Peter-Schley, Wilh., Zossenerstr. 37.
Rommeck, C., Ri., Hermannstr. 22.
Siegmund, Josef, Ri., Nogatstr. 29.
Wegner, F., Ri., Elbestr. 31.

Beleucht.-Gegenstände

Büttner, A., Danzigerstr. 26.
Heundorf, O. P., Reinickendorferstr. 3 Lf. d. Spar-Ver. Nord.
Schrammar, U., Rixdorf, Richardstr. 118.
Stoß, M., Ri., Kaiser Friedrichstr. 213.

Berufskleidung

Bohn, R., Inv.-St. 135, Chausseest. 129.
Garderobenh. Nordstern, Brunnenstr. 56
Göge, A., Friedrichsfelde, Berl.-St. 36.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Keiner, Otto, Gerichtstraße 86.
Pahr, Wilh., Brunnenstr. 116.

Wilh. Scholem
Kottbuserdamm 94, Keller.

Schuch, M., Rixdorf, Berlinerstr. 13.
Spandau, Havelstr 11, Spandau, Rheinländische Arbeiter- und Berufskleidung. S. Lindemann.
Wecker, A., Mühlend. 3, Kottb.-D. 98.

Bierbrauereien, Bierhdlg.

Bergbrauerei Bergstr. 22
Feinstes Doppelbier
Tel. III, 1412.
Berliner, Oswald, Brunnenstr. 141/43.

Patzenhofer Brauerei
Die Patzenhofer Flaschenbiere sind in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Berliner Bock-Brauerei.
Berliner Kronenbrauerei.
Berliner Weißbier-Brauerei, Carl Bier-Verlag, Gitschinerstr. 90.
Pichler, Berlin, Dalldorf. St. 3. T. 1860

BORUSSIA Malzbier

Brauerei „Germania"
Actien-Gesellschaft.
In ca. 100 eig. Ausschanklokal.
4/10 L. Bairisch 10 Pfg., kl. Weiße 10, gr. Weiße 20 Pfg.

Brauerei Alt-Berlin, Charlottenbg.
Brauerei Pfefferberg, Versand- und Pilsener Bier.
Brauerei Weissensee, G. Enders.

Groterjans Malzbier.

Hempel, E., Müllerstr. 138d.
Kahlenberg, A., Müllerstr. 156a.
Luisenbrauerei Weißensee.
Malz- u. Weißbier-Brauerei Stern, N, Prinz.-Allee 77. Tel.-A. Moabit, 2921.
Marks, Albert, Hussitenstr. 66.
Richter & Co., J. C. A., Weissbierbrauerei, gegr. 1820. Berlin C 54. Tel. III, 1517.
Schlossbrauerei Schöneberg. Schlossbräu — Kronenbräu in Gebinden und Flaschen.
Spandauerberg-Brauerei, Westend.
Stauch, Christian, Weiß- u. Malzbierbrauerei, Wildenowstr. 4, Tel. II, 1885.
Strehblow & Co., Weißb., Gerichtst. 45

Vereins-Brauerei Rixdorf
Berliner Kindl.
Weißbier-Brauerei, vorm. H. A. Bolle Friedrichstr. 124, Tel. III, 2542.
Weissbier, C. Breithaupt, Palisadenstr. 97. Tel.-A. VII, 2634.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung **F. J. Assmann** 20 Filialen in Berlin O.
Dünkler, Otto, 11 Filialen.
Butterhandlung Fritz Muth.
Schulz, Arthur, Ri., Hermannst. 39 u. 65
Zu den drei Sternen, zahlr. Filialen.
Zu den drei Kronen, 22 Filialen.

Cacao, Chocolade

Beer, Gust., Müllerstr. 155.
Cyliax, G., Filialen i. allen Stadtteilen.
Seiffert, Erich, Filialen in Berlin und Vororten.

Cigarrenhandlungen

Adelt, A. G., Müllerstr. 12.
Böckmann, J., Rixdorf, Bergstr. 136/137.
Conrad, W., Ri., Hermannstr. 50.
Frei-Rauch, Zigaretten, Rixdorf, Ringbahnstr. 20 I, T. Ri. 1246
Geselle, Rudolf, Fruchtstr. 66.
Henning, A., S, Camphausenstr. 13.
Koschorrek, G., Kreuzbergstr. 16—20.
Müller, Paul, Beusselstr. 28.
Priegent, Wilh., Belleallianzestr. 73.
Schirmer, A., Invalidenstr. 2.
Strahler, W., SW, Nostizstr. 12.
T. A. G., Kopenhagenerstr. 2.
Teuber, Franz, Urbanstr. 35.
Weber, R., Ri., Hermannstr. 110.
Wolters, Theod., Blücherstr. 25.

Damenkonfektion

Hugo Ahrenfeld, Gr. Frankf. Str. 117 · Badstr. 22, Blusen, Kleider, Mäntel, Maßanfertig.
Cohn, Geschw., Bergmannstr. 9.
Dressel, Wilmersdorferst. 57, Ecke Pestalozzistraße.
Freundlich, Paul, Brunnenstr. 67.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.

Linke, Paul,
Rixdorf, Reuterstr. 63, a. d. Kaiser Friedrichstr. Damen-Mäntel-Fabr.

Paul Loewenthal
Rosenthaler Straße 16/17.

Schultz, Paul, Ri., Berlinerstr. 41.
Wagner, P., Rixdorf, Bergstr. 42. Damenmäntel, Pelzw.

Drogen u. Farben

Centr.-Drog., Spand., Neumeisterst. 8.
Gottschalk, Otto, Krautstr. 55a.
Gronefeld, U. Ri., Hermannstr. 144.
Helios-Drogerie, Frankf. Allee 156.
Hesse, Max, Spandau, Breite Str. 62.
Heune, Carl, Brunnenstr. 39.
Kronen-Drogerie, Alt-Boxhagen 49.
Reges, Koppenstr. 95, a. Schles. Bhf.
Richter, R., Reinickendorferstr. 119.
Schultz, Hugo, Müllerstr. 166a. Photogr. Bed.-Art., Hyg.-Gummiw.
Siegfried-Drogerie, Schwedenstr. 1, Koloniestr. 120. Edmund Buchloh, Soldinerstr. 26 Lieferant sämtl. Krankenk. T. II 2658.

Eisen- u. Stahlw., Waffen

Als, O., Ri., Kaiser-Friedrichstr. 6.
Anders, Otto, Berlin, Brunnenstr. 109.
Kiessling, G., Rixdorf, Bergstr. 33.
Kniehase, A., Berlin SO., Skalitzerst. 46 B.
Lamprecht, Martin, Schwedenstr. 1.
Linde, F., Rixdorf, Friedelstr. 35/36.
Paschke, Max, Ri., Berlinerstr. 82.
Rühlmann, F., Müllerst. 49b, E. Seest.
Schröder, O., Ri., Hermannstr. 58/60.
Sellach, Th., Ri., Hermannstr. 48.
Wolf, Carl, Moabit, Turmstr. 55.
Wurmsee, Max, Nachf., Invalidenstr. 2.

Fahrräd., Nähmaschinen

Baum, Emil, Schöneberg, Herbertstr. 1
Bosling, E., Kottbuserstr. 18.
Conty, J., Oderbergerstr. 14.
Daedrich, P., Ri., Kottbuserdamm 77.
Fahrrad-Haus „Frisch auf" Brunnenstr. 25, Kottbuserstr. 9.
Fahrrad-Müller, Frankf. Allee 19.
Fiedler, G., Spandau, Klosterstr. 40.
Hausherr, Willy, Alte Jacobstr. 93. Katalog umsonst. Sehr bill. Preise! Keine Lockartikel.
Heinrichs, E., Müllerstr. 13.
Hoppe, Lothringerstr. 40, Steglitz, Schloßstr. 116.
Krüger, Rich., Köpenickerstr. 47a, Linienstr. 3.
Leopold & Schulz, Danzigerstr. 29.
Liersch, F., Rixdorf, Kaiser-Friedr.-Str. 47.
Pohle, Reinh., Schönebg., Hauptst. 105
Röpke, G., Ri., Hohenzollernplatz 15.
Fahrrad-Reiser von Rund um Berlin
Solidaria-Mitglieder Händlerpreise.
Weinmeisterstr. 5, I. Kein Laden.
Schönborn, Willy, Charlbg., Schulst. 5.

Färbereien, Wäschereien

Berliner Dampf-Wäscherei, Fritz Hering, Neue Königstr. 84.

Meesters, Th.

Osw. Naefe Färberei
chem. Wäscherei
Fbr. Britz, Rüdowerst. 34
Fil. Rixd., Bergstr. 74 u. 161
Rixd. Kais. Fdr.-St. 195a. 248
„ Friedelstr. 24.
„ Steinmetzstr. 43.
„ Liebauerstr. 23.
Bln. Lausitzerplatz 8.
„ Warschauerstr.
„ Schivelbeinerst. 39.
„ Brüsselst. 36. Gräfest. 82.
„ Kastanienallee 27.
„ Bernhardtstr. 13.
„ Bernauerstr. 28.
„ Goltzstr. 12.
„ Akazienstr. 8.
„ Hauptstr. 108.

Pollnow, Carl,
Frankfurter Allee 63.
20 Filialen.

Stenzel, Paul, 10 Geschäfte in Nord-Berlin.

Fischhandlungen

Winkler & Bärthold, Bergstr. 5 u. 57, Kottbuserd. 20.

Fleischereien u. Wurstw.

Biesold, K., Ri., Hermannstr. 147.

Wurst, Speck, Schinken
kaufen Sie am besten u. billigsten bei
Anton Fehlau,
Gontardtst. Stadtbahnbogen Ecke Königsgrab., Andreasstr. 47, Landsbergerstr. 98, Königsbergerstr. 8, Landsb. Allee 90, Rixd., Bergstr. 16.

Fehlow, H., Turmstr. 73.
Hassenstein, A. O., Badstr. 12.
Wühle, Gust., Emdenerstr. 3, Turmstr. 67.

Grammophone, Sprechm.

Becker, W., Wilmersdorferstr. 127, I.
Goetsch, Frd., Alt-Moabit 107, Edison.
Heinrichs, E., Müllerstr. 13.
Hoppe, Lothringerstr. 40, Steglitz, Schloßstr. 116.
Hoyer, A., Rixdorf, Bergstr. 163 I.
Juhre, M., Brunnenstraße 117, Weberstr. 64. Teilzahlg. gestattet.
Phonographen-Katz größtes Spezialhaus.
Pietsch, Hugo, Müllerstr. 165, Spezialgesch.
Röper, Carl, Petersbg.-St. 2a, d. Frkftr. Allee

Rund um Berlin
Rosenthalerstr. 33.

Wandelt, Invaliden 20, Turmstr. 31, Teilzahlung gestattet

Haus- u. Küchengeräte

Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Kamnick, Spandau, Schönewald. St. 93, Emaille, Glas, Porzellan, Lampen.
Küchen-Schreier, Wedding, Dalldorferst. 13.
Lehnert, Emil, Brunnenstr. 178.
Palme, H., Frankf. Chaussee 61 d.
Rohkrämer P. Nachf., Frkf. Allee 19.
Sandow, Rud., Wilmersdorfer Str. 120. Lampen.
Schreier, Ad., Rixdorf, Bergstr. 145.
Wurmsee, Max Nachf., Invalidenst. 2.

Herren-Artikel

Brochs, J., Müllerstr. 139. 5% Rab.
Brückner, Rich., Frankf. Allee 54.
Hörnig, Otto, Frankfrtr. Allee 49, Petersbg. Str. 68, Warschauer Str. 13.
Krause, Wilh., Ri., Hermannstr. 171.
Littauer, Fr., Frankf. Allee Nr. 184.
Mahnke, Adolf, Rosenthalerstr. 3, Hüte u. Schirme.
Nord-Ost, Gr. Frankf. Str. 120
Rehen, Oscar, Brunnenstr. 60.
Sprengel, A., Wienerstr. 14 B. Admiralstr. 30.
Zelle, Louis, Oranienstr. 191.
Zirker, Max, Stettinerstr. 3.

Herren- u. Knabengard.

Amerikanische Verkaufshallen, Frankf. Allee 186, Rosenthalerstr. 53.
Bergmann, E., Turmstr. 43.
Bier, Julius, Brunnenstr. 146.
Blitz! nur Goltzstr. 36.
Bohn, R., Inv.-Str. 135, Chausseest. 129 streng reell und billig.
Garderobenh. Nordstern, Brunnenstr. 56
Haber, S., Invalidenstr. 112.
Hirsch, J., Hochmeisterstr. 22.
Leske & Slupecki, Schönh. Allee 70a.
Marks, F., Barutherstr. 1, I, kein Laden, daher bill. Preise, Teilzahlung gestattet.
Mahlke, J., Pücklerstr. 35.
Ost, W., Frankf. Allee 117, a. Maß.
Raitzig, Ad., Frankf. Allee 107.
Ringel Sie kaufen reel auch nach Maß. 31. Chausseestr. 31.
Rosner, Max, Schneidermeister, Rixd., Bergst. 30/31, Lager fertig und nach Maß.
Salberg, H., Badstr. 58, fert. u. n. Maß.
Salomon, Jul., Brunnenstr. 36.
Schachmann, Louis, Brunnenstr. 51.
Werner, Erich, Schönhaus. Allee, Am Schönh. Tor. Z. gr. Kleiderm., Brunnenst. 72, Ab. 6%.

Hüte, Mützen u. Pelzw.

Bazar Brunnen, Brunnenstraße 56.
Beiße, Rud., Chausseestr. 65.
Bernstein, Ph., Reinickendorferst. 113
Casper, Ed., Rixdorf, Bergstr. 139.
Cohn, Simon, Goltzstr. 32.
Frentzel, Albert, Rixdorf, Berg.Str. 125.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Hasse, Rich., Kastanien-Allee 86.
Jacob, Oskar, Schönhauser Allee 104.
Krüger, Otto, Müllerstr. 174, Prenzl. Allee 210.
Littauer, Fritz, Frankftr. Allee 184.
Lober, Wilh., Frankf. Allee 193.
Lucht, Paul, gr. Frankf. Str. 109.
Mandel's Hutfabrik, Frankfurter Chaussee 3.
Papist, E., O. 17, Gr. Frankf. Str. 138.
Partal, A., Frankf. Allee 149.
Prager, Hutfabrik, Prenzl. Allee 27.
Rieck, Em., Badstr. 64, Gerichtstr. 63.
Ring, A., Rosenthaler Straße 19.
Schoerr, Herm., Wilmersd. Str. 46.
Vester, E., Kottbuser Damm 18/19.
Wancke, Ernst, Brückenstr. 6a.
Weiner, H., Greifswalderstr. 32.
Zimmer, H., Ri., Hermannstr. 108/109.
Zöllner, Julius, Badstr. 23.

Kaufhäuser

Falkenstein, Paul, Hochstädterstr. 1.

Emil Hoegner
Schöneberg
Grunewaldstr., Ecke Akazienstr.
Vorwärtsleser erhalten dopp. Marken

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe
Siegfried Hirschfeld, Habsburgerst. 7 Ecke Hohenstaufenstr.
Täglich Eingang von Partien zu enorm billigen Preisen.

Kaufhaus Gustav Pinkus
Müllerstr. 165a,
streng reelle Bedien., bill. fest. Preise.

Kaufhaus Gebr. Preuß,
Berl. NW, Beusselstr. Ecke Huttenst. Best. Bezugsqu. f. Dam.-, Kinderkonfektion und Putz. Spezialität: Brautausstattung., Kleiderstoffe, Gard. u. Teppiche. Streng reelle Bedien. Lieferant sämtl. Sparver.

Nelson, Bernh., Amsterdamerstr. 16.
Wilde, J., Lichtenberg, Frankf. Chaussee 140.

Kohlen, Koks, Briketts

Haller, Rich., Prinzen Allee 71. Gerichtstr. 70. Germanstr. 6. Gartenstr. 92.
Loebell, L., Kohlenbahnhof, Wedding.
Siemon, A. R., Kohlenbhf. Wedding.

Kolonialwaren

Barz, Wilh., NO, Weberstr. 9.
Alexander Bischoff.
Gruse, O., Ri., Bergstr. 101.
Hapke, Martin, Gabriel Maxstr. 6
Heinrich, R., Rixdorf, Bergstr. 25/26, Kais.-Friedr.-St. 248.
Hentschel, Otto, Romintenerstr.
Horn, Otto, Ri., Kais.-Friedr.-Str. 230.
Kelm, Max, Köpenickerstr. 21.
Kerker, Willy, Rathenower Str. 94.
Klabes, Ernst, Boxh., Gärtnerstr. 24.
Krüger, Berthold, Turmstr. 74, Oldenb. Str. 16.
Leppert, Fritz, Utrechterstr. 25, Maxstr. 13a.
Lutze, Herm., Koloniestr. 3/4, Schwedenstr. 1a.
Martens, Franz, V. Wismarplatz 1.
Michaelis, Paul, 5 Geschäfte in Nord-Berlin.
Miosch, Adolf, Falkensteinstr. 7 Skalitzerstr. 73.
Pastorino, Gebr., Weißensee.
Plötz, Louis, Brunnenstr. 147.
Runge, Otto, Ri., Hermannstr. 55.
Scheffel, Christian, Warschauerst. 63
Scheffler, Carl, Badstr. 16.
Schirrmacher, R., Andreasstr. 61.
Schlenther, Emil, Huttenstr. 7.
Schmidt, H., Manteuffelstr. 109.
Sprotte, Ewald, Koppenstr. 7.
Wilke O., Ri., Bodest. 23, Eck. Jonasst.

Krankenbedarfsartikel

Fischer, Wilh., ,Swinemünd. St. 116.
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.

Manufakturwaren

Belwe Nchf., Otto, Turmstr. 50. Modehaus.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Grünberg Nachf. M., Petersburgerst. 29 Modewarenhaus.
Hoffmann, M. Ernst, Beusselstr. 27.
Seidel, M., Grüner Weg 45.

Mehlhandlungen

Adler, M., Kolonialw., Frkf. Allee 87.
Bethke, Georg, Muskauerstraße 44.
Rixd., Elbest. 33, Kais.-Friedr.-St. 64.
Treptow, Grätz-Straße 64.
Bordasch G. Ri., Kais.-Friedr.-St. 29.
Doormann, A., Warschauerstr. 76.
Eberlein, Werner, 5 Geschäfte in Nord-Berlin.
Friedländer, V., Frankf. Allee 72.
Gaege, Otto, Charlottenburg.
Grossien, Gebr., Frankf. Allee 188, Neue Schönhst 14
Heerma, H., Ri., Hermannstr. 172.
Heinrich, R., Rixdorf, Bergstr. 25/26, Kais.-Friedr.-St. 248.
Künzel, S. A., Manteuffelstr. 94.
Kurzleben, H., Andreasstr. 4. Kottb. Damm 86.
Schickram, Georg, Frankf. Allee 186.
Schirrmacher, R., Andreasstr. 61.
Stockhammer, F. E., Sparrstr. 17.
Wienecke, O., Rixd., Bergstr. 17. Hohenzollerplatz 5.
Wolf, Max, Brunnenstr. 13.

Möbelmagazine

Balla, Georg, Gubenerstr. 12.
Bauer, R., Landsberger Str. 91a.
Baumgarten, W., gr. Frkfrt. Str. 29.
Berliner Möbelhalle „Norden" Ackerstr. 129. a. Invalidenst. 118.
Blesch, H., Spand., Schönwalderstr. 11.
Belle's Möbeltischl., N Gartenstr. 95, Fabrikpr., koul. Zahlungsbed.
Bollmann, Carl, Ri., Boddinstr. 61.
Buchholz, Paul, Stromstr. 45.
Cohn, E., gr. Frkfrt. Str. 58, coul. Teilzahlung.
Geppert, Paul, Zossenerstr. 32 a. Marheinekeplatz.
Gericke, Fritz, Müllerstr. 145.
Glazeski, P., Neue Königstr. 26. Gelegenheitskäufe i. Alt. u. Neu. 5% R.
Gleiser, A., Alexanderstraße 42.
Gorbahn, Landsbergerstraße 82, kein Laden, ev. Teilz.
Holzhausen, Ad., Brunnenstr. 164.
Hönnicke, Otto, Elsasserstraße 20.
Hopp, Jul., Brunnenstr. 133.
Janitzkow, F., Turmstr. 45, Möbelfabrik.
König, A., Ri., Berlinerstr. 102.
Küchenmöbel, Ri., Berlinerst. 90.
Lachotzki, L., Ri., Hermannstr. 15.
Lazarus, L., Petersburgerstr. 62.
Lennert, Hans, Lothringerstraße 55, Möbelgelegenheitsk.
Lüddecke, R., Ri., Bergstr. 4.
Ludwig, Ernst, Invalidenstr. 18.
Misch Siegmund, Dresdenerst. 16, auch Teilzahlg.
Möbel-Eberhardt, Friedrichstr. 105 a.

Möbel-Gelegenheitskäufe!
Wirtschaften aller Preislagen
Willy Hasemanns Möbel-Haus
Grunewaldstr. 27

Möbel-Kaufhaus, Norden, Müllerstr. 151.

Möbel Krause Möbel
Kastanien-Allee 40, Fabrikgebäude.

Teilzahlung gestattet
Möbel-Rosien, Kastanien-Allee 57.
Möbius, Rudolph, Ackerstr. 130.
Nagott, Ri., Richardplatz 8, Alt, Neu.

J. Ostrowski jr.
Gr. Frankf. Str. 1, am Frankf. Tor
Möbel Spiegel Polsterwaren
gegen Bar- u. Teilzahlung.

Neukirch, Gebr., Langestr. 9. Stralauerstr. 33. Am Molkenmarkt.
Prüssing, Ludw., Gartenstr. 23.
Rehfeld, A., Buttmannst. 20, Gelegenheitskäufe, kompl. Einr. v. 140 M. an.
Rettig, Fr. M., Fennstr. 44.
Schmidt, Otto, Möbelfabrik, Gartenst. 52.
Siebsky W., Gneisenaustraße 18, eig. Tischlerei u. Tapeziererwerkstatt.
Stargard, O., Neue Königst. 29. Geleg.-Käufe g. Bar- u. Teilzahl.
Stoye, Bernh., N 20, Prinzen-Allee 89.
Uhr, Johannes, Grünthalerstr. 68.
Wendland, Ernst, Swinemünder Straße 121. Möbelfabrik — Bar- u. Teilzahlung.
Misch, Wilh., Gr. Frkf. Str. 45/46, auch Teilzahlung.
Zierau, Ernst, NW., Oldenburgerst. 47

Molkereien

„Schweizerhof",
Meierei und Milchkuranstalt, liefert Vollmilch u. Kindermilch z. jed. Tageszeit frei Haus zu d. üblich. Preisen. Zirka 100 Verkaufswagen.

Musikinstrumente

Grunow, A., Frankfurter Allee 150.
Kirst, Rich., Brunnenstr. 45.
Pfeiffers Musikh., Kottb. Damm 99.
Schnötke, Otto, Ri., Richardstr. 115.
Scholz, Paul, Frkf. Allee 73b. Frkf. Chauss. 135.
Schulz, Pietschmann & Co., Brunnenst. 26.

Nähmaschinen

Bellmann, E., Gollnowstr. 23. Waschmaschinen.
Göhre, R., Ri., Berlinerstr. 59 I.
Littauer, Vertr. Wilke, Ri., Berlinerstr. 84, Hermannstr. 59/60.

Optiker

Dase, Paul, N, Müllerstr. 174.
Hochstim, O., Ri., Berlinerstr. 32.
Schubert, Carl, Ri., Bergstr. 148.
Werner, Herm., Pappel-Allee 3—4.

Papier- u. Schreibwaren

Friedrich, O., Ri., Hermannstr. 177.
Seidler, Louis, Ri., Bergstr. 42.

Putz- u. Modewaren

Bless, Paul Ri., Hermannstr. 161 am Bahnhof.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Haase, M., Rixdorf, Bergstr. 1. Spezialität: Putz.
Hannach, Geschw., Rixdorf, Bergstr. 22.
Klahr, H., Reichenbg. Str. 139. Spez. Putz.
Kaufhaus f. Damenputz
Adolf Cohn jr.
Gr. Frankf.-Str. 114, part. u. I. Etage.

Modehaus Wilhelm Metzner
Große Frankfurter Straße 93.
Spezialhaus f. Damenhüte.

Sobeck, F., Spandau, Potsdamerst. 20.
Weiß, Emma, Rixdorf, Bergstr. 132.

Resterhandlungen

Doleschal, H., Koloniestr. 150a.
Schreiber, Berth., Neue Königstr. 35.

Schirme u. Stöcke

Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Linck, Hugo, Bergmannstr. 24.
Niedner, Osk., Brunnenstr. 113.
Scholz, Osw., Ri., Bergstr. 141.

Schuhwaren

Achilles, Aug., Frankf. Allee 186.
Baecker, Adolf, Weidenweg 62.
Baruch, S., Goltzstr. 41.
Behnke, Marienburgerstr. 11. Lf. Kons.
Bornschein, H., Rixdorf, Bergstr. 128.
Conrad, Paul, Frankf. Allee 171.
Fäse, H., Müllerstr. 163a. Lieferant d. Kons.-Genossensch. Berlin u. Umg.
Fiebig, C., Goltzstr. 28, am Winterfeldplatz
Formanowitz, E., Yorkstr. 53 am Bhf.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Hannes, Gust., Am Weddingpl. 1.
Harlozu, Granseerstr. 3, Franseckist. 14.
Heise, Heinr., Badstr. 17. Lieferant der Konsum-Genossenschaft.
Hübner, C., Rosenthalerstr. 13.
Klein, A., Brunnenstr. 179, Gr. Frankf. Str. 141.
Kuhn, Rich., Frankf. Allee 118a.
Michling, A., Weidenweg 20.
Odrowski, F., Kottbuserdamm 102.
Oesterling, O., Grüner Weg 107.
Petersohn, Osk., Müllerstr. 155.
Räsener, Lothringerstr. 66/67, Elsasserstr. 9.
Räsener, Gelegenheitskäufe Brunnenstr. 29.
Salomon, J., Petersburgerstr. 40.
Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.
Schreter, J., Hermannstr. 52, Kottbuserdamm 40.
Schuhh. Max Koh, Belleallianzestr. 95.
Schuhwarenhaus des Westens, Yorkstraße 46
Schüler, Wilh., Schönh. Allee 5.
Sommer, Wilh., N, Schönh. Allee 85.
Tauscher, E., Weißens., Königschauss. 61b.
Tornow, Franz, Tegel, Berlinerst. 1a.
Wegner, R., Rixdorf, Bergstr. 141.
Winter, H., Schönhauser Allee 91.
Zastrow, E., Ri., Berlinerstr. 71/72.
Stoll, Marke Leader, Brunnenstr. 137.

Teppiche u. Gardinen

Frankenstein & Co., Ri., Bergstr. 149.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Mauerhoff, M., Gr. Frankf. Str. 9, pt.

Uhren u. Goldwaren

Arlt, Erwin, Kottb. Damm 29/30.
Arlt, Herm., Manteuffelstr. 114.
Bürger, Jul., Müllerstr. 6.
David, Max, Brunnenstr. 43.
Ebert, Otto, Huttenstraße Nr. 67.
Ellinghausen, Gebr., Grünerweg 48.
Fabian, Max, SO 36, Wienerstr. 25.
Fliegenschmidt, M., Bergmannstr. 9.
Friese, Konrad, Müllerstr. 4.
George, Adolph, Badstr. 65.
Goericke, C., Pücklerstr. 36.
Gromadies, P., Andreasstr. 29.
Kalebusch, W., Frankft. Chaussee 61
Kuhlo, August, Prinzen-Allee 81.
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40.
Lewin, Adolf, Königstr. 43/44.
Linde, Max, Tegel, Berlinerstr. 83.
Lux, Carl, N, Chausseestr. 41.
Mildt, A., Charl., Krummestr. 14.
Nahr, Gust., Gr. Frankfurter Str. 91.
Osterloh, M., Gr. Frankfurt. Str. 133.
Quitzow, Joh., Müllerstr. 1a.
Rapp, Chr., Weißensee, Gust. Adolfstr. 157
Rudolph, H., Rixdorf, Bergstr. 152.
Schrader, Otto, Frankf. Chaussee Nr. 8.
Schulz, Osw., Frankfurter Allee 24.
Schumacher, O., Tegel, Berlinerst. 5a.
Sturm, Erich, Tegel, Berlinerstr. 98.
Ueckermann, G., Landsbergerst. 98 Skalitzerstr. 62.
Rumpmaier, F., Skalitzerstr. 22.
Schönemann, G., Ri., Berlinerstr. 78.
Truss, W., Frankft. Allee 185.
Werner, Herm., Pappel-Allee Nr. 3—4.
Willer, Hans, Rosenthalerstr. 63/64.
Winkler, W., Reinickendorferstr. 23.
Wittig, Ad., Rixdorf, Berlinerstr. 44.
Walter, M., Ri., a. Bahnh., Hermannstr.
Wüsteney, O., Brunnenstr. 108.

Warenhäuser

Brünn, Nachf., Frankf. Allee 194.
Loewenberg & Co., Rigaerstr. 107 am Baltenplatz.
Pinkus, Paul, Simon-Dachstr. 34.

Warenhaus M. Hirsch
Spandau

Weiss, H. & Co. Elsbg. Viktoriapl. 1/2.

A. Weiss & Co. Nachf.
Schöneberg, Hauptstr. 11.

Weine u. Fruchtsäfte

Hugo Beling
Weine · Liköre.
Flaschenverk. zu Engrospreisen.
50 Filialen in Berlin u. Vororten

Bettinger, Eug., Wald-Ecke, Wicklef.
Dennhardt & Schreitze, Brunnenstr. 33
Elle m. Weyle, Likörfabr., Gerichtstr. 18.
Gersch, A., Spandau, Charlottenst. 27.
Großdest. z. gr. Trichter, Lausitz. Pl. 6.
Großd. „Zur Sonne", Paul Freudenberg.
Krüger, Brunnenstr. 123, Kast. Allee 41.
Lenz, Wilh., Feldstr. 9, a. Gartenpl.
Merten, Louis, Belle-Allianzestr. 19.
Nowack, J. A., Weidenweg 33.
Reins Gr.-Dest. Scharrnstr. Ecke [illegible]
Rieß, Fritz, Ri., Hermannsplatz 5.
Schultz, Otto Alb., Frankf. Allee 156, Markusstr. 29.
Schwenay, H., Rosenthalerstr. 37.
Sello, Hermann, Fil. i. allen Stadtteilen
Einzelverkauf zu Engrospreisen.
Ignatz Sello auch Liköre u. Säfte, Brunnenstr. 16 u. Filial. Einzelverk. z. Engrospr.
Springfeld, Eug., Gollnower Str. 24.
Weihe, W., Hermannstr. 169.
Wendig, Herm., Elsasserstr. 11.
Wermuth, Oswald, Kopenhagenerstr. 1.

Weiß-, Wollw., Trikotagen

Boeldicke, Max, Chausseestr. 67, Strpf. u. Trikotagen.
Bredow, Otto, Ri., Hermannstr. 56.
Engel, R., Wienerstr. 33, Ecke Forsterstr.
Graff & Heyn, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Kaufhaus London, Ri., Bergstr. 42.
Klahr, H., Reichenberger Str. 139.
Kaufhaus Levy, F., Ri., Hermannstr. 58.
Pflaume, Gebr., Friedrichstr. 205.
Raehmer, C., Andreasstr. 69.
Tichauer, S., Ri., Hermannstr. 41.

Zahnatel. u. Zahnkünstl.

Berwald, Rixdorf, Zietenstr. 85.
Beyer, R., Rixdorf, Bergstr. 132.
Hellbruch, Herm., Pankstr. 4, gegr. 1873
Jordan, Alfr., Fennstr. 61, gegr. 1888.
Lüdecke, Franz, Greifswalderstr. 31.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Donnerstag, den 28. Oktober, abends präzise 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in **Kellers Festsälen, Koppenstraße 29.**

Tages-Ordnung:

25 Jahre parlamentarische Vertretung.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Fritz Zubeil** und Ansprache des Vertreters des Kreises **Paul Singer.**

Mitgliedsbuch legitimiert.

220/12*

Der Vorstand.

Die Welt ist da für alle
Und für alle gibt's nur eine Welt
Doch für alle ist:

Für alle Welt

das in ganz grossem Stile neu eröffnete

Kaufhaus auf Kredit

zu

Schöneberg, Hauptstrasse 19

direkt am Kaiser-Wilhelm-Platz (dem alten Rathause gegenüber)

Eine nicht zu überbietende Einkaufsquelle aller nur erdenklichen Gebrauchs-Gegenstände auf

aller allerbequemste Teilzahlung

FÜR ALLE WELT führt in der Hauptsache:

Damen-Konfektion Blusen, Paletots, Kostüme, Röcke, Jupons etc. etc. (nur streng moderne Genres),

Herren-Garderobe Anzüge, Paletots, Fracks, Smokings in allen Preislagen und Grössen (auch nach Mass),

Mädchen- und Knaben-Bekleidung

Manufaktur- und Weisswaren — Wäsche.

Teppiche
Betten
Steppdecken
Gardinen
Portieren
Bilder
u. dgl. m.

Pelzwaren
Möbel
(Abgabe einzelner Stücke)
Lieferung vollständiger Wohnungs-Einrichtungen
von der einfachsten bis zur gediegensten bürgerlichen Ausstattung.

Völliges Gleichgewicht trotz Kreditgewährung zwischen **Preisen** und **Qualität** der Waren.

Riesenauswahl in allen Abteilungen.

Bequemste kaum merkbar winzige Abzahlungsbeträge, ganz den Wünschen des Käufers entsprechend. Kulanteste und streng diskrete Handhabung der Kreditgewährung. — Jedermann, ob ledig oder verheiratet, ob Dame oder Herr erhält Kredit.

Bringen Sie beim Kauf diese Annonce gefl. mit.

Für alle Welt

Warenvertrieb auf Teilzahlung G. m. b. H.

Neu eröffnet! | **Schöneberg bei Berlin, Hauptstrasse 19,** am Kaiser-Wilhelmplatz, dem alten Rathause gegenüber. | Neu eröffnet!

Zu verpachten:

Gartenrestaurant mit vorhandener Betriebseinrichtung, Wohnhaus (12 Zimmer, vollständig möbliert), Tanzsaal, Kegelbahn, schöne Lage am Wasser und Wald, gesichertes Geschäft.

Gut empfohlene Reflektanten, welche Kaution stellen können, erhalten Auskunft unter **H. M. Berlin, Postamt 31.**

Oeffentliche Tabakarbeiter-Versammlung

Donnerstag, den 28. Oktober cr., abends 8½ Uhr, bei Wilke, Brunnenstr. 188, Nähe des Rosenthaler Tores.

Tages-Ordnung:

1. Das Elend der Tabakarbeiter nach der Tabak- und Banderolensteuer-Erhöhung und das rigorose Vorgehen namhafter Berliner Zigarettenfabrikanten. Referenten: Die Kollegen Willi Tschauschner, Zigarettenarbeiter, Wilh. Herrmann, Zigarrenarbeiter.
2. Diskussion.

187/14*

Die Vertrauensleute der Berliner Tabakarbeiter.
J. A.: **Wilh. Börner,** Ritterstr. 15.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. | Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3. | Hauptbureau: Hof III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 28. Oktober cr., abends 8½ Uhr:

Versammlung

der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen

im „Dresdener Garten", Dresdener Str. 45.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Max Schütte über: **„Robespierre".**
2. Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

124/13

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Donnerstag, den 28. Oktober, abends 8¼ Uhr, im Volkshause, Rosinenstr. 3:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal 1909. 2. Vortrag über: Freie Fortbildungskurse für Arbeiter. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.

91/1

Die Ortsverwaltung.

Persil

Das kostbarste und vollkommenste **selbsttätige**

Waschmittel

von bisher unerreichter, geradezu wunderbarer **Wasch- und Bleichkraft. Wäscht die Wäsche von selbst** in Viertel- bis einhalbstündigem Kochen, macht sie rein und blendend weiss, frisch und duftig **wie von der Sonne gebleicht!** Reiben, Bürsten, Waschbrett, selbst Seife und Soda sind entbehrlich, daher ganz **enorme Ersparnis an Zeit, Arbeit und Geld.** Garantiert unschädlich bei jeglicher Anwendung. Pakete à 35 und 65 Pfg.

Dixin

Verbessertes, im Gebrauch **billigstes,** unerreichtes **Seifenpulver.** Garantiert unschädlich. Kein Zusatz von Seife und Soda erforderlich! Erleichtert bedeutend das Waschen, da nur leichtes Nachreiben mit Hand oder Maschine nötig. Die Wäsche wird schneeweiss und erhält den frischen Geruch der Rasenbleiche. Paket 25 Pfg.

Henkel's Bleich-Soda

in Verbindung mit Seife, ganz hervorragendes Waschmittel, bester Ersatz für Soda, vorzüglich zum Einsetzen oder Einweichen der Wäsche, zum Reinigen von schmutzigem Küchengeschirr und Holzgeräten etc.

Oben genannte 3 Artikel in allen einschlägigen Geschäften zu erhalten.

Einzige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf.

In allen Drogen-, Kolonialwaren- und Seifengeschäften erhältlich.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: **Joh. Schmalor,** Berlin N., Tieckstraße 11.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Unger, Grunewald. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Vom städtischen Armenwesen.

Die Armendirektion verhandelte in ihrer Sitzung am Montag über die von einer Subkommission zur Reorganisation der gesamten Armenpflege gemachten Vorschläge. Die Kommission hat in sechs Sitzungen ihre schwierige Aufgabe zu bewältigen versucht. Die Veranlassung zur Einsetzung dieser Kommission ist zum nicht unerheblichen Teile den Angriffen des „Vorwärts" auf die Zustände in unserer Armenverwaltung zu verdanken.

Die Beratungen erstreckten sich auf die allgemeinen Fragen der Organisation unserer Armenverwaltung und auf die pflegerischen Grundsätze, die von den Armenkommissionen in der Praxis zu befolgen sind.

Ausgangspunkt dieser Beratungen bildete die auch unter den in der armenpflegerischen Praxis als Kreisvorsteher stehenden Kommissionsmitgliedern gesammelte Erfahrung, daß unsere Armenpflege eine Reihe von Mängeln aufweist, die eine baldige und energische Abhilfe erheischen. Insbesondere wurde im Laufe der Beratungen von den verschiedensten Seiten erklärt, daß bei aller Anerkennung der Tätigkeit unserer Armenpfleger vielfach ein geringer Zusammenhang zwischen ihnen und den Hilfsbedürftigen bestehe, eine Erscheinung, die in den großstädtischen Verhältnissen begründet sei.

Von einzelnen Fragen gelangten die folgenden zur Erörterung:

1. Die Frage einer Neueinteilung und Teilung der Armenkommissionsbezirke — insbesondere ihr Verhältnis zu den Stadtbezirken und deren Neueinteilung, sowie die Aufstellung eines Prinzips für die Teilung der Armenkommissionsbezirke;

2. die Grundsätze für eine zweckmäßige Besetzung der Armenkommissionen nach Zahl der Pfleger und der ihnen überwiesenen Pflegefälle, sowie die Frage der Verpflichtung der Pfleger, im Kommissionsbezirke zu wohnen;

3. die Beschäftigung von Frauen in der öffentlichen Armenpflege;

4. die Kontrolle über die Angemessenheit der von den Kommissionsvorstehern bereit zu stellenden Sprechzimmer;

5. den Zeitpunkt der Abhaltung von Kreisversammlungen;

6. die Einstellung von Berufsbeamten in die Armenpflege:

7. die Heranziehung Unterhaltungspflichtiger durch die Armendirektion auf Anregung von Kommissionen;

8. die Auszahlung des Pflegegeldes; Ort der Zahlung;

9. die Aufstellung eines Existenzminimums von Unterstützungssätzen;

10. die Belehrung der Armenpfleger.

Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

I. Beschlüsse, die der Zustimmung des Magistrats und der Stadtverordneten bedürfen:

1. Nach dem Antrage des Vorsitzenden beim Magistrat zu beantragen, der Armendirektion eine eigene Abgrenzung der Kommissionsbezirke unabhängig von den Stadtbezirken und historischen Stadtteilen nur nach ihren eigenen Bedürfnissen zu gestatten, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Gemeindebehörden.

2. § 4 der Geschäftsanweisung vom April 1902/1909 betreffend die offene Armenpflege dahin abzuändern, daß die Wohnpflicht der Kommissionsmitglieder dahin erweitert werde, daß grundsätzlich auch Personen, die in einem nächstangrenzenden Bezirke wohnen, zu Mitgliedern einer Armenkommission gewählt werden dürfen.

II. Beschlüsse, die dem Plenum der Armendirektion zu unterbreiten sind.

1. Die Armendirektion soll die Frage der Teilung einer Kommission von Amts wegen prüfen, sobald der eiserne Bestand den Betrag von 2500 M. eine gewisse Zahl von Monaten (6) überschritten oder sobald mehr als 125 laufende Unterstützungsfälle (Almosen und Pflegegeld) von der Kommission zu bearbeiten wären.

2. Die Höchstzahl der von jedem Pfleger zu bearbeitenden laufenden Fälle (Almosen-, Pflegegeldempfänger) wird auf 10 festgesetzt. Bei Ueberschreitung dieser Zahl ist von Amtswegen die Notwendigkeit der Vermehrung der Pflegerzahl, der Teilung oder sonstiger organisatorischer Maßregeln zu prüfen.

3. Den Frauenorganisationen soll mitgeteilt werden, daß lediglich durch recherchierende Stadtverordneten Wahlvorschläge für Pflegerinnen entgegen genommen würden, nicht durch die Armendirektion.

4. Es soll an Magistrat und Stadtverordnete ein Bericht über die Sachlage hinsichtlich der Beschäftigung von Frauen in der Armenpflege erstattet und beide Körperschaften ersucht werden, den Beschlüssen der städtischen Behörden betreffend die Wahl von Armenpflegerinnen Geltung zu verschaffen. Jeder Kommission sollen mindestens zwei Frauen angehören.

5. Im Anschluß an den Antrag auf Erhöhung der Entschädigung der Vorsteher für das Sprechzimmer soll die Beschaffenheit der Räumlichkeiten geprüft werden. Die Kreisvorsteher sollen sich über die Beschaffenheit unterrichten und hierüber der Armendirektion berichten.

6. Die Kommissionssitzungen sollen bis zum 25. jeden Monats abgehalten werden und die Kreisversammlungen noch vor Monatsschluß stattfinden.

7. Es besteht Einverständnis, daß der Vorsitzende nach Bedarf Bureaubeamte zur Anstellung von Recherchen an Ort und Stelle verwendet.

8. Die Dezernenten und Expedienten sind zu veranlassen über Stand und Ergebnis sowie auch von der Unmöglichkeit der Heranziehung Alimentationspflichtiger die Kommissionen zu benachrichtigen.

9. Die Armenkommissionsvorsteher sollen nochmals veranlaßt werden, den Pflegern bestimmte Unterstützungsbedürftige zuzuweisen. Zu der armenpflegerischen Tätigkeit gehört nicht allein die Beobachtung der häuslichen Verhältnisse der Armen, sondern auch die Auszahlung der Almosen, Extraunterstützungen und Pflegegelder an ein- und dieselbe Familie. Ausgeschlossen soll nicht sein, daß Pfleger die Auszahlung in einer Schule oder sonstigen städtischen Gebäude vornimmt, falls dringende Hinderungsgründe der Zahlung in der Wohnung des Pflegers oder des Pflegebefohlenen entgegenstehen.

Ein weiterer Antrag unserer in der Subkommission vertretenen Genossen, bestimmte Mindestsätze für unterstützungsbedürftige Männer, Frauen und Kinder festzusetzen, wie das namentlich in süddeutschen Städten bereits der Fall ist, gelangte leider nicht zur Annahme. Man befürchtete jedenfalls, daß dann die jetzt gewährten Sätze als viel zu gering betrachtet werden müßten.

Zu lebhaften Debatten führte noch die Frage der Erhöhung der Entschädigung für die Sprechzimmer der Vorsteher. Die Klagen, daß in bezug auf die Sprechzimmer viel zu wünschen bliebe und daß die Veröffentlichungen des „Vorwärts" berechtigte waren, wurde zugegeben, nur sei es sehr schwer, eine Lösung zu finden. Beschlossen wurde, daß die Kreisvorsteher im kommenden Winter eine Besichtigung der Sprechzimmer vornehmen und über ihre Wahrnehmungen Bericht an die Direktion erstatten sollen.

Vertagt wurde ein Antrag, nach welchem es dem Leiter der Armendirektion gestattet sein soll, durch besondere Beamte Recherchen bei Unterstützungsbedürftigen, ohne Rücksicht auf die Kommissionen anstellen zu lassen. Es sollen erst die Erfahrungen anderer Gemeinden eingeholt werden. In der Debatte zeigte es sich, daß man ja alles vermeiden möchte, wodurch sich die Kommissionsvorsteher beleidigt fühlen könnten. Daß aber die Beschwerden der Abgewiesenen oder zu gering Unterstützten bei dem jetzigen Verfahren monatelang unerledigt bleiben, wurde außer acht gelassen. Vier Wochen dauert es bevor die Kreisversammlung gesprochen — hier sitzen die Kommissionsvorsteher über die Beschwerden selber zu Gericht — weitere vier Wochen bevor die Armendirektion spricht; daß während dieser Zeit, Hunger und Elend, oftmals Obdachlosigkeit eintritt, was schert das die Armenverwaltung, der Bureaukratismus muß weiter aufrecht erhalten werden.

Es ist zunächst zu bedauern, daß der Antrag abgelehnt wurde, dem Leiter unseres Armenwesens die Befugnis zu erteilen, durch besondere Beamte Recherchen ohne Rücksicht auf die Kommissionen bei Unterstützungsbedürftigen anstellen zu lassen. Wir halten gerade diese Einrichtung für unbedingt erforderlich, wenn der Leiter der Armendirektion sein Amt ausüben soll. Wir meinen aber auch, daß der Leiter der Zustimmung der Armendirektion in diesem Falle erst gar nicht bedürfte; er hat unseres Erachtens schon heute nicht nur das Recht, sondern als verantwortliche Person sogar die Pflicht, in den ihm geeignet erscheinenden Fällen, in dringenden Notfällen oder Beschwerdefällen sofort selbst Recherchen anzustellen, um helfend eingreifen zu können.

In dem Ergebnis der Beratungen vermissen wir auch Anordnungen, schnelle Hilfe zu bringen. Es geht nicht an, Hilfesuchende auf die Kommissionssitzungen am 25. zu vertrösten, wie das heute vielfach geschieht. Hier hat Charlottenburg vorbildlich gewirkt.

Wir halten auch dafür, daß die von den Kommissionen zu gewährenden Maximalsätze erhöht werden müßten und die Kommissionen nicht erst deshalb an den Armenkreis gehen müssen, dieser verknöchertsten Einrichtung unseres Armenwesens. Trotzdem erkennen wir an, daß die gefaßten Beschlüsse einen Fortschritt bringen können, wenn sie in verständiger Weise angewendet werden. Daran fehlt es vielfach. Wir haben leider keine soziale Armenpflege, wie das auch in den Verhandlungen ausdrücklich betont wurde, sondern eine Armenpflege, die von kleinlichen, engherzigen, fiskalischen Gesichtspunkten betrieben wird. Auf den Geist, der unser Armenwesen durchweht, kommt sehr viel an.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Sonntag, den 31. Oktober, nachmittags 2 Uhr: **Uraniavorstellung.** Zur Aufführung gelangt ein neuer Vortrag mit Lichtbildern: „In den Dolomiten". Billetts a 60 Pf. inkl. Garderobe sind noch bei den Abteilungsführern und beim Kassierer G. Schmidt, Kirchbachstr. 14, zu haben.

Ferner findet am Sonntag, den 31. Oktober, früh 8 Uhr, für den 5. und 8. Kommunalwahlbezirk eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen der 7. und 8. Abteilung gehen nach den Stellen, wo sie beim vorigen Male geholfen haben, und diejenigen Genossen, welche noch nicht eingeteilt sind, kommen zu Wiemers, Bülowstr. 58. Parteigenossen, an die Arbeit!

Der Vorstand.

Rixdorf. Am Montag, den 1. November, abends 8½ Uhr, beginnt in Hoppes Festsälen, Hermannstr. 49 (großer Saal), der Vortragszyklus des Genossen Julian Borchardt über: „Die Grundbegriffe des wissenschaftlichen Sozialismus." Derselbe erstreckt sich auf fünf Abende und zwar Montags, am 1., 8., 15., 22. und 29. November. Die Themen der einzelnen abgeschlossenen Vorträge lauten: 1. Die heutigen sozialen Zustände und deren Ursachen. 2. Woher kommt der Profit. 3. Entstehen und Vergehen der kapitalistischen Gesellschaft. 4. Der historische Materialismus. 5. Unsere Gegenwartsforderungen. Der Zukunftsstaat. Die Eintrittskarte zu diesem Kursus kostet 50 Pf., sie berechtigt für alle fünf Abende und ist bei den Funktionären und in der Parteispedition Neckarstr. 2 erhältlich. In Anbetracht dieser überaus wichtigen Vorträge sollte kein Gewerkschafts- und Parteimitglied verabsäumen, sein Wissen zu bereichern.

Der Bildungsausschuß.

Friedenau. Heute Mittwoch, abends 8½ Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins bei Schellhase, Steglitz, Ahornstraße 15a. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag des Genossen Kubig-Pankow: „Rückblick auf die letzten politischen Ereignisse." Berichte. Anträge und Verschiedenes. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Heute abend 8½ Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Restaurant der Witwe Lerche, Friedrichstr. 112. Vortrag des Genossen Wissel über „Patriotismus und Internationalismus".

Mahlsdorf (Ostbahn). Am Sonnabend, den 30. d. Mts., abends 8½ Uhr, findet im Lokal des Herrn Linke, Grunowstraße, eine Versammlung des Wahlvereins für unseren Bezirk statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht vom Parteitag in Leipzig. Berichterstatter Genosse Brühl-Lichtenberg. 2. Vierteljahrsbericht. 3. Verschiedenes. Wir erwarten, daß sämtliche Genossen und Genossinnen pünktlich zu dieser Versammlung erscheinen.

Diejenigen Genossen und Genossinnen, welche am 1. Oktober in Mahlsdorf, Kaulsdorf oder Hoppegarten zugezogen sind, werden ersucht, sich im Wahlverein anzumelden und zwar bei Fr. Käming, Mahlsdorf, Wagnerstr. 7 I, O. Schulz, Mahlsdorf, Vogtstr. 11, oder H. Schmidt, Kaulsdorf, Adolfstr. 28.

Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

„Kirchenpleite."

„Pleite machen" ist ein Pech, das manchem Geschäftsmann widerfährt. Wer wird es wagen wollen, den immerhin etwas anrüchigen Ausdruck auch auf einen Mißerfolg der Bestrebungen der Kirche zu übertragen? Diese Neuerung findet sich in einem hiesigen Blatt, das einer Notiz über mangelhafte Beteiligung am Gottesdienst die Ueberschrift „Berliner Kirchenpleite" gegeben hat.

Unfromme werden nicht wenig überrascht sein, zu hören, daß die Zeitung, die eines solchen Witzes sich erkühnt hat, eine stockfromme ist. Wir verdanken diese Bereicherung des deutschen Sprachschatzes einem Blättchen, das den Pastoren dient und von Pastoren bedient wird: dem ehemals Stöckerschen „Reich". Es steht da zu lesen (in Nr. 251 vom 26. Oktober):

„Berliner Kirchenpleite. Wie wir in Erfahrung gebracht haben, hatte am Sonntag, den 24. Oktober, die Stephanuskirche anläßlich ihres Vormittagsgottesdienstes 12 Besucher aufzuweisen: 3 Männer, 7 Frauen und 2 Kinder. Der Küster verkündete, als der Vormittagsgottesdienst eröffnet werden sollte: **Der Gottesdienst fällt wegen mangelhafter Beteiligung aus.**"

Die Stephanuskirche liegt auf dem Gesundbrunnen, in der Prinzenallee. Daß in einer solchen Stadtgegend, die hauptsächlich von Arbeitern bewohnt ist, ein Pastor den Gottesdienst „wegen mangelhafter Beteiligung" habe ausfallen lassen, will uns eigentlich nicht recht glaubhaft erscheinen. Schwerlich werden da die Verkünder des Gotteswortes so verwöhnt sein, daß sie ein Häuflein von wohlgezählten zwölf Besuchern für gar zu winzig halten. Wir vermuten, daß in Berlin schon mancher Pastor froh war, wenn immer noch zwölf zu seinen Füßen saßen und ihm zuhören wollten. Indes, das stockfromme „Reich" muß es ja wissen, und es wird jene Nachricht nicht ungeprüft der Oeffentlichkeit übergeben haben. Der Satz: „Der Gottesdienst fällt wegen mangelhafter Beteiligung aus", ist in dem Blättchen durch Fettdruck noch besonders hervorgehoben worden.

Wäre eine derartige Notiz durch den „Vorwärts" veröffentlicht worden, so hätte die Pastorenpresse sicherlich das alles unbesehen für eine „schamlose Lüge" erklärt, die von Sozialdemokraten erfunden worden sei, um wieder mal „die Kirche zu verunglimpfen". Hätten gar wir uns den Witz von der „Kirchenpleite" geleistet, so wäre wahrscheinlich bei den Frommen und Frömmsten ein Zetergeschrei losgebrochen, das den Zorn des Himmels auf die sozialdemokratischen „Lästerer der Kirche" herabgefleht hätte. Mancher wird verwundert den Kopf dazu schütteln, daß jetzt schon die Pastorenpresse selber die Erfolglosigkeit der Bemühungen der Kirche festnagelt und es sogar für passend hält, darüber zu witzeln. Den Grund dieser allerdings befremdlichen Handlungsweise erfahren wir aus dem Schluß der Notiz über die Stephanusgemeinde, der folgendermaßen lautet:

„Zur weiteren Kenntnis sei angefügt, daß der Gemeindekirchenrat wie auch sämtliche drei Pastoren der liberalen Richtung angehören. Liberale Kirchenpleite! Ihr positiven Wähler heraus!"

Vor den Kirchenwahlen sind den Anhängern des Kirchen-Liberalismus in ihrem Kampf gegen die Orthodoxie alle Mittel recht, und schon manchem Vertreter der orthodoxen Frömmigkeit ist es übel genug ergangen. Man sieht aber hier, daß auch die Strengstgläubigen gar nicht zimperlich sind, wenn es gilt, ihre Brüder vom minderstrengen Glauben zu bekämpfen. Von dem Arbeiter fordern diese Kirchenstützen, die liberalen wie die orthodoxen, daß er der Kirche und ihren Pastoren die Achtung nicht versage, auch wenn er ungläubig ist. Wie aber sie selber über die Kirche und ihre Pastoren denken, das lassen sie uns merken, so oft sie gegeneinander um das Vorrecht ringen, jeder auf seine Art „dem Volke die Religion erhalten" zu dürfen.

Uns kann's nur lieb sein, daß diese feindlichen Brüder beide der Wahrheit und der Aufklärung dienen. Sie tun das, indem sie bei ihren Versuchen, einer dem anderen möglichst unsanft die Maske vom Gesicht zu reißen, ungewollt sich selber demaskieren.

Die letzten Farben.

Während draußen alles vergilbt und verdorrt, durchstreift der Ringbahnzug von Zeit zu Zeit noch farbig bunte Flecke, die Laubenkolonien. Der Drang des Städters nach einem Fleckchen Land, der diese Kolonien geschaffen hat, manifestiert sich auch in der Farbenfreudigkeit, die sie gerade jetzt wieder, kurz vor Toresschluß, noch zeigen. So ziemlich alle Farben des Regenbogens sind vertreten.

Die meisten Sonnenblumen sind verblüht und bräunlich schimmern die reifen, oft schon entleerten Köpfe. Daneben aber stehen ebenso hohe Büsche einer verwandten Pflanze. Ihre Blätter sind mehr eingeschnitten, die Stengel schlanker, die in Menge vereinten hochgelben Blüten kleiner. Es sind Einwanderer aus Nordamerika. Der wissenschaftliche Name (Rudbeckia) hat noch keine bekannte Verdeutschung gefunden. Weit niedriger sind die bläulich schimmernden Asternbüsche, die mit zahllosen Blüten übersät sind. Auch diese Pflanzenfamilie entstammt dem genannten Lande, das weit mehr stattliche, im Herbste blühende Pflanzen aufzuweisen hat, als wir. Ein Fremdling ist auch die Dahlie, die ihre Gartenformen aber erst auf europäischem Boden erlangt hat. Ihre weißen und roten Blüten bringen eine weitere Abwechselung in das Gelände. Dazwischen erstrecken sich grüne Beete mit den Ueberbleibseln irgendwelcher Gemüse, und blaue Kohlköpfe machen sich breit. Die breiten grünen Blätter der Kürbisse und Gurken lassen ihre ansehnlichen Früchte durchschimmern und selbst verspätete gelbe Blumen dieser nützlichen Gewächse lugen unter den Blättern heraus. Von den dicht umrankten Lauben leuchtet die braunrote Farbe des Herbstes, und über ihnen flattern die bunten Wimpel.

Es sind vielleicht keine künstlerischen Farbensymphonien, die sich so dem Auge des Vorüberfahrenden darbieten. Aber was fragen wir jetzt danach, wo die Farben des Sommers entschwunden sind? Dankbar ruht unser Auge auf diesen Blumen, die die Laubenkolonien in einen fast zigeunerartig bunten Aufputz hüllen. Es ist der letzte Gruß, ehe das Weiß des Winters alle diese Farben in sich vereinigen und dem Boden wiedergeben wird, der sie alle mischen und übers Jahr neue erstehen lassen wird.

Vom Schlendrian im städtischen Steuerbureau.

In unserem städtischen Steuerbureau müssen sonderbare Zustände herrschen. An der Hand von zahlreichen Beispielen haben wir schon nachgewiesen, wie fehlerhaft die Listen sind, die vom Steuerbureau den Kirchengemeinden zwecks Einschätzung zur Kirchensteuer übermittelt werden. Wenn auch ein Teil der Fehler auf die Kirchengemeinden zu setzen ist, so bleiben doch noch viele Fehler übrig, die auf das Konto des Steuerbureaus kommen. Dieser Tage wurde uns folgender kaum glaubliche Fall unterbreitet. Ein in der Admiralstraße wohnender Gürtler D. war in die Steuereinschätzungskommission gewählt worden. Seine Wahl wurde aber beanstandet, weil er nach Auskunft des Steuerbureaus im Jahre 1909 keine Steuern gezahlt habe, also nicht wählbar sei. Diese Auskunft ist nun falsch. Uns haben die Steuerquittungen von diesem Jahre für alle drei Quartale vorgelegen und man frägt sich: Wie ist es möglich, daß eine derartige Auskunft gegeben werden kann? Wenn solche Vorkommnisse einen Schluß zulassen, so doch nur den, daß in unseren städtischen Steuerbureaus nicht mit der Gewissenhaftigkeit verfahren wird, wie man sie unbedingt verlangen muß.

Von der „Rücksichtnahme" unserer Steuerverwaltung weiß mancher Arbeiter ein Lied zu singen. Ein Arbeiter, der mit 31 M. Staatseinkommensteuer eingeschätzt ist, war infolge Arbeitslosigkeit in Steuerrückstand gekommen und richtete an die Steuerdeputation ein Gesuch, die aufgelaufenen 25,84 M. Steuern abzahlen zu dürfen. Als Antwort erhielt er die Mitteilung, daß ihm folgende Teilzahlungen bewilligt worden sind: 10,84 M. am 4. Oktober, 8,40 M. am 18. Oktober und 8 M. am 1. November. Wieso noch 90 Pf. mehr verlangt werden, ist dem Antragsteller nicht klar geworden. Diese Antwort zeugt von einer außerordentlichen „Rücksichtnahme". Der Arbeiter, der drei Kinder ernähren und auch am Ersten seine Miete zahlen muß, soll den Betrag von 26 M. in einem Monat zahlen, ein Entgegenkommen, das unserer Steuerverwaltung sehr ähnlich sieht!

Mißstand in der Badeanstalt. Ein Leser schreibt uns: Seit längerer Zeit schon Besucher der städtischen Badeanstalt in der Bärwaldstraße, ist mir und vielleicht auch anderen Lesern dieses Blattes ein Uebelstand aufgefallen, der leicht zu einem ernsten Unfall führen könnte. Es führen da nämlich zwei hölzerne Treppen zu den Ankleideräumen empor. Bei starkem Andrang des Sonnabends und Sonntags werden die Treppen furchtbar naß, daß es geradezu ein Kunststück ist, dieselben barfuß ohne Lebensgefahr auf und ab zu passieren. So hatte ich am Sonnabend das Pech, auf der Treppe auszurutschen und hinabzustürzen. Glücklicherweise kam ich mit einigen Hautabschürfungen davon, doch hätte die Sache auch gefährlicher werden können. Die ganze Beseitigung dieses Uebelstandes liegt nun darin, diese Treppen mit Kokosläufern zu belegen. Ob dies der Verwaltung nun zu teuer ist, oder ob es vielleicht noch nicht aufgefallen ist? Vielleicht wartet sie solange, bis wirklich mal ein ernster Unfall passiert. Gewöhnlich wird der Brunnen erst dann zugedeckt, wenn das Kind hineingefallen ist.

Freifahrkarten für Eisenbahnarbeiter. Vor einiger Zeit war an dieser Stelle bengalisch beleuchtet worden, daß der Grundbesitzerverein der östlichen Stralauer Vorstadt bei der Eisenbahndirektion Berlin dahin vorstellig geworden war, allen denjenigen Eisenbahnarbeitern, welche ihre Wohnung von Berlin nach den Vororten verlegen, die Vergünstigung freier Eisenbahnfahrt zu entziehen. Der Grund dieser menschenfreundlichen Uebung war natürlich, die eigene Tasche zu füllen. Die Eisenbahnarbeiter sollten dadurch gezwungen werden, in Berlin wohnen zu bleiben. Verständigerweise hat die Eisenbahndirektion das Ansinnen des Hausagrariervereins glatt abgelehnt. Die in ihre Schranken gewiesenen Antragsteller sind indes dreist genug gewesen, sich höheren Orts über den erteilten ablehnenden Bescheid zu beschweren. Die Antwort steht noch aus, dürfte aber wohl kaum im Sinne der Hausbesitzer ausfallen.

Hierzu wird uns nun, um irrtümlicher Auffassung von besonderer Arbeiterbegünstigung vorzubeugen, mitgeteilt, daß die Eisenbahnarbeiter überhaupt nicht vollständig freie Eisenbahn fahrt nach den Vororten genießen. Vielmehr erstreckt sich das Recht der Freifahrt nur auf zwei Stationen. Da die Stationen gerade in der Nähe der Weichbildgrenze, das heißt über dieselbe hinaus, sich in sehr kurzen Zwischenräumen folgen, müssen zahlreiche Eisenbahnarbeiter, die in entfernteren Vororten wohnen, schon immer die Hälfte des Fahrgeldes oder noch mehr aus eigener Tasche zahlen. Um so schärfer ist das eigensüchtige Vorgehen der Hausbesitzer, welche auch die jetzige geringe Vergünstigung hintertreiben wollen, zu verurteilen. Selbst solche bürgerlichen Blätter, die sonst für Arbeiter sich nicht sonderlich erwärmen, haben den kleinlichen Standpunkt der Hauseigentümer getadelt.

Von der Findigkeit der Post. Neulich brachte eine hiesige Zeitung die Nachricht, daß die Post eine Sendung ohne Adresse, aber mit dem Bilde des Adressaten versehen, an die richtige Adresse bestellt haben soll. Wenn die Sache wahr sein sollte, so wäre die Geschichte in der Tat ein Beweis für die Findigkeit der Post. Aber es gibt auch Gegenstücke. Uns liegt eine Karte vor, die eine Familie in der Großgörschenstraße an eine andere in der Schulstraße gerichtet hat. Diese Karte trägt den Abgangsstempel Berlin 22. 5. 08 und ist am 17. Oktober 1909 den Adressaten behändigt worden, hat also von der Großgörschenstraße bis zur Schulstraße 17 Monate gebraucht. Bemerkenswert ist, daß der Adressat seit zwei Jahren in dem auf der Adresse genau angegebenen Hause wohnt, also schon vor 17 Monaten gefunden werden konnte. Sonderbar ist noch, daß die Karte auch nicht dem Absender zurückgegeben worden ist, obwohl dessen Adresse genau angegeben war. Wo mag die Karte in der langen Zeit gesteckt haben?

Fünf Personen bei einer Explosion verletzt.

In den Lichtwerken G. m. b. H., Frankfurter Allee 117, explodierte gestern nachmittag 4 Uhr ein mit Wasserstoffgas gefüllter Kessel unter gewaltiger Detonation. Die Bewohner der umliegenden Häuser eilten auf die Straße und forschten nach der Ursache. Bald fuhren auch zwei Löschzüge der Feuerwehr und zwei Krankenwagen vor und nun erfuhr man, daß in den Lichtwerken eine Explosion erfolgt sei. Ein im zweiten Stock des rechten Seitenflügels aufgestellter Kessel für Wasserstoffgas hatte jedenfalls starken Ueberdruck erhalten, dem seine Wandung nicht gewachsen war. Der Kessel explodierte, und der dadurch erzeugte Luftdruck riß eine Rabitzwand um und zerstörte alle Fensterscheiben des Fabrikraumes. Glücklicherweise hatten die Arbeiter gerade Vesperzeit, so daß die größte Zahl von ihnen sich in einem Nebenraume befand. Ein Arbeiter wurde von der eingedrückten Wand getroffen und erlitt eine stark blutende Kopfwunde. Einem zweiten wurden durch Glassplitter drei Finger aufgerissen. Drei Arbeiterinnen wurden ebenfalls von Glassplittern am Halse und an den Armen getroffen. Auf der Unfallstation in der Warschauer Straße erhielten die Verletzten Verbände. Die Verwundungen sind nicht lebensgefährlich. Mehrere Arbeiterinnen haben noch einen Nervenchoc davongetragen. Die Feuerwehr trat nicht in Tätigkeit.

Die Akademischen Unterrichtskurse für Arbeiter (E. V.) veranstalten am Freitag, den 29. Oktober, im großen Saale des Zentralarbeitsnachweises, Gormannstr. 13, eine allgemeine Hörerversammlung, in der Herr Erich Kuttner, Charlottenburg, über das Thema: „Student und Arbeiter" referieren wird. Daselbst werden auch noch Anmeldungen für das Wintersemester (50 Pf. pro Halbjahrkursus) entgegengenommen. Jedermann ist als Teilnehmer willkommen.

Feuerwehrbericht. In der Nacht zum Dienstag hatte die Feuerwehr in der Greifswalder Str. 154 zu tun. Dort brannten um Mitternacht Schränke, der Fußboden, alter Hausrat und anderes. Nachts um 2 Uhr wurde der 12. Zug nach der Kurfürstenstr. 33 alarmiert. Ein brennender Koksofen war die Ursache. Früh um 4 Uhr stand in der Tegeler Str. 33 ein Keller in Flammen; Preßkohlen hatten sich dort entzündet. Lumpen wurden in der Meyerbeerstraße 9 ein Raub der Flammen. In der Kieler Str. 3 brannten in einer Küche Gardinen, eine Markise und anderes, und in der Waldemarstr. 4 in einem Produktengeschäft Papier usw. Wegen eines Wasserrohrbruchs rückte der 17. Zug nach der Bessellstr. 2 aus; die Gefahr konnte bald beseitigt werden. Weitere Alarme liefen aus der Gerichtstr. 72 und anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Von der Wahlbewegung zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen ist, obwohl uns kaum noch 14 Tage vom Wahltermin trennen, unter den bürgerlichen Parteien wenig zu spüren. Der Grund dafür ist hauptsächlich darin zu erblicken, daß die Gegner, die sich früher so heftig befehdet haben, in diesem Jahre einen Block gegen die Sozialdemokratie bilden. „Liberale" aller Schattierungen haben sich mit Stockkonservativen verbunden, Beamte, Lehrer und Hausagrarier bilden das Anhängsel des Blockes, und auch der freisinnige Arbeiterverein gibt sich dazu her, seinen Klassengenossen in den Rücken zu fallen. In der Aufstellung der Kandidaten für die dritte Abteilung ist der Block nach bestimmten Grundsätzen vorgegangen: in Bezirken, wo verhältnismäßig viel Beamte oder Lehrer wohnen, kandidieren Beamte bezw. Lehrer, deren Stimmabgabe natürlich sorgsam kontrolliert wird, wo die Arbeiterschaft überwiegt, hat der Block einen Arbeiter als Kandidaten aufgestellt, um die Wähler irrezuführen. Kurz und gut, der Neid muß es dieser Gesellschaft lassen, sie hat alles getan, um das System der öffentlichen Stimmabgabe in ihrem Interesse auszunutzen. Die Agitation wird durch Presse und Flugblätter so gut wie gar nicht betrieben, alles wird im geheimen gemacht.

Für die Sozialdemokratie steht diesmal viel auf dem Spiele. Nicht weniger als sieben von ihren zwölf Vertretern, also mehr als die Hälfte scheiden aus dem Stadtparlament aus. An die Stelle der Ausscheidenden wieder Sozialdemokraten zu wählen, zu verhindern, daß ein der Sozialdemokratie gehörender Sitz verloren geht, ist eine Ehrenpflicht, der sich kein klassenbewußter Arbeiter entziehen darf. Wohl ist in Charlottenburg, der Stadt der Millionäre und der Beamten, der Kampf für die Arbeiter weit schwerer als in Berlin oder den östlichen, südlichen und nördlichen Vororten, aber wie die Erfahrungen früherer Jahre bewiesen haben, sind bei angestrengter Arbeit sehr wohl Erfolge zu erringen.

Allerdings darf nicht verschwiegen werden, daß die Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen im Jahre 1907 gegenüber den vorletzten Wahlen nur etwa um 1000 Stimmen zugenommen hatte, die fast alle auf die ersten drei Bezirke entfallen, während einige Bezirke sogar einen Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen aufwiesen. Nur 19,5 Proz. der eingeschriebenen Wähler Charlottenburgs haben im Jahre 1907 sozialdemokratisch gewählt. So darf es nicht wieder sein. Diese Lauheit muß weichen. Mann für Mann müssen die Anhänger der Sozialdemokratie zur Wahl gehen, damit der Plan unserer Gegner, die Vertreter der Arbeiterklasse aus dem Parlament zu entfernen, zu schanden wird. Und wenn jeder organisierte Arbeiter seine Schuldigkeit tut, wenn jeder ein Agitator im kleinen ist, wird uns der Sieg zufallen. Die Situation ist günstig; sie richtig auszunutzen ist die Aufgabe der Charlottenburger Arbeiterklasse.

Rixdorf.

Ueber die Einweihung des neuen städtischen Krankenhauses wird uns noch folgendes geschrieben: An dem schönen stimmungsvollen Vortragssaal waren neben den Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung eine Anzahl Ehrengäste anwesend. Der Kultusminister und der Minister des Innern hatten die Einladungen mit „Rücksichten auf die Geschäftslage" ihrer Ressorts abgelehnt; man scheint dort also auch Sontags zu arbeiten. Die Feier wurde vom Oberbürgermeister Kaiser mit einer Rede eingeleitet, welche zunächst die geschichtliche Entwickelung des neuen Hauses behandelte und schließlich die Errichtung desselben als einen weiteren Markstein auf dem Wege zur Selbständigkeit der jungen Großstadt Rixdorf feierte. Eine anschließende Glückwunschrede des Regierungspräsidenten v. d. Schulenburg endete damit, daß einigen Rixdorfern der gewiß schon lang ersehnte Vogel ins Knopfloch flog. Hierbei trat wieder einmal charakteristisch der Ordenshumbug zutage. Abgesehen vom Chefarzt des neuen Krankenhauses, Professor Sultan, den man mit dem Roten Adler vierter Güte beglückte, ist bei den sonstigen „Dekorierten" mit dem besten Willen kein Verdienst um die neue Anstalt zu entdecken; im Gegenteil: es sind Leute darunter, wie die Stadtverordneten Nitschke und Rahmig (!), die stets bei Kulturwerken und besonders auch während des jahrelangen, von unseren Genossen im Rathause eingeleiteten Kampfes um die Schaffung eines großstädtischen Krankenhauses als die schlimmsten Gegner hervortraten. Vielleicht geht man nicht fehl mit der Annahme, daß es sich um verspäteten Lohn für den Wahlrechtsraub handelt; für solche reaktionäre Großtaten ist ein preußischer Orden allerdings die passendste „Auszeichnung". In kurzen Zügen entwarf darauf Stadtbaurat Kiehl, der Erbauer des schlichten und doch so schönen Werkes, ein Bild von dem Werdegang desselben. Gegenwärtig ist Platz für 350 Betten, deren Zahl sich beim Ausbau durch 5 weitere Pavillons auf 750 vermehren wird. Nach einer Einführung in den Betrieb des neuen Krankenhauses durch Professor Sultan, worin Redner betonte, daß man auf modernste Einrichtung besonders Wert gelegt habe, folgte ein Rundgang. — Die neue Anstalt führt den Namen „Städtisches Krankenhaus Rixdorf". Wenn man nach einer Fußwanderung von etwa ¼ Stunde vom Buschkrug aus vor dem rechts an der Rudower Chaussee liegenden Bau anlangt, so übt dieser mit seinen im Landhausstile gehaltenen und auf dem gewaltigen Grundstück äußerst zweckmäßig angeordneten weißen Häusern einen imposanten und doch überaus freundlichen Eindruck aus. Das Terrain selbst liegt einige Meter über der Straße. Eine breite Rampe führte schräg aufwärts und durch das Pförtnerhäuschen auf den Vorplatz vor dem Verwaltungsgebäude. In der Mitte desselben liegt oben der schon erwähnte Vortragssaal, im linken Flügel die Apotheke, unter dieser im Kellergeschoß die Selterwasserfabrik. Aus dem rechten Flügel, der Verwaltungsräume und die Kasinos für die Aerzte und die Schwestern enthält, gelangt man durch einen Gang in ein Gebäude, in dem zwei Operationssäle, das Photographische Atelier und das Röntgenkabinett Aufnahme gefunden haben. An dieses Operationshaus schließen sich, wiederum durch Gänge mit diesem und untereinander verbunden, an der rechten Längsseite des Grundstücks, zwei Pavillons an, in denen die chirurgische Abteilung untergebracht ist; sie können um drei weitere vermehrt werden. Ihnen gegenüber liegt an der linken Grundstücksseite die Abteilung für innere Krankheiten mit zwei Pavillons und dem Badehaus, die ebenfalls unter sich und mit dem Hauptgebäude verbunden sind; auch hier ist noch Platz für zwei weitere Pavillons vorhanden. Der zweite, hintere Teil der Anstalt, bis zu welchem Anlagen und weite Rasenflächen sich ausdehnen, erhebt sich gegen den vorderen wiederum und bildet eine weitere Terrasse. Hier befinden sich zur Rechten die Isolierpavillons für ansteckende Krankheiten und ein solcher für Prostituierte. Links sind die als geschlossenes Ganze um einen Hof quadratisch gruppierten Wirtschaftsgebäude errichtet, die direkt mit der an der linken Seite des Grundstücks heraufführenden Straße in Verbindung stehen, so daß die hier verkehrenden Fuhrwerke die eigentliche Krankenanstalt gar nicht berühren. Den Wirtschaftshof umschließen die Waschküche, die Kochküche, das Desinfektionshaus, Wagenremisen und Stallungen und schließlich das Maschinen- und Kesselhaus mit der elektrischen Zentrale. Als eine sehr glückliche Lösung ist zu bezeichnen, daß der große Schornstein im Innern eines wuchtigen, weit ins Land schauenden Turmes völlig verschwindet, in welch letzterem auch die Wasserreservoirs Aufstellung gefunden haben. Hinter dem Wirtschaftshof liegt die Prosektur mit dem biologischen Untersuchungsamt; ihr ist eine sehr stimmungsvolle Kapelle für Bestattungen angeschlossen, die wiederum durch einen Vorhof direkt mit der Außenstraße verbunden ist, so daß Leichenbegängnisse völlig getrennt von der Anstalt vor sich gehen. Ein eigenes Wasserwerk und eine Pumpstation vervollständigen den großzügig und zweckmäßig angelegten Betrieb des neuen Krankenhauses.

•

Die Besuchszeit für das Krankenhaus ist auf Mittwoch und Sonntag, nachmittags von 2½—3½ Uhr, festgesetzt. Um den Bürgern, welche Besuche im städtischen Krankenhause machen wollen, eine zweckmäßige Verkehrsverbindung zu geben, verkehren an den beiden Tagen zwei Omnibusse mit folgenden Fahrzeiten: ab Hermannplatz 1.44, 1.56; ab Rathaus 1.50, 2.2; ab Ringbahnhof 2.00, 2.12; ab Buschkrug 2.12, 2.24; an Krankenhaus 2.23, 2.35. — Der Fahrpreis beträgt für die Strecken: Hermannplatz—Krankenhaus Buckow 15 Pf.; Rathaus—Krankenhaus Buckow 10 Pf.; Buschkrug—Krankenhaus Buckow 5 Pf. Die Wagen fahren nach Schluß der Besuchszeit wieder nach dem Hermannplatz zurück. Neben den Einsetzlinien verkehrt die regelmäßige Omnibuslinie im Anschluß an die Straßenbahnlinie „Südring".

Mit einem Bierglas tödlich verletzt wurde am Sonntagabend in dem Lokale von Simon, Wißmannstr. 17, der 43jährige Maler Emil Michalsky aus der Wißmannstraße 30. Unter den Gästen des genannten Lokals befand sich auch der 33jährige Kraftdroschkenführer Johann Popowski, mit welchem M. in Differenzen geriet. Der Chauffeur machte sich darauf den Scherz, sein gefülltes Bierglas dem M. an den Mund zu halten, wobei aber die Weste des M. mit Bier begossen wurde. In seiner Wut goß M. dem Chauffeur das Bier ins Gesicht, worauf der letztere das leere Glas ergriff und dem M. damit einen so furchtbaren Schlag ins Gesicht versetzte, daß das ziemlich dicke Glas zerbrach und M. entsetzliche Verletzungen erlitt. Als P. sah, was er angerichtet, verließ er schleunigst das Lokal und fuhr mit seinem Automobil davon. M. wurde sofort nach dem Krankenhaus Am Urban geschafft, wo er jedoch noch in der Nacht infolge der durch die Verletzungen hervorgerufenen Verblutung verstarb. Am Montagmittag wurde Popowski festgenommen.

Die Generalversammlung der Zahlstelle Rixdorf des Deutschen Holzarbeiterverbandes nahm vorige Woche die Abrechnung des 3. Quartals 1909 entgegen. Aus derselben ist zu entnehmen, daß die Arbeitslosigkeit erheblich zurückgegangen ist. An Arbeitslosenunterstützung gelangte zur Auszahlung 1591,10 M., Krankenunterstützung 2565,45 M., an die Hauptkasse wurden 7055 M. abgeliefert. Das Vermögen der Lokalkasse beträgt zurzeit 7900 M. Hierauf referierte Kollege Pappe vom Hauptvorstand über das Thema: „Ist Gewerkschaftsarbeit Sisyphusarbeit?" Redner behandelte eingehend das Wachsen, die Taktik sowie die Errungenschaften der Gewerkschaften, wobei er auch auf die Kautskysche Broschüre: „Der Weg zur Macht" Bezug nahm. Da die Gewerkschaften noch ein großes Arbeitsfeld zu beackern haben, noch eine große Anzahl Indifferente für uns gewonnen werden müssen, so betonte der Redner, werden die Mittel für die Gewerkschaftsarbeit auch in Zukunft noch reiche Früchte tragen. In der Diskussion wies Karle nach, daß auch Kautsky die Gewerkschaftsbewegung für ein dringendes Erfordernis halte. Im übrigen müßten die politische wie gewerkschaftliche Organisation stets zusammengehen. Heinrichs regte an, daß über den Rückgang der Gewerkschaften nähere Untersuchungen angestellt werden müßten. Oft bedürfte es nach der Krise wiederholter Kämpfe, um schon einmal Errungenes wieder von neuem zu erlangen. Diese Erscheinung allein schon müßte der Arbeiterschaft zum Bewußtsein bringen, wie notwendig es ist, die politische Macht zu erobern, damit der Arbeitslohn wie auch Arbeitszeit gesetzlich festgelegt werde. Zimmermann gab der Meinung Ausdruck, daß ein prinzipieller Unterschied zwischen Partei und Gewerkschaften nur in den Köpfen der beiderseitigen Führer bestehe. Im Schlußwort forderte der Referent zu unablässiger Agitation für die Organisation auf. Unter Verbandsangelegenheiten gab der Bevollmächtigte bekannt, daß die Kommission der Möbeltischler durch die Kollegen Borgmann, Hirsch, Vogt und Wagner ergänzt ist. Als Obmann fungiert Kollege Hacker. Das Stiftungsfest der Zahlstelle findet am 6. November bei Hoppe, Hermannstraße 50, statt. Karle wünschte noch, daß die Gewerkschaften den Jugendausschuß unterstützen mögen.

Schöneberg.

Der Untergrundbahnstreit in der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung.

Die letzte Sitzung beschäftigte sich mit der Denkschrift, die der Magistrat in dem Untergrundbahnstreit der westlichen Vororte herausgegeben hat.

Stadtv. Gottschalk (lib. Frakt.) führte aus, daß Schöneberg in diesem Streit nicht Gewehr bei Fuß stehen dürfe, sonst müsse es die Zeche bezahlen. Die Schuld an diesem Streit trage vor allem die Hochbahngesellschaft, die es verstanden habe, vor den Wagen ihrer Sonderinteressen die Stadt Wilmersdorf zu spannen. Im Ministerium sei man darauf bedacht, daß der privaten Hochbahngesellschaft keine allzu große Konkurrenz erwachse. Die an die Wilmersdorfer Untergrundbahn interessierten Grundstücksbesitzer seien im Ministerium ein- und ausgegangen. Die Interessen Groß-Berlins habe man im Ministerium **den Privatinteressen untergeordnet.** Wenn Groß-Berlin sich jetzt nicht wehrte, dann könnte es dahin kommen, daß, wie bei der Straßenbahn, auch der ganze Untergrundbahnverkehr ein Monopol der Privatgesellschaft werde. Leider schläft die Stadt Berlin, sie zieht sich die Schlafmütze erst von den Ohren, wenn sie auch über den Verkehr **unter den Straßen nicht mehr verfügen könne.** Jeder Ausschaltung des Nollendorfplatzes von dem Verkehr nach dem Osten müsse entgegengetreten werden.

Stadtv. Lessig (Unabh. Vereinig.) wünschte Ausschußberatung. Von seinen Fraktionskollegen wurde ihm aber entgegengehalten, daß das überflüssig ist, denn es könne nicht schnell genug vorgegangen werden.

Stadtv. Molkenbuhr (Soz.) erklärte sich ebenfalls mit einer Ausschußberatung nicht einverstanden. Es müsse in aller Oeffentlichkeit klargelegt werden, wie die kommunalen Interessen gegen derartige Machenschaften gewahrt werden können. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Privatgesellschaften die vollständige Herrschaft über die Gemeinden haben. Nachdem für die Straßenbahngesellschaft bereits ein Monopol geschaffen sei, kommt man hier mit dem zweiten. Jetzt beklage man sich über diesen Zustand. Es sei aber der ursprünglich liberale Gedanke, alles dem Privatkapital zu überlassen. Berlin schlafe nicht, wie der Vorredner meinte, sondern wird von Leuten beherrscht, die ein Interesse daran haben, den **gegenwärtigen Zustand aufrecht zu erhalten.** Die Hochbahngesellschaft habe erst versucht, Schöneberg für den Anschluß ihrer Bahn am Wittenbergplatz zu gewinnen; nachdem dies nicht gelungen ist, wolle sie der Stadt Schöneberg den Anschluß am Nollendorfplatz überhaupt unterbinden.

Oberbürgermeister Wilde meinte, daß alles mögliche zu geschehen habe, um das Projekt der Stadt Wilmersdorf und der Hochbahngesellschaft durch die Nettelbeckstraße zu vereiteln, da es gemeinschädlich sei. Das Projekt könne überhaupt nicht verwirklicht werden. Wohin solle es führen, wenn jede der 24 Gemeinden Groß-Berlins Bahnen baue, ohne Rücksicht auf die Nachbargemeinden und ohne Rücksicht auf die Interessen Groß-Berlins. In Wilmersdorf würde die Bahn nur für einen kleinen Kreis von Interessenten gebaut. Wenn das so weitergehe, können die Einzelgemeinden ihre Pflicht nicht mehr erfüllen, dann müsse eine einheitliche Gemeinde Groß-Berlin geschaffen werden.

Einstimmig wurde darauf folgender Antrag angenommen:

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt mit Befriedigung Kenntnis von der Denkschrift des Magistrats zu den Schnellbahnentwürfen der westlichen Vorortgemeinden und tritt den Ausführungen des Magistrats in allen Punkten bei. Dem Projekt Nettelbeckstraße und der damit verbundenen Ausschaltung des Nollendorfplatzes vom direkten Durchgangsverkehr nach dem Osten Berlins ist mit allen gesetzlichen Mitteln der heftigste Widerstand der Stadt Schöneberg entgegenzusetzen. Der Magistrat wird ersucht, sowohl beim gesamten Staatsministerium als auch bei den beiden gesetzgebenden Körperschaften des Landtages gegen den Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 26. Juni d. J. vorstellig zu werden."

Eine Vorlage des Magistrats betraf die Ausführung von Notstandsarbeiten im kommenden Winter. Die Bestimmungen derselben haben wir bereits vor einigen Tagen bekanntgegeben.

Stadtv. Däumig (Soz.) führte dazu aus, daß die Vorlage des Magistrats den Anschein erweckt, als wenn wir nicht in einer Großstadt leben. Bei der letzten Arbeitslosenzählung im Februar

dieses Jahres seien 2600 Arbeitslose in Schöneberg gezählt worden, nach der Vorlage soll aber nur für 220 Arbeitslose Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Das sei äußerst minimal. Den näheren Bestimmungen könne in der vorliegenden Form nicht zugestimmt werden. Die Festsetzung einer Karenzzeit im Absatz 2 müsse ganz gestrichen werden. Jeder Schöneberger Einwohner müsse das Recht haben, sich zu den Notstandsarbeiten zu melden. Im Absatz 3 müssen auch die Arbeiter berücksichtigt werden, die Angehörige zu unterstützen haben. Der Stundenlohn von 40 Pf. sei entschieden zu niedrig, mindestens müßten 50 Pf. für die Stunde bezahlt werden. Auch sei dafür zu sorgen, daß die Arbeiten in eigener Regie ausgeführt werden.

Stadtv. Peine (lib. Frakt.) hält eine Karenzzeit für unbedingt notwendig. Die Inanspruchnahme der Wohlfahrtseinrichtungen müsse an bestimmte Voraussetzungen geknüpft werden. Der Stundenlohn von 40 Pf. sei vollkommen genügend, wenn man berücksichtigt, daß bei den Notstandsarbeiten nicht das geleistet werde, was sonst verlangt wird.

Stadtv. Wollermann (Soz.) trat diesen Ausführungen entgegen. Wohin solle es führen, wenn jede Gemeinde Groß-Berlins eine Karenzzeit vorschreiben würde. Wie man noch um den Stundenlohn von 50 Pf. feilschen könne, verstehe er, Redner, nicht. Man soll doch berücksichtigen, daß es sich zum Teil um Arbeitslose handele, die monatelang ohne Beschäftigung seien. Die Vorlage des Magistrats zeige, daß die Gemeinden ohnmächtig seien, der Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten Herr zu werden. Was solle mit den Arbeitern geschehen, die bei den Notstandsarbeiten keine Beschäftigung fänden. Es müsse eben zur Arbeitslosenversicherung gegriffen und die in der Bearbeitung befindliche Vorlage beschleunigt werden.

Stadtv. Küter (Soz.) wandte sich ebenfalls gegen die Ausführungen des Stadtverordneten Peine. Die liberale Fraktion habe dazu beigetragen, daß der schwankende Zustand unter den Löhnen der Arbeiter aufrechterhalten werde. Bei einem Stundenlohn von 40 Pf. erreichten die Arbeiter noch nicht einmal den für Schöneberg ortsüblichen Tagelohn, der jetzt 3,60 M. beträgt.

Diese Ausführungen brachten die Stadtverordneten Bamberg und Zobel (lib. Frakt.) in Harnisch. Sie fanden es für unrecht, daß von sozialdemokratischer Seite in eine Polemik mit der Fraktion eingetreten werde, die stets die Sozialdemokratie in allen Arbeiterfragen unterstützt habe. Letzterer machte auch dem Stadtverordneten Küter den Vorwurf, daß er den ortsüblichen Tagelohn zu hoch angegeben habe; dieser betrage nicht 3,60, sondern 2,60 M. Stadtverordneter Küter brachte aber den Nachweis, daß seine Angabe richtig ist und die Liberale Fraktion mit falschen Zahlen operiere.

Bei der Abstimmung wurde der Absatz 1 angenommen. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, Absatz 2 zu streichen, wurde abgelehnt und die Karenzzeit auf 1 Monat festgesetzt. Absatz 3 wurde nach den sozialdemokratischen Wünschen abgeändert. Im Absatz 4 wurde der Stundenlohn auf 40 Pf. festgesetzt. Der Antrag, 50 Pf. Stundenlohn zu gewähren, wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt. Die liberale Fraktion stimmte geschlossen dagegen.

Der Veranstaltung von Volks-Unterhaltungsabenden seitens der Stadt wurde nach einem Referat des Stadtv. Molkenbuhr ebenfalls zugestimmt. Stadtv. Molkenbuhr betonte in seinem Referat, daß, um wirklich gutes in den Volks-Unterhaltungsabenden bieten zu können, in eigener Regie vorgegangen werden muß.

Von der erfolgten Genehmigung der Untergrundbahnanleihe in der Höhe von 13 900 000 M. wird Kenntnis genommen.

Tempelhof.

Aus der Gemeindevertretung. Klagen über mangelhafte Beleuchtung verschiedener Straßen haben die Gemeindeverwaltung bewogen, eine Anzahl Laternen neu aufzustellen, davon 4 in der Borussiastraße. Es wird also in Tempelhof etwas heller werden. Ein Teil des Kirchhofes in der Stollbergstraße wird durch eine massive Mauer, die 1033 M. Kosten verursacht, abgeschlossen sowie das Terrain an der künftigen Straße 5 aufgeschüttet werden. Schöffe Lehne warf der Kirchhofskommission die unpraktische Bearbeitung und Bepflanzung des bisher noch unbenutzten Kirchhofgeländes bei dem Kirchhof in der Germaniastraße vor. Bei der Ergänzungswahl in die Gesundheitskommission kam zur Sprache, daß in der alten Leichenhalle in der Stollbergstraße Leichen tagelang aufbewahrt und eventuell obduziert werden. Gemeindevorsteher Mussehl mußte auch zugeben, daß dieser Zustand mit Rücksicht auf die Bebauung der Straße bedauerlich sei. Wir sind mit dem Bürgermeister der Meinung, daß eine vernünftige Obduktionshalle notwendig ist, noch kann aber Tempelhof nicht einmal einen Krankenwagen sein eigen nennen. Da die Gesundheitskommission so selten zusammentrifft, raten wir ihr, sich einmal bei dem sogen. „Spielplatz" im Park ein Stelldichein zu geben. Ist es vielleicht gesund, Kindern einen solchen Spielplatz anzuweisen? Gehört der Kehrichthaufen, der oftmals größer ist als der „Sand"hügel für die Kinder, in die unmittelbare Nähe eines Spielplatzes? — Im Ort trat in diesem Jahre eine Scharlachepidemie auf, die entstandenen Desinfektionskosten waren recht erhebliche. Die Eintreibung der Kosten war in vielen Fällen nicht möglich, weil die Betreffenden nicht zahlungsfähig waren. Es wurde deshalb beschlossen, bei einem Einkommen bis zu 1500 M. die Desinfektionskosten niederzuschlagen, in Fällen aber, wo eine gesetzliche Pflicht des Wohnungsinhabers zum Desinfizieren nicht vorliegt (z. B. Tuberkulose), die Gemeinde aber eine Desinfektion als wünschenswert anordnet, die Kosten auf die Gemeinde zu übernehmen. — In Zukunft sollen in außerordentlichen Fällen auch Freistellen an der Vorschule gewährt werden, die sich aber im Rahmen der 5 Proz. der Einnahmen am Realgymnasium halten sollen. — Die Nachbargemeinde Britz ist um Gewährung eines Beitrages für die Volksschule eingekommen. Gefordert wurden von Britz für 1907 3575 M., für 1908 2375 M. oder eine einmalige Abfindungssumme von 12 000 M. Gemeindevertreter Radbruch wollte es lieber auf einen Prozeß ankommen lassen; es wurde beschlossen, daß die Gemeinde Tempelhof aus dem Stande der jetzigen Verhandlung eine Zahlungsverpflichtung nicht anerkennt, aber bereit ist, weiter zu verhandeln. — Gemeindevertreter Tiedecke machte den Vorschlag, die Gemeinde soll eine Omnibuslinie subventionieren oder in der Mitte des Dammes eigene Gleise anlegen, um so den Ort aus der Verkehrsklemme zu bringen. Der Gemeindevorsteher konnte die Frage über ein Konkurrenzunternehmen im Augenblick nicht beantworten. Daß die Einwohner dann die Gemeindebahn benutzen und so die „Große Berliner" kaltgestellt würde, wäre wohl durch die Art der Behandlung seitens der „Großen Berliner" mit Bestimmtheit zu erwarten. — Bei den Gehaltsregulierungen der Volksschullehrer hat sich gegen die zur Verfügung stehenden Mittel ein Fehlbetrag von 2457,80 M. ergeben, den die Gemeinde zu zahlen hat. — Gemeindevertreter Hartmann führte als Direktor der Terrain-Gesellschaft gelegentlich eines Vertrages mit dieser Gesellschaft darüber Beschwerde, daß die Gemeinde zu hohe Beaufsichtigungskosten fordere; es seien die geforderten Beiträge keine Vergütigung der entstehenden Kosten, sondern eine Steuer. Es wurde ihm erklärt, daß sich die Gemeinde in Sätze halte, die auch in anderen Gemeinden als üblich in Anwendung kommen. — Am Schluß der Sitzung wurde noch von einem Vorkommnis Mitteilung gemacht, das sich bei einer Bestattung auf dem Gemeindekirchhof zugetragen hat. Die Leidtragenden warteten stundenlang vergeblich auf das Erscheinen der Leichenträger, die Trauernden mußten wieder nach Hause gehen und die Beerdigung erst am nächstfolgenden Tage stattfinden lassen, weil die Träger am vorhergehenden Tage überhaupt nicht bestellt worden waren. Der Kirchhofsverwalter scheint überlastet zu sein, wohl infolge seiner privaten Arbeit. Soll es doch schon vorgekommen sein, daß die Zuschüttung eines Grabes vergessen wurde.

Deutsch-Wusterhausen.

160 Schulkinder und ein Lehrer. An die Zustände Ostelbiens gemahnten uns die Worte, die kürzlich bei der Einweihung des neuerbauten Schulhauses der hiesige Lehrer sagte. Nachdem der Festakt so weit erledigt war, äußerte der Lehrer ungefähr folgendes: Ich stehe hier vor einer Schar von 160 Kindern. Es ist mir unmöglich, als Lehrer meine Pflicht den Kindern gegenüber zu erfüllen, wie diese es billigerweise von ihrem Lehrer zu verlangen haben. Bei alledem ist noch nicht bestimmt, wann eine zweite Lehrkraft angestellt wird.

Diese Worte eines gedrückten und gequälten Pädagogen, der es mit der Pflicht als Lehrer ernst nimmt, sind eine harte Anklage gegen unsere elenden Schulzustände. Wie soll dieser Mann seinen Schülern das nötige Wissen beibringen, das unser öffentliches Leben später gebieterisch von ihnen fordert!

Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Bisher wurde bei Desinfektion von Gegenständen der Dampfapparat des Auguste-Viktoria-Krankenhauses angewendet, bei jeder Desinfektion kam der bewußte Wagen mit dem Desinfektor vorgefahren. Durch die Anschaffung eines tragbaren Formalinapparats, mittels welchen die Desinfektion einzelner Sachen an Ort und Stelle vorgenommen werden kann, soll das auffällige und kostspielige Verfahren eingeschränkt werden. — Als Gewerbegerichtsvorsitzender wurde der besoldete Schöffe Doktor Klamroth wiedergewählt. — Dem Kuratorium der höheren Schulen ist auf Antrag nunmehr auch die höhere Mädchenschule unterstellt. Durch Erlaß des Kultusministers vom 18. August 1908 dürfen an höheren Mädchenschulen in einigen Unterrichtsfächern nicht über 20 bezw. 30 Schülerinnen zugleich unterrichtet werden; die Gemeinde muß aus diesem Grunde 250 M. bis 1. April 1910 für eine Hilfskraft bewilligen. Ein gleicher Erlaß für die Volksschule wäre dringend notwendig. Um die Herabsetzung der Frachtsätze auf der Industriebahn Friedrichsfelde—Tegel soll in Gemeinschaft mit den beteiligten Orten nochmals beim Eisenbahnminister petitioniert werden. — Die Erbauung eines Vierfamilien-Wohnhauses auf dem Rittergute Birkholz zeitigte eine rege Diskussion. Herr Dr. Pape wunderte sich, daß bei Ausarbeitung des Projektes das hiesige Bauamt umgangen worden ist, sonst sei es üblich, daß der Baurat die Bauprojekte zum Vortrag bringe. Der Dezernent des Rittergutes, Herr Severin, wünschte, daß bei auszuführenden Baulichkeiten immer das Bauamt maßgebend sei. Herr Dr. Pape fand mit seiner Ansicht bei einigen Herren Anklang und veranlaßte Herrn Severin zu einer recht drastischen Antwort. Herr Kohler nahm im Namen der Rieselfeldkommission, die das vorliegende Projekt einstimmig angenommen habe, trotzdem Herr Kohler in der fraglichen Sitzung gar nicht anwesend war, den Dezernenten in Schutz. Nachdem noch der Bürgermeister Dr. Woelck für Herrn Severin eingetreten, wurde die Vorlage in die Kommission zurückverwiesen, da bei dem Projekt sich auch noch andere Mängel herausstellten.

Rahnsdorfer Mühle.

Unsere politische Lage unterzog Genosse Groger-Rixdorf in einer am letzten Sonntag im „Paradiesgarten" stattgehabten öffentlichen Versammlung einer scharfen Kritik. In der Diskussion ging Genosse Rühl auf den mißglückten Feldzug unserer Polizeibehörde gegen das Vereinsgesetzes ein, ein typisches Beispiel dafür, wie jedes bißchen freiheitliche Regung im neuen Vereinsgesetz durch die unteren Verwaltungsorgane getötet wird. Redner schloß mit einem Appell zum Massenbeitritt in den sozialdemokratischen Wahlverein die Versammlung.

Neu-Zittau (Kreis Beeskow).

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins, die im Lokal von Frenk stattfand, nahm zunächst den Bericht des Kassierers entgegen. Hierauf referierte Genosse Schulz kurz über die gegenwärtige Agitation. Die nächste Mitgliederversammlung findet in Wernsdorf statt. Im Dezember wird Genosse Fritz Zubeil in einer öffentlichen Versammlung über die „Volksausplünderung durch die neuen Steuern" referieren.

Spandau.

Aus Anlaß der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl sind sich die bürgerlichen Vereine bezüglich der Kandidatenfrage in die Haare geraten. Zuerst traten die vereinigten Bezirksvereine auf den Plan und stellten für die dritte Abteilung folgende Kandidaten auf: Beeken (Schmiedemeister), Gürndt (Eigentümer), Ludwig (Eigentümer), Polter (Restaurateur), Kurth (Rentier). Demnächst fand dann eine gemeinsame Versammlung des Ausschusses der Bezirksvereine mit Deputationen folgender Vereine statt: Grundbesitzerverein, Gastwirtsverein, Verein der Kaufleute und Industriellen, Verein der Materialisten, der Mittelstandsvereinigung und des unvermeidlichen Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. In dieser Versammlung wurden die Kandidaten Beeken und Ludwig fallen gelassen und dafür Schirrmeister Reich und Buchbindermeister Studt aufgestellt. In einer dritten Versammlung, die der Reichsverband veranlaßt hatte und zu welcher die Staatsarbeiter mehr herangezogen wurden, waren folgende Vereine vertreten: Werkmeisterverein, Verband der Obermeister und Meister, Technikerverein, Verein der Handwerker der kgl. Institute, Neuer Wahlverein, Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, Verein der Werkzeugmacher, Verein königstreuer Männer, Verein der Aufseher der kgl. Institute und der christlich-soziale Verein. Der Militärarbeiterverband war nicht vertreten. Entweder war er nicht eingeladen, oder er hatte vernünftigerweise eine derartige Einladung abgelehnt. In dieser Versammlung wurden folgende Kandidaten aufgestellt: Betriebstechniker Friedrich Lierow, Rentier Kurth, Schlosser Huth, Zigarrenhändler Sprinck und Schirrmeister Reich. Das konservative „Spandauer Tageblatt" jammert über diese Zersplitterung schon gewaltig. Es schreibt in der letzten Sonnabendnummer:

„Die Zeit der Wahlen rückt immer näher heran und noch streiten sich die bürgerlichen Parteien und Parteichen wegen der zu einem solchen Amte geeigneten Personen herum; heute werden die Namen, morgen jene genannt. Auch hierin könnten sich die bürgerlichen Parteien die Sozialdemokraten wieder zum Muster nehmen. Die Sozialdemokraten haben eine einzige Versammlung gehabt und wurden in dieser mit der Aufstellung ihrer Kandidaten fertig usw."

Unsere Genossen dürfen sich trotz der Uneinigkeit im gegnerischen Lager nicht in Vertrauen wiegen, sie müssen nun erst recht mit aller Wucht in die Agitation für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten eintreten.

Vermischtes.

Ein neuer Rekord.

Doncaster, 26. Oktober. Wie offiziell gemeldet wird, hat Delagrange bei seinem heutigen Fluge einen neuen Weltrekord aufgestellt, indem er 1 Meile 800 Yards in 1 Minute und 47 1/5 Sekunden zurücklegte.

Eingegangene Druckschriften.

Aus Natur und Geisteswelt. 53 Bd. **1848.** Sechs Vorträge. Von Prof. Dr. O. Weber. 67 Bd. **Die moderne Frauenbewegung.** Ein geschichtlicher Ueberblick von Dr. Knethe Schirmacher. Bd. 236. **Die Welt der Organismen.** In Entwickelung und Zusammenhang dargestellt von Prof. Dr. K. Lampert. Bd. 283 **Gerhart Hauptmann.** Von Prof. Dr. E. Sulger-Gebing. Einzelbändchen 1 M., geb. 1,25 M. B. G. Teubner, Leipzig.

Charlottenburger Statistik. 22. Heft. Stand der Bewegung der Bevölkerung in den Jahren 1906—1908. Herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Charlottenburg. — Kommissionsverlag von Karl Ulrich u. Co., Charlottenburg.

Shackleton, 21 Meilen vom Südpol. Lieferung 1 (komplett in 40 Lieferungen a 50 Pf. oder 2 Bände geb. 20 M.). — Wilhelm Süßeroth, Hofbuchhändler, Berlin W. 30.

Im Verlag von G. D. W. Callwey, München, ist soeben der vom Dürerbund herausgegebene **Gesundbrunnen-Kalender für das Jahr 1910** erschienen. 60 Pf.

Geschlecht und Gesellschaft. Illustrierte Monatsschrift für Sexualwissenschaft und Sittenreform. Heft 7. Untersuchungen von Dr. Arnold Lorand und L. Katscher. Halbjährlich 4,50 M. — Verlag der „Schönheit" Berlin SW. 11.

Die Sage vom Doktor Heinrich Faust. Von B. Otto. 8 M. K. G. Th. Scheffer, Leipzig.

Chinesische Gedichte. — Neugriechische Gedichte. Von Ellissen. Leipzig und Wien, Bibliographisches Institut. Geb. 50 Pf.

Der Mikado. Ein Seeroman von R. Sandek. (Concordia Deutsche Verlagsanstalt, G. m. b. H. in Berlin W. 30.) Preis geheftet 4 M., gebunden 5 M.

Ich bin ein Flüchtling. Roman von O. Ulscher. 3,50 M. — **Das nette Mädel.** Roman von Fedor v. Zobeltitz. 6 M. — **Sieger und Besiegte.** Novellen von Lulu v. Strauß u. Torney. 3,50 M. — **Michael De Ruyters Witwerjahre.** Roman von F. Servaes. 5 M. C. Fleischel u. Co., Berlin, Linkstr. 16.

Transhimalaja. Lieferung 1. Entdeckungen und Abenteuer in Tibet. Von Sven Hedin. 36 Lieferungen a 50 Pf. F. A. Brockhaus, Leipzig.

14 Jahre Jesuit. Persönliches und Grundsätzliches von Graf P. v. Hornsbroech. 1. Teil. 310 Seiten. Breitkopf u. Härtel, Leipzig.

Ich hab Dich lieb. Geschichte einer jungen Ehe. 3 M., geb. 4 M. P. Langenscheidt, Groß-Lichterfelde O.

Seele und Wahrheit. Gedichte von O. Wieländer. 180 Seiten. C. Konegen, Wien I.

Das Weltall. Illustrierte Zeitschrift für Astronomie und verwandte Gebiete. Heft 21/22. Herausgegeben von Dr. F. S. Archenhold. Einzelnummer 60 Pf. Treptower Sternwarte, Treptow-Berlin.

Evos Aphrodite. Roman von J. Cerri. 2,50 M. — **Eine viermal bezahlte Rechnung.** Humoresken von F. Landy. 2 M. C. Konegen, Wien I.

Militarismus und Musik. Von H. Eichhorn. 122 Seiten. Schuster u. Loeffler, Berlin W. 57.

Geographisch-Statistische Tabellen aller Länder der Erde. Von Dr. Fr. v. Juraschek. 1,50 M. H. Keller, Frankfurt a. M.

Das Problem der besten Gesellschaftsordnung. Von Dr. O. Schmidt-Gibichenfels. 1,50 M. Thüringische Verlagsanstalt, Leipzig.

Vom Steuer-eintreibenden zum Dividenden-zahlenden Staat. Von J. Lanz-Liebenfels. 32. Heft der „Ostara", Zeitschrift der Blonden zur Erforschung und Pflege heroischen Rassentums und Mannesrechts. „Ostara"-Verlag, Rodaun 1909. 35 Pf.

Straubes Führer. Märkisches Wanderbuch. Ausflüge in die Mark Brandenburg. Von Dr. G. Albrecht. 1 M. Jul. Straube, Berlin S. 53.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

F. R. 100. Alle drei Geldstücke besitzen nur den Nennwert, unter Umständen zahlen Liebhaber einen Aufschlag. — **Königsberg.** Die Reichsbank ist ein Privatunternehmen und steht unter staatlicher Aufsicht. — **R. R.** Ihr Anfrage ist uns unverständlich, so daß wir nicht darauf eingehen können. — **G. M. 13.** Wollen Sie Ihre Anfrage an die „Zahntechnische Rundschau", Berlin, Claudiusstr. 15, richten. Uns sind die Bedingungen nicht bekannt. — **O. M. 58.** Angeratzter Verband ist lediglich ein Geschäftsunternehmen, dessen Qualität uns nicht bekannt ist. — **L. K. 111.** Uns nicht bekannt. — **H. 10.** Vielleicht im Kaiser-Friedrich-Museum. — **G. G. 10.** „Zeitschrift für Beleuchtungswesen" und „Beleuchtungsindustrie", deren Adressen aus dem Adreßbuch ersichtlich. — **E. M. 55.** Die für Oesterreich-Ungarn im Verkehr befindlichen Geldsorten sind in Gold: Zwanzig- und Zehnkronenstücke, in Silber 1 Krone und 50 Heller, in Nickel 20 und 10 Heller, in Bronze 2 und 1 Heller. Filler ist die ungarische Bezeichnung für Heller. — **E. W. T.** Rechtsanwälte und Geschäftsfirmen empfehlen wir grundsätzlich nicht. Sehen Sie bitte im Adreßbuch nach. — **R. R.** Die Filiale des Metallarbeiterverbandes in Düsseldorf kann Ihnen die gewünschte Auskunft erteilen. — **R. K. 17.** Im Adreßbuch II. Band, II. Teil finden Sie derartige Vereine verzeichnet. — **E. S.** und **R. R.** Melden Sie sich Rückerstr. 9, wo Ihnen auch genauere Auskunft zuteil wird. — **B. J. in Sp.** Nein, das ist nur leeres Gerede. — **H. G. 14.** 1. und 2. Auf Empfehlung des Prinzipalsvereins ohne bindenden Beschluß in der Regel 5 Mark für das erste, 6 Mark für das zweite, 7 Mark für das dritte und 8 Mark für das vierte Lehrjahr. — **Berlin N. 39.** Die Urkunden müssen bei den Akten bleiben. Sie können auf Ihre Kosten beglaubigte Abschriften erhalten. — **B. R.** 1. Wiederholt haben wir darauf aufmerksam gemacht, daß es bei dem Verzug nach einem Vorort oder von einem Vorort nach Berlin zweckmäßig ist, nicht nur die polizeiliche Abmeldung zu bewirken, sondern die Steuerbehörde noch so rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, daß diese vor dem 1. des Monats, in dem der Umzug erfolgt, Nachricht erhält. Erhält die Steuerbehörde (der Magistrat) erst durch die Polizeibehörde Nachricht von einem am 30. September erfolgten Verzug im Oktober, so hat der Verzogene für den Monat Oktober doppelt Steuern zu zahlen. 2. Eine Pfändung des Lohnes ist wegen der Steuern, die nicht länger als drei Monate fällig sind, zulässig. 3. Zur Stundung ist die Behörde nicht verpflichtet. — **L. 1.** Ja. — **J. S. 1000.** 1. Leider nein. Sollte es Ihnen nicht möglich sein, in Güte das Erforderliche zu veranlassen? 2. Nein. 3. Nein, Sie müssen zunächst klagen. — **O. F. 100.** Die junge Frau kann, wenn vor der Heirat mindestens 200 Marken geklebt waren, innerhalb eines Jahres nach der Heirat Rückzahlung der Hälfte der Klebemarkenbeträge verlangen. Zweckmäßiger ist aber eine Weiterversicherung. Die junge Frau behält ihr Anrecht aus der Invalidenversicherung, also auch die Möglichkeit, in einer Heilstätte Aufnahme zu finden, wenn sie innerhalb zwei Jahren mindestens 20 Marken irgendeiner Klasse klebt. — **B. W. 18.** Die mündliche Abrede ist gültig. Es besteht also der Kündigungsausschluß, die vierzehntägige Kündigungsfrist ist durch die Abrede außer Kraft gesetzt. — **O. R.** Nein. — **D. B. 69.** Zuständig für die Klage wäre das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Bruder wohnt. Wenn keine Vereinbarung über eine Entschädigung getroffen ist, würde zur Anstellung der Klage nicht zu raten sein, da der Ausgang derselben ein sehr zweifelhafter wäre. — **F. W. 50.** Eine Wiederholung des Antrages ist zu empfehlen. Sollte abermals Ablehnung erfolgen, so müßte weiter geklagt werden. Ihre Mutter täte gut, das dortige Arbeitersekretariat um Beistand zu ersuchen. — **Streitfrage 101.** Für etwaige Beschädigungen müßte der Gehende aufkommen. — **O. G. 24.** Den Kindern muß ihr Pflichtteil bleiben. — **J. R. 12.** Wenden Sie sich zunächst mit einem schriftlichen Antrag an das Vormundschaftsgericht und legen Sie dann gegen einen etwaigen ablehnenden Bescheid Beschwerde ein. — **A. P. 110.** Beantragen Sie unter Darlegung des Sachverhalts und Anführung von Beweismitteln dafür Abweisung der Klage. — **Bagnoli di Napoli.** Auf dem hiesigen Polizeirevier. — **Rixdorf 27.** 1. und 2. Unseres Erachtens nein. 3. Nein; den auf die beiden letzten Akkordabschlagszahlungen entfallenden Beitrag. 4. Ja. — **F. Z.** Ein Strafantrag hätte wenig Zweck. Verlangen Sie Herausgabe der Bücher, Einsichtnahme derselben und Begutachtung durch einen gerichtlichen Sachverständigen. — **F. S. 33.** Verjährung ist noch nicht eingetreten. Eine Alimentenklage kann innerhalb 30 Jahren angestrengt werden. — **Paul 69.** Klagen Sie gegen den Nachbar um Unterlassung des ungebührlichen Geräusches. Mit Sicherheit ist leider ein Erfolg der Klage nicht vorauszusagen. — **B. B. 16.** 1. Nein. 2. Hierin läge ein Scheidungsgrund. Der Hergang muß aber von der Klägerin bewiesen werden. — **Erbtante 8.** Eine eigenhändig geschriebene und unterschriebene unter Zusügung des Datums angefertigtes Testament ist gültig, auch wenn es nicht gerichtlich oder notariell aufgenommen ist. Wenn eine gütliche Auseinandersetzung nicht stattfindet, müssen die Erben sich an das Gericht wenden. — **Abonnent in Zürich.** 1. Ja. 2. Geburtsurkunde und Militärpapiere. 3. Die Geburtsurkunde und eine Bescheinigung der österreichischen Behörde, daß nach dem dortigen Gesetz der Heirat nichts im Wege steht. — **P. Wätzold.** Die Reichsstempelsteuer ist zu zahlen. — **O. 1000.** Ja. — **Elbert.** Eine Klage wegen Beleidigung sowie eine Zivilklage auf Unterlassung derartiger Schädigungen hätte Aussicht auf Erfolg. — **E. B. 9.** Da Sie aus der Kirche nicht ausgetreten sind, sind Sie kirchensteuerpflichtig. Die Kirchensteuer wird bereits von einem Einkommen von 1200 M. erhoben.

Witterungsübersicht vom 26. Oktober 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	757	WSW	3	bedeckt	4	Haparanda	755	N	6	bedeckt	−2
Hamburg	757	SW	4	bedeckt	4	Petersburg	759	S	2	bedeckt	5
Berlin	759	SW	3	heiter	2	Scilly	741	S	5	bedeckt	11
Frankf. a. M.	760	SW	3	heiter	3	Aberdeen	757	NW	3	halb bd.	2
München	762	SW	4	bedeckt	3	Paris	757	SO	2	Regen	5
Wien	759	NW	3	Regen	5						

Wetterprognose für Mittwoch, den 27. Oktober 1909.

Zunächst vielfach heiter, nachts kühl, am Tage rasche Erwärmung bei ziemlich lebhaften südlichen Winden; später zunehmende Bewölkung und etwas Regen.

Berliner Wetterbureau.

A. Grimberger
Kohlen-Großhandlung
Hussitenstr. 40.
Fernsprecher Amt III, No. 4304.

Billigste Tagespreise
für erstklassige Senftenberger Briketts ab Platz v. 10 Zentn. an.

Prima Halbsteine, Lauchhammer	Ztr.	91 Pf.
„ Halbsteine. Heye	„	85 „
„ Bockwitz-Briketts	„	88 „
„ Anna	„	87 „
„ Vulkan u. Pfännerschaft	„	89 „
„ Ia Anhalt-Kohlenwerke	„	1,05 „
„ Ia Ilse	„	1,05 „
„ Anthrazit-Cadé	„	2,25 M.

Koks, Steinkohlen u. Holz zu den billigsten Tages- und Konventionspreisen.

Anlieferung frei Keller, je nach Quantum, pro Zentner 10 bis 15 Pf. mehr.

Bei größeren Abschlüssen verlangen Sie meinen Vertreter.

Enorm billiger Verkauf
elegant. Monatsgarderoben früher 50–90 M., jetzt 12–28 M.
Deutsches Bekleidungshaus,
Große Frankfurterstraße 89. Nur 1 Treppe, kein Laden.
Fahrgeld wird vergütet.

Gubener Grützwurst
jeden Donnerstag von 4 Uhr ab in bekannter Güte empfiehlt 2056b*
Schlächtermeister **Paul Merker,** Mariannenstraße 26a.
Filiale: Ritterstraße 8.

Charlottenburg.
Solide Uhren, moderne Goldwaren, Reparaturen preiswert und gut.
Friedrich Stabenow,
jetzt Berliner Straße 146.

Peek & Cloppenburg

Gertraudtenstr. 26-27, Roßstr. 1 und 1a.

Spezialhaus für Herren- und Knabenbekleidung

Fertig am Lager:

Vorzüglich passende Beinkleider
aus modernen Stoffen gefertigt.

Preise: 5 | 6 | 7 | 8 | 9.50 | 11 | 12.50 | 15 | 17.50 | 20 | 22.50

Reithosen, Breeches, Stiefelhosen

Nouveautés in

Herren-Westen

Gelegenheitskauf.
Wir offerieren den Lesern des „Vorwärts“ zu bedeutend ermäßigtem Preise:
Sie müssen.
Ein offenes Wort an die christliche Gesellschaft von Hermann Kutter, Pfarrer am Neumünster in Zürich.
Statt 2,– M. nur **50 Pf.**
Nur noch in beschränkter Anzahl am Lager.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW., Lindenstr. 69 (Laden).

Reste
Damentuche, schwarz und farbig, Costumes-Stoffe, neueste Muster. Tricot-Stoffe, Seiden-Plüsch, Sammete, Seide etc.
Confection
Paletots, Jackett's, Staubmäntel, Costumes und Costumröcke in grosser Auswahl.
C. Pelz,
Kottbuserstr. 5.

Steppdecken
kauft man nur am besten und billigsten direkt in der Fabrik Bernhard Strohmandel, Berlin, **72 Wallstr. 72,**
Zweiggesch. Joachimsthaler Str. 25-26. Alte Steppdecken werden umgearbeitet. Illustr. Preiskatalog gratis.

Verkäufe.

Pfandleihhaus Krebber, Küstrinerplatz 7, spottbilliger Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Deckenverkauf, Schmucksachen, Goldsachen, Silbersachen, verfallene Pfänder. 2492R

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Klassiker-Ausgaben, Goethe, Heine, Reuter, Schiller, Shakespeare, je vier Bände 6,– Mark. Eichendorff, Hauff, je zwei Bände 3,50 Mark. Bürger, Kleist, Lenau, Uhland, Wieland und andere, je ein Band 1,75 Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz.

Teppiche, farbfehlerhafte, spottbillig.

Gardinen, Stores, Musterexemplare, für halben Wert.

Sofastoffreste selten billig.

Plüschportieren, einzelne Paare, spottbillig.

Steppdecken, Musterstücke, spottbillig.

Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 6 Anzeigen. 2641R*

Hermannplatz 6. Staunendbilligste Pfänderverkäufe! Lombardwaren! Riesenauswahl! Winterpaletots! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Burschensachen! Extrabillige Bettenverkäufe! Wäscheverkäufe! Brautgeschenke! Schmucksachen! Taschenuhren! Kettenauswahl! Ringeauswahl! Freischwinger! Hochelegante Teppichauswahl! Gardinenauswahl! Plüschtischdecken! Steppdecken! Kunstbilder! Pelzstolas! „Selbstverständlich!“ Jedermanns allerbilligste Kaufgelegenheit! Hermannplatz 6. „Warenverkauf Sonntags ebenfalls.“ †101*

Plüschtischdecken, staunend billiger Massenverkauf! wundervolle, bestickte 5,85, 6,75 bis 13,50. Gloriatuchdecke 1,55, 2,25 usw. Teppichhaus Richard Wolf, Dresdenerstraße 8 (Kottbusertor). Abonnenten Rabatt. *

Radfahrerkarten. Wir empfehlen den Freunden des Radsports: Mittelbachs Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf Leinen gezogen Preis 1,75 M. (zusammenlegbar). — Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf Leinen gezogen und zusammenlegbar 2,50 M. Expedition des „Vorwärts“, Lindenstraße 69, Laden. *

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbettdecken, Uebergardinen, Sofastoffreste spottbillig Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtslesern sechs Prozent. Sonntags geöffnet. 2488R*

1000 neue Nähmaschinen. Prima Langschiff für Familie 55 Mark, Abzahlung 75 Mark ohne Anzahlung. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe Landsbergerstraße. 1962R*

Reichgestickte Portieren, Filztuch 5,85 und 6,75, in Plüsch 8,75 und 10,50, ganze Dekoration. Sommer-Räumungspreis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 2142R*

Pfänder-Versteigerung!! beendet!! Pfandleihhaus, Rixdorf, Bergstraße 58. Spottbilligster Bettenverkauf!! Vermietungsbett!! Wäscheverkauf!! Gardinenauswahl!! Portieren!! Steppdecken!! Tischdecken!! Prachtteppiche!! Herrengarderobe!! Pelzstolas!! Uhrenverkauf!! Schmucksachen!! Freischwinger!! Bilder!! Spottpreise!! 2684R*

Monatsanzüge und Winterpaletots, Joppen von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gebrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Ratz, Mulackstraße 14

Drehrollen, Buttermaschinen, Wiegeschalen, Waschmaschinen, Wringmaschinen, Fabrik Watzmannstraße 29, „Berlinea“. 2652R*

Pfandleihhaus Reinickendorferstraße 120. Täglich Pfänderverkauf. Herrengarderobe, Teppiche, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Wäsche, Goldsachen, Uhren, Freischwinger, großer Bettenverkauf spottbillig †90*

Sozialreform oder Revolution, von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Bekanntmachung! Humboldtleihhaus, nur allein Brunnenstraße 58. Allerbilligster Bettenverkauf! Täglich großer Pfänderverkauf! Aussteuerwäsche! Gardinenauswahl! Plüschtischdecken! Wunderbare Teppichauswahl! Staunendbillige Winterpaletots! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Riesenauswahl! Damenuhren! Herrenuhren! Wanduhren! Großartige Pelzstolas! Nähmaschinen! Alles spottbillig! Humboldtleihhaus Brunnenstraße 58. Verkauf täglich, auch Sonntags. 2730R*

Monatsanzüge, Paletots, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzelt, nur Rosenthalerstraße 10 278/2*

Damenpaletots, Kostüme, Jacketts (Reisemodelle), teils auf Seide, 5 bis 22 Mark, Posten Kostümröcke 3,75, Frauenmäntel 10 Mark, Blusen spottbillig. (Kein Laden.) Neumann, Belleallianceſtraße 106, 2 Treppen. 2728R*

Kanarienroller 4,00 Adalbertstraße 34. 2162b

Gaskronen, Gaszuglampen, alt und neu sowie einzelne Muster, alles spottbillig. Reichenbergerstraße 1 (gegenüber Ritterstraße). 2159b

Geschäftsverkäufe.

Zigarrengeschäft verkäuflich Liebenwalderstraße 57. †80

Möbel.

Möbelausverkauf wegen Schaufensterausbau, komplette Einrichtungen, Einzelmöbel, bunte Küchenmöbel spottbillig, Gaskronen, Firmenschilder, Schaukästen, Bogenlampen verkäuflich. Möbellohse, Weddingplatz, Reinickendorferstraße. 2693R*

Auf Teilzahlung Möbeleinrichtung, Stube und Küche, 15 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. Berolina, Kastanienallee 49. 2017R

Wegen baupolizeilicher Räumung nur noch kurze Zeit Möbelverkauf zu bisher unbekannt billigen Preisen, gediegene Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Kleiderschränke, Trümeaus, elegante Küchen. Andreasstraße 30, geradeüber Markthalle. *

Geld spart, wer vom Möbel-Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32, seine Möbel kauft. Ganze Wohnungseinrichtung von 150 Mark an, für 300, 425, 560, 732 Mark. 2753R

Billige Möbel, gebrauchte, verliehen gewesene und neue. Kleiderspind, Vertiko 28, Ausziehtisch, Sofatisch 15, Bettstelle mit Matratze 18, Garderobenschrank, Herrenschreibtisch 38, Chaiselongue, Sofa 22, elegante Taschensofas 45, Paneelsofas 68, Säulentrumeau 30, Nußbaumbüfetts, Bücherspinde, englische Schlafzimmer, bunte Küchen 55, Waschtoiletten 20. Ratenzahlung. Transport frei. Stargardts Möbelspeicher, Neue Königstraße 29. 235/10*

Möbelgelegenheit! Wenig gebrauchte, guterhaltene Möbel, auch neue, einfachste, eleganteste, beliehen gewesen, verfallene spottbillig. Riesenlager, Lagerspeicher, Neue Königstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Auch Teilzahlung.) 278/4*

Metallbetten, spottbillige, Ritterstraße 90 III. 1747b

Einer sagts dem anderen, daß man komplette Wohnungseinrichtungen, Ergänzungsmöbel, Polsterwaren am reellsten, billigsten, direkt in der Fabrik Hirschowitz, Skalitzerstraße 25, kauft. Besichtigung äußerst lohnend! 2767R

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 40,00. Holz, Blumenstraße 86b. 1683R*

Musik.

Pianio, gut erhalten, Blüthner, 350,00, zu verkaufen Yorkstraße 45, vorn I. 114/15*

Pianino, hervorragende Klangfülle, Hoflieferant, wenig gebraucht, sofort billigst Warschauerstraße 58, Quergebäude I. 112/11*

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts“. (*

Verschiedenes.

Komiker Schwartz wohnt Köpenickerstraße 147. 2142b*

Kunstkopierei von Frau Kotoska Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Patentanwalt Tessel, Gitschinerstraße 94a.

Englischen Unterricht für Anfänger und Vorgeschrittene, Einzelstunden und im Zirkel erteilt G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. *

Vereinszimmer vergibt Voigt, Naunynstraße 67. †28

Buchbinderarbeit übernimmt Genosse Gerlach, Schwartzkopffstraße 13, Seitenladen. 2148b

Platinaabfälle, Goldschmelze, Silberschmelze, Zahngebisse, Tressen, Metalle höchstzahlend August Rieper, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 2695R

Goldsachen, Silber, Platin Brillanten kauft Ebel, Rixdorf, Fuldastraße 57, nahe Rathaus. 2053b*

Komiker, Duett, Bogdanowitz, Stargarderstraße 4. †70*

Vereine! Saal, Vereinszimmer Sonnabends frei. Annenstraße 16. *

Vermietungen.

Restaurant mit kleinem Tanzsaal (auch für Kino-Theater) ist Umstände halber sofort zu vermieten (eventuell Inventar billig). Auskunft Stromstraße 28 I. 2161b

Zimmer.

Leeres Zimmer an Dame vermietet Lehmann, Blücherstraße 32.

Separates möbliertes herrschaftliches Zimmer, Schliemannstraße 4, Baermann. †86

Möbliertes Vorderzimmer, 1 oder 2 Herren, Schillingstraße 17/18, Laden.

Schlafstellen.

Schlafstelle, allein. Fritsche, Sebastianstraße 6 I. 2147b

Möblierte Schlafstelle zu vermieten Rixdorf, Mainzerstraße 42, Witwe Wieland. †101

Möblierte Schlafstelle, Herrn, Fürstenstraße 17, Witwe Hausschild.

Bessere, möblierte Schlafstelle. Dalichau, Mariannenstraße 43, vorn I rechts. 2772R*

Freundlich möblierte Schlafstelle zu vermieten Rheinsbergerstraße 12, vorn III rechts. Frenzel. †89

Möblierte Schlafstelle, nahe Bahnhof Westend, zum 1. November zu vermieten. Enke, Friedrich-Karlplatz 14, 3 Treppen Quergebäude. †137

Möblierte Schlafstelle vermietet Frau Graß, Bankstraße 93. †80

Schlafstelle, 2 Herren, Richter, Friedrichsbergerstraße 11. †

Arbeitersekretär gesucht.

Das Gewerkschaftskartell **Braunschweig** sucht einen zweiten Arbeitersekretär. **Antritt 1. Januar 1910.** Anfangsgehalt 2000 M., steigend nach den Grundsätzen des Vereins Arbeiterpresse. Bewerbungen mit Probearbeit über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs sind mit dem Signum „Arbeitersekretär“ **bis 5. November** 1909 an Unterzeichneten zu richten. Bewerber muß auch rednerisch tätig sein können. 290/5*

Aug. Wesemeier, Braunschweig,
Wendenmaschstr. 20.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. A. Hahnisch, Auguststr. 50.
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
O. W. Mann, Petersburger Platz 4. **Gustav Vogel**, Koppenstr. 83. R. Wengels, Andreasstr. 17.
NO. L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12. F. Neul, Barnimstr. 42.
N. H. Maschke, Bernauer Str. 9. F. Trapp, Stettiner Str. 10. **Karl** Marx, Lychener Str. 123. **Karl Weitze**, Nazarethkirchstr. 49. H. Vogel, Lortzingstr. 37. **A. Tietz**, Invalidenstr. 124. L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
NW. Karl Anders, Salzwedelerstr. 8. **Weckert**, Gotzkowskystr. 29.
SW. H. Werner, Gneisenaustr. 72. **Dachn**, Hagelberger Str. 27.
S. St. Frin, Prinzenstr. 31. **Rich. Schmidt**, Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. **P. Horich**, Engelufer 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
Baumschulenweg. H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Sesenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Friedrichstr. 67.
Grünau. Franz Klein, Bahnhofstr. 6, III.
Johannisthal. Pielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst. Richard Küter, Rödelstr. 9, II.
Köpenick. Emil Witzler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seifel, Kronprinzenstr. 4, I.
Nieder-Schöneweide. Max Priebke, Britzer Str. 14 II.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide. August Henjes, Lausener Str. 2, I.
Pankow. Otto Rißmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gurich, Kamekestr. 12.
Rixdorf. M. Heinrich, Neckarstr. 2. **Conrad**, Hermannstr. 50.
Rummelsburg. A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schmargendorf. Gustav Kaminsky, Cunostr. 2.
Schöneberg. Wilhelm Bäumler, Martin-Luther-Str. 51 im Laden.
Spandau. Köppen, Jagowstr. 9.
Steglitz. H. Bernsee, Schloßstr. 119.
Tempelhof. Albert Thiel, Friedrich-Wilhelm-Str. 20.
Treptow. Robert Gramenz, Kiefholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. **Schillert**, König-Chaussee 39a.
Wilmersdorf. Wittnebel, Gasteiner Str. 4, Ecke Holsteiner Straße.

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht einfenstrig einfach möbliertes Zimmer, bis 15,00. Offerten unter K. S. 200 Postamt 34. †23

Möblierte Schlafstelle sucht ein Herr. Preisofferten „H.“ Postamt 59. 2155b

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Tüchtiger Barockvergolder, der auch Bronzeleisten sauber arbeiten kann, sofort verlangt Giese u. Borchardt, Adalbertstraße 20. 120/3

Tüchtiger Klempner, welcher auf Nickelblech eingearbeitet ist, bei hohem Lohn für dauernde Arbeit sofort gesucht. Willi Baum, Herdfabrik, Wilmersdorf, Babelsbergerstraße 40.

Tüchtige Marmorschleifer werden verlangt. Knorr, Weißensee, Falkenbergerstraße 7. †141

Fassadenputzer verlangt sofort Florastraße, Ecke Görschstraße, Pankow.

4 Kolonnen Innenputzer sofort verlangt Rixdorf, Herrfurthstraße 20, Hilsberg. †

Grundierer und Masselocher verlangt Max Leonhard, Weißensee, Lehderstraße 86. †

Arbeiterinnen auf Damenpaletots Scharnweberstraße 63. †111*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung!
Holzarbeiter

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:
Bautischlerei Wollenburg, Waldemarstraße 55.
Modelltischlerei Bormann u. Körting, Gerichtstraße.
Theater-Dekorationen von Baruch, Alte Jakobstr. 133.
Sämtliche Betriebe in den Orten **Luckenwalde, Rathenow, Muskau, Frankfurt a. M., Mannheim, Ludwigshafen, Pforzheim und Magdeburg.**
Gleichzeitig ersuchen wir die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie das Vermittelungsbureau des gelben „Handwerkerschutzverbandes“ streng zu meiden.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Bauarbeiter!
Wegen Streik in Luckenwalde sind folgende Bauten für Einsetzer gesperrt:
Firma Neumann:
Steglitz, Filanderstr. 21.
Charlottenburg, Suarez- und Pestalozzistr.-Ecke. Brückner.
• Mindener Str. Lindemann.
Firma Billig:
• Dernburgstr. 29.
• Waitzstr. 31. Schönicke.
Berlin, Senefelder Str. Pahl.
Firma Genossenschaft, Luckenwalde:
Charlottenburg, Philippistr. 6. Baskow.
Kaiser-Friedrich-Straße 19, Bau Heinrich.
• Witzlebenstr. 1. 3. 33. 38.
Der Gauvorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Unger, Grunewald. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.